

AUFTRAG



HEFT 293 – MÄRZ 2014

54. JAHRGANG



- Brüderlichkeit
Fundament und
Weg des Friedens
- GKS-Akademie
Helmut Korn in Fulda
- Asymmetrische
Bedrohung im friedens-
ethischen Kontext
- Pontifikat Pius XII
(1. Teil)
- Erklärung der GKS
im Vergleich zum
Koalitionsvertrag
- Vor 30 Jahren:
Kießlingaffäre

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

www.katholische-soldaten.de

EDITORIAL 3

SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN 4

SEITE GEISTLICHER BEIRAT 5

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

FRIEDENSBOTSCHAFT 2014

Brüderlichkeit – Fundament und Weg des Friedens
von *Papst Franziskus* 6

Internationaler Soldatengottesdienst in Köln
von *Bertram Bastian* 11

Appell im Lager Mike Spann
Pressestelle GebJgBrig 23 14

Krieg aller gegen alle – asymmetrische
Bedrohungen im friedensethischen Kontext
von *Andreas Rauch* 14

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

„Mut zur Ehrlichkeit...“ GKS-Erklärung zur
Wahl 2013 im Koalitionsvertrag
von *Klaus Storkmann* 20

Vom Abstieg der Mehrheit
von *Dieter Kilian* 25

Fragwürdige Hüter der Menschenrechte
von *Carl-H. Pierk* 27

BILD DES SOLDATEN

Herbstvollversammlung ZdK
von *Joachim Lensch* 30

Reservisten üben in Grafenwöhr
von *Rainer Zink* 33

RELIGION UND GESELLSCHAFT

KATHOLIKENTAG 2014 IN REGENSBURG

„mit Christus Brücken bauen“
von *Bertram Bastian* 36

SALZBURGER HOCHSCHULWOCHEN 2014

Europa – Entgrenzungen
von *Bertram Bastian* 36

BLICK IN DIE GESCHICHTE

„Wo der Klatschmohn blüht“
Gedenken in Flandern
von *Carl-H. Pierk* 37

Das Pontifikat Pius XII (Teil 1)
von *Philipp Weber* 38

Eine Frage der Ehre
vor 30 Jahren Wörner-Kießling Affäre
von *Klaus Storkmann* 47

KIRCHE UNTER SOLDATEN

GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN

„Im Glauben verwurzelt – Leitsatz 1“
von *Rüdiger Attermeyer* 52

„Glaube, Spiritualität und Grenzerfahrung“
von *Bertram Bastian* 54

„Gebt Gott, was Gottes ist“
von *Bernhard Meurers* 55

Ist der gläubige Soldat der bessere Führer?
von *Bertram Bastian* 57

„Die Verheißung des Geistes“
Predigt von Georg Kestel in Bamberg 58

AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS

GKS-KREIS BAD NEUENAUH

Neujahrstreffen 60

Valentinstag 60

GKS-KREIS WAHN

Folgen des „arabischen Frühlings“ 60

GKS-KREIS UNNA

Stiftung Weltethos 61

BUCHBESPRECHUNGEN: 62

KURZ BERICHTET: 29, 35, 59

TERMINE: 63

IMPRESSUM: 64



Titelbild: Joachim Kardinal Meisner feierte mit ca. 1.600 Gläubigen den Internationalen Soldatengottesdienst im Hohen Dom zu Köln. Nach 25 Jahren – bei seinem letzten Soldatengottesdienst – durfte er sich bei den Grußworten setzen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Hauptmann Andreas Quirin und der neue parlamentarische Staatssekretär Markus Grübel (CDU) leisteten ihm Gesellschaft. Nicht im Bild der neue Militärgeneralvikar, Monsignore Reinhold Bartmann und der Leitende Militärdekan Köln, Monsignore Rainer Schnettker.

(Text und Bild: Bertram Bastian)

Jahres-CD mit den Jahrgängen 2000-2013 Heft 238-292

(Heft 238 bis 251 nur Titelseiten und Inhaltsverzeichnisse)

Die Berichterstattung über die GKS-Akademie Oberst Korn im vergangenen November informiert Sie über die wichtigsten Vorträge dieser Veranstaltung und soll Ihr Interesse wecken, an der Akademie im Jahr 2015 teilzunehmen. Für 2014 lädt die GKS Sie ein, uns am Stand der Gemeinschaft während des Katholikentages und das Podium zu den Auslandseinsätzen in der Halle der Regensburger Turnerschaft zu besuchen.

Wie stets beginnt das Heft mit der Botschaft des Heiligen Vaters zum Weltfriedenstag. Diese Botschaft ist nicht nur lesenswert, sie bringt auch die Brüderlichkeit ins Bewusstsein der Menschen. „Die Wurzel der

Brüderlichkeit liegt in der Vaterschaft Gottes“ führt Papst Franziskus aus, schöner kann man es eigentlich nicht formulieren.

editorial:

Liebe Leserschaft,

nicht nur ein neues Jahr beginnt, auch die große Koalition nimmt langsam trotz einiger Holpersteine Fahrt auf. Klaus Storkmann, Mitglied im Sachausschuss Sicherheit und Frieden, hat sich die Mühe gemacht und den Koalitionsvertrag der beteiligten Parteien mit der Erklärung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten zur Bundestagswahl 2013 verglichen. Die Erklärung finden Sie auf der Jahres-CD im Heft 290 ab Seite 7. Das Ergebnis des Vergleiches möchte ich nicht vorwegnehmen, lesen Sie den Artikel und teilen Sie der Redaktion mit, wie Sie diesen Vergleich sehen.

Ich wünsche Ihnen bei der Lektüre dieses Heftes angenehme Studien sowie viele und gute Informationen. Für die bevorstehenden Feierlichkeiten zum Osterfest, Zeit und Muße zur Besinnung und frohe Stunden im Kreise der Familie, den eingesetzten Soldatinnen und Soldaten sowie den begleitenden Militärseelsorgern eine gesunde Heimkehr,



Mit Christus Brücken bauen – als Soldat

„Mit Christus Brücken bauen“, so lautet das Motto des 99. Katholikentages, der in diesem Jahr in Regensburg stattfinden wird. In welchem Zusammenhang dieses Motto als Soldat in der originären Aufgabe umgesetzt werden kann, das wollen wir bei dieser Gelegenheit hinterfragen. Dazu wird die GKS erneut gemeinsam mit der katholischen Friedensbewegung pax christi zu einer Podiumsveranstaltung einladen.

Diese Zusammenarbeit hat sich schon beim letzten Katholikentag in Mannheim bewährt, bietet sie doch beiden Partnern die Möglichkeit, die eigene Perspektive vor einem breiten Publikum in der Kontroverse darzustellen. Über die Podiumsveranstaltung hinaus werden wir auch wieder mit einem eigenen Stand in Bereich der Katholischen Verbänden vertreten sein. Ich freue mich schon jetzt auf die vielfältigen und interessanten Begegnungen, die sich dort sicher wieder ergeben werden und kann nur zum Mitmachen ermuntern.

Als Beispiel dafür, wie wir unsere Perspektive darstellen können, sei zunächst der Brief an alle Abgeordneten des letzten Bundestages genannt. Dieser hat nicht nur im Nachgang ein vielfältiges Echo bei den Angesprochenen erzeugt, sondern einige unserer Inhalte finden sich auch im aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung wieder. Über die Frage, in wie weit dies durch den Brief angeregt wurde, kann man nur spekulieren. Die detaillierte Auswertung, die Major Dr. Storkmann in diesem Heft dazu vorlegt, bleibt ungeachtet dessen unbedingt empfehlenswert! Den Dialog mit einzelnen Abgeordneten, der sich aus dieser Aktion ergeben hat, möchten wir bei verschiedenen Gelegenheiten weiterführen und vertiefen. Ganz besonders ist dabei natürlich Bundesministerin Dr. von der Leyen zu benennen, die auf unserer Begrüßungsschreiben nach

ihrem Amtsantritt ebenfalls mit einem Signal der Gesprächsbereitschaft in ethischen Fragestellungen reagiert hat. Auch diese Möglichkeit muss aufgegriffen und in eigene Aktivitäten umgesetzt werden.

Mit dem Dialog mit Politikern und den großen Möglichkeiten auf dem Katholikentag habe ich bereits zwei Bereiche mit Außenwirkung angesprochen. Nur wenn wir uns nach außen gerichtet positionieren, kommen wir dem in unserer Ord-

nung selbst gestellten Auftrag nach. Um dies wirklich zu schaffen, gilt es, die Kräfte zu bündeln und vorausschauend geplant konzentriert zu handeln. Dabei muss sich jeder an seiner Position die Frage stellen, was er für die GKS tun kann. Was die GKS für jeden bietet, wird er dann erfahren: Als „Lohn“ fällt jedem dann Zufriedenheit über das mit anderen gemeinsam Erreichte von selber zu. Diese Gemeinschaftserlebnisse als ein Vollzug im Leben des katholischen Glaubens sind es wert, gerade in der aktuellen persönlichen Vorbereitung auf das Osterfest als „mein Gewinn“ gewürdigt zu werden.

Der Katholikentag ist sicher wieder eine herausragende Gelegenheit zum Bekenntnis für unsere Werte.

Aber auch zum Besinnen, zum Ideen sammeln und zum Koalitionen schmieden wird sich der Katholikentag anbieten. Machen wir uns daher auf den Weg, bauen wir Brücken!

Bis dahin aber wünsche ich allen eine weiterhin bereichernde Fastenzeit und freue mich auf ein Wiedersehen in Regensburg.



*Rüdiger Attermeyer, Oberst
Bundesvorsitzender der
Gemeinschaft Katholischer Soldaten*

„Pontifex Maximus“

Die Bezeichnung, die ursprünglich aus dem antiken Rom stammt, wird seit der Renaissance von den Päpsten als Ehrenprädikat geführt und bedeutet übersetzt „oberster Brückenbauer“.

Für Papst Franziskus, der am 13. März den ersten Jahrestag seiner Wahl zum 265. Nachfolger des heiligen Petrus begehen konnte, scheint diese Titulatur ein ganz besonderer Auftrag zu sein. Unablässig versucht er, Brücken zu bauen in seinem Amt. Die Distanz, die sich im Laufe der Zeit mit dem Papstamt entwickelt hatte, überwindet er mühelos, indem er auf die Menschen zugeht, im wahrsten Sinn des Wortes Nähe zeigt, keine Berührungängste an den Tag legt. Die Normalität des Alltags ist es, mit der er gerade die Klüfte von Armut und Reichtum, Gesundheit und Krankheit, Macht und Ohnmacht immer wieder anspricht und Wege aufzeigt, die zueinander führen. Diplomatie, Protokoll und wohlfeile Sprache werden bei ihm durch Wahrhaftigkeit, Spontanität und klare, verständliche Worte ersetzt. Damit wird er zum Brückenbauer für, mit und zu den Menschen.

„Oberster Brückenbauer“ könnte auch die Arbeitsplatzbeschreibung für den Erzbischof von München und Freising, Reinhard Kardinal Marx, lauten, der am 12. März zum Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz gewählt wurde. Ein weites Feld an Herausforderungen gibt es in der Deutschen Kirche zu bestellen, das aber auch immer hineinreicht in den weltkirchlichen Zusammenhang. Der Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen, unterschiedlichen Lebenspartnerschaften, die Stellung der Laien, insbesondere der Frauen, Umgang mit Geld und Macht innerhalb der Kirche sind nur einige Beispiele dafür. Als Vorsitzender ist Kardinal Marx besonders gefordert, die Mitglieder der Bischofskonferenz mit ihren vielfältigen theologischen Meinungen

und Ansichten zu sammeln, zu deeskalieren, Gräben zuzuschütten und Brücken der Glaubwürdigkeit, des Dialogs und des Vertrauens zu bauen. Hier kann sich die Nähe zu Papst Franziskus sicher als eine starke Brücke und als Kraft für die Deutsche Kirche erweisen.

Als Brückenbauer darf und muss sich auch jeder Christ verstehen, der seinen Glauben verantwortungsvoll lebt. Daher ist es nicht nur unserem Jahresthema „Mit Christus Brücken bauen als Soldat und



Christ“ geschuldet, dass wir als Gemeinschaft Katholischer Soldaten immer wieder versuchen, auf unsere Art dazu beizutragen Brücken zu bauen, indem wir uns gerade den Themen annehmen, die Soldatinnen und Soldaten im Besonderen betreffen und beschäftigen. Seien es die Belastungen, die der Spagat zwischen Vereinbarkeit von Familie und Dienst mit sich bringt, sei es die Anforderung des Einsatzes oder die ethisch moralischen Herausforderungen moderner Waffen- und Kriegstechnik. Hier geben wir nicht einfach auch noch unseren Kommentar zum Besten in

der Reihe anderer Stellungnahmen, sondern wir positionieren uns auf der Grundlage unseres Glaubens, bauen mit Christus Brücken, wie es das Motto des diesjährigen Katholikentags in Regensburg ausdrückt, wo wir selbstverständlich als GKS vertreten sind.

Im Wissen darum, dass wir „Mit Christus Brücken bauen – als Soldat und Christ“, wünsche ich allen ein frohes und gesegnetes Osterfest, das uns zeigt, dass Gott in Christus die Brücke baut zwischen ihm und den Menschen, vom Tod zum Leben!

*Bernd F. Schaller, Militärdekan
Geistlicher Beirat der Gemeinschaft
Katholischer Soldaten auf Bundesebene*

Brüderlichkeit – Fundament und Weg des Friedens

Botschaft Papst Franziskus zur Feier des XLVII. Weltfriedenstages

1. In dieser meiner ersten Botschaft zum Weltfriedenstag möchte ich an alle – Einzelne wie Völker – meinen Glückwunsch für ein Leben voller Freude und Hoffnung richten. Jeder Mensch hegt ja in seinem Herzen den Wunsch nach einem erfüllten Leben. Und dazu gehört ein unstillbares Verlangen nach Brüderlichkeit, das zu einer Gemeinschaft mit den anderen drängt, in denen wir nicht Feinde oder Konkurrenten sehen, sondern Geschwister, die man aufnimmt und umarmt.

In der Tat ist die Brüderlichkeit eine wesentliche Dimension des Menschen, der ein relationales Wesen ist. Das lebendige Bewusstsein dieser Bezüglichkeit bringt uns dazu, jeden Menschen als wirkliche Schwester bzw. wirklichen Bruder zu sehen und zu behandeln; ohne dieses Bewusstsein wird es unmöglich, eine gerechte Gesellschaft und einen gefestigten, dauerhaften Frieden aufzubauen. Und es ist sogleich daran zu erinnern, dass man die Brüderlichkeit gewöhnlich im Schoß der Familie zu lernen beginnt, vor allem dank der verantwortlichen und einander ergänzenden Rollen aller ihrer Mitglieder, besonders des Vaters und der Mutter. Die Familie ist die Quelle jeder Brüderlichkeit und daher auch das Fundament und der Hauptweg des Friedens, denn aufgrund ihrer Berufung müsste sie die Welt mit ihrer Liebe gleichsam anstecken.

Die ständig steigende Zahl der Verbindungen und Kontakte, die unseren Planeten überziehen, macht das Bewusstsein der Einheit und des Teilens eines gemeinsamen Geschicks unter den Nationen greifbarer. So sehen wir, dass in die Geschichtsabläufe trotz der Verschiedenheit der Ethnien, der Gesellschaften und der Kulturen die Berufung hineingelegt ist, eine Gemeinschaft zu bilden, die aus Geschwistern zusammengesetzt ist, die einander annehmen und füreinander sorgen. Diese Berufung steht jedoch bis heute oft im Widerspruch zu den Gegebenheiten und wird durch sie Lügen gestraft in einer Welt, die durch

jene „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ gekennzeichnet ist, die uns dazu führt, uns langsam an das Leiden des anderen zu „gewöhnen“ und uns in uns selbst zu verschließen.

In vielen Teilen der Welt scheint die schwere Verletzung der elementaren Menschenrechte – vor allem des Rechts auf Leben und des Rechts auf Religionsfreiheit – ununterbrochen weiterzugehen. Die tragische Erscheinung des Menschenhandels, in dem skrupellose Personen mit dem Leben und der Verzweiflung anderer spekulieren, ist ein beunruhigendes Beispiel dafür. Zu den Kriegen, die in bewaffneten Auseinandersetzungen bestehen, gesellen sich weniger sichtbare, aber nicht weniger grausame Kriege, die im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich mit Mitteln ausgefochten werden, die ebenfalls Menschenleben, Familien und Unternehmen zerstören.

Wie Papst Benedikt XVI. sagte, macht die Globalisierung uns zu Nachbarn, aber nicht zu Geschwistern.¹ Außerdem weisen die vielen Situationen von unverhältnismäßiger Ungleichheit, Armut und Ungerechtigkeit nicht nur auf einen tiefen Mangel an Brüderlichkeit hin, sondern auch auf das Fehlen einer Kultur der Solidarität. Die neuen Ideologien, die durch verbreiteten Individualismus, Egozentrismus und materialistischen Konsumismus gekennzeichnet sind, schwächen die sozialen Bindungen, indem sie jene Mentalität der „Aussonderung“ fördern, die dazu verleitet, die Ärmsten, diejenigen, die als „nutzlos“ betrachtet werden, zu verachten und zu verlassen. So wird das menschliche Zusammenleben einem bloßen pragmatischen und egoistischen „Do ut des“ immer ähnlicher.

Zugleich wird deutlich, dass auch die gegenwärtigen Ethiken sich als unfähig erweisen, echte Bande der Brüderlichkeit herzustellen, denn eine Brüderlichkeit kann ohne den

Bezug auf einen gemeinsamen Vater als ihr eigentliches Fundament nicht bestehen.² Eine echte Brüderlichkeit unter den Menschen setzt eine transzendente Vaterschaft voraus und verlangt sie. Von der Anerkennung dieser Vaterschaft her festigt sich die Brüderlichkeit unter den Menschen, bzw. jene Haltung, dem anderen ein „Nächster“ zu werden, der sich um ihn kümmert.

„Wo ist dein Bruder?“
(Gen 4,9)

2. Um diese Berufung des Menschen zur Brüderlichkeit besser zu verstehen, um die Hindernisse, die sich ihrer Verwirklichung in den Weg stellen, richtiger zu erkennen und die Wege zu deren Überwindung herauszufinden, ist es grundlegend, sich vom Wissen um den Plan Gottes leiten zu lassen, der in vortrefflicher Weise in der Heiligen Schrift dargestellt ist.

Nach dem Schöpfungsbericht stammen alle Menschen von gemeinsamen Eltern ab, von Adam und Eva, dem Paar, das Gott als sein Abbild, ihm ähnlich (vgl. Gen 1,26) erschuf. Aus ihrer Verbindung gehen Kain und Abel hervor. In der Geschichte der Urfamilie lesen wir die Entstehung der Gesellschaft, die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Menschen und den Völkern.

Abel ist Schafhirt, Kain Ackerbauer. Ihre tiefste Identität und damit ihre Berufung ist die, Brüder zu sein, trotz der Verschiedenheit ihrer Beschäftigung und ihrer Kultur sowie der Art ihrer Beziehung zu Gott und zur Schöpfung. Doch der Mord Abels durch Kain bestätigt in tragischer Weise die radikale Ablehnung der Berufung, Brüder zu sein. Ihre Geschichte (vgl. Gen 4,1-16) verdeutlicht die schwierige Aufgabe, zu der alle Menschen gerufen sind, nämlich vereint zu leben und füreinander zu sorgen. Kain akzeptiert die Vorliebe Gottes für Abel, der Gott das Beste

¹ Vgl. Enzyklika Caritas in veritate (29. Juni 2009), 19: AAS 101 (2009), 654-655.

² Vgl. Franziskus, Enzyklika Lumen fidei (29. Juni 2013), 54: AAS 105 (2013), 591-592.

aus seiner Herde opfert, nicht – „Der Herr schaute auf Abel und sein Opfer, aber auf Kain und sein Opfer schaute er nicht“ (Gen 4,4-5) – und tötet Abel aus Neid. Auf diese Weise weigert er sich, seine Rolle als Bruder anzuerkennen, eine positive Beziehung zu ihm aufzunehmen und vor Gott zu leben, indem er seine Verantwortung, für den anderen zu sorgen und ihn zu schützen, übernimmt. Auf die Frage: „Wo ist dein Bruder?“, mit der Gott von Kain Rechenschaft für sein Handeln fordert, antwortet dieser: „Ich weiß es nicht. Bin ich der Hüter meines Bruders?“ (Gen 4,9). Und dann, erzählt uns das Buch Genesis, „ging Kain vom Herrn weg“ (4,16).

Man muss sich nach den tiefen Gründen fragen, die Kain bewegt haben, die brüderlichen Bande und damit die Beziehung der Wechselseitigkeit und der Gemeinschaft, die ihn mit seinem Bruder Abel verband, zu verkennen. Gott selbst warnt Kain und wirft ihm einen Hang zum Bösen vor: Es „lauert an der Tür die Sünde“ (Gen 4,7). Trotzdem weigert sich Kain, sich dem Bösen zu widersetzen und beschließt, gleichwohl gegen seinen Bruder vorzugehen – Er „griff seinen Bruder Abel an und erschlug ihn“ (Gen 4,8) –, und missachtet so den Plan Gottes. Auf diese Weise macht er seine ursprüngliche Berufung, Sohn Gottes zu sein und die Brüderlichkeit zu leben, zunichte.

Die Erzählung von Kain und Abel lehrt, dass der Menschheit eine Berufung zur Brüderlichkeit gleichsam eingeschrieben ist, dass sie aber auch die dramatische Möglichkeit besitzt, diese zu verraten. Das bezeugt der tägliche Egoismus, der den vielen Kriegen und den vielen Ungerechtigkeiten zugrunde liegt: Viele Menschen sterben ja durch die Hand von Brüdern oder Schwestern, die sich nicht als solche – das heißt als für die Wechselseitigkeit, die Gemeinschaft und die Gabe geschaffene Wesen – erkennen können.

„Ihr alle aber seid Brüder“ (Mt 23,8)

3. Es erhebt sich spontan die Frage: Werden die Menschen dieser Welt der Sehnsucht nach Brüderlichkeit, die ihnen von Gottvater eingepflanzt ist, jemals völlig entsprechen

können? Wird es ihnen allein aus eigener Kraft gelingen, die Gleichgültigkeit, den Egoismus und den Hass zu überwinden und das berechnete Anderssein, das die Brüder und die Schwestern kennzeichnet, zu akzeptieren?

Die Antwort, die Jesus, der Herr, uns gibt, könnten wir mit einer Umschreibung seiner Worte so zusammenfassen: Da es einen einzigen Vater – Gott – gibt, seid ihr alle Brüder (vgl. Mt 23,8-9). Die Wurzel der Brüderlichkeit liegt in der Vaterschaft Gottes. Es handelt sich nicht um eine allgemeine, vage und historisch unwirksame Vaterschaft, sondern um die persönliche, gezielte und außerordentlich konkrete Liebe Gottes zu jedem Menschen (vgl. Mt 6,25-30). Eine Vaterschaft also, die auf wirksame Weise Brüderlichkeit hervorbringt, denn die Liebe Gottes wird, wenn sie angenommen wird, die großartigste Kraft zur Verwandlung des Lebens und der Beziehungen zum anderen, da sie die Menschen für die Solidarität und das tätige Miteinander öffnet.

Die menschliche Brüderlichkeit ist besonders in und von Jesus Christus mit seinem Tod und seiner Auferstehung zu neuem Leben erweckt. Das Kreuz ist der endgültige „Ort“ der Grundlegung der Brüderlichkeit, die die Menschen alleine nicht herstellen können. Jesus Christus, der die menschliche Natur angenommen hat, um sie zu erlösen, macht uns dank seiner Liebe zum Vater, die bis zum Tod – und bis zum Tod am Kreuz – reicht (vgl. Phil 2,8), durch seine Auferstehung zu einer neuen Menschheit, die ganz mit dem Willen Gottes und mit seinem Plan verbunden ist, der die vollkommene Verwirklichung der Berufung zur Brüderlichkeit einschließt.

Jesus greift den Plan des Vaters von seinem Ursprung her auf, indem er dem Vater den Vorrang vor allem anderen zuerkennt. Aber mit seiner Hingabe bis zum Tod aus Liebe zum Vater wird Christus der neue und endgültige Ursprung von uns allen, die wir berufen sind, uns in ihm als Geschwister zu erkennen, weil wir Kinder ein und desselben Vaters sind. Er ist der Bund selber, der persönliche Raum der Versöhnung des Menschen mit Gott und der Geschwister untereinander. Im Kreuzestod Jesu liegt

auch die Überwindung der Trennung zwischen Völkern, zwischen dem Volk des Bundes und dem Volk der Heiden, das ohne Hoffnung lebte, weil es bis zu jenem Zeitpunkt nicht in die mit der Verheißung verbundenen Abmachungen einbezogen war. Wie im Brief an die Epheser steht, ist Jesus Christus derjenige, der in sich alle Menschen miteinander versöhnt. Er ist der Friede, denn er hat die beiden Völker zu einem einzigen vereint, indem er die trennende Wand, die zwischen ihnen stand, nämlich die Feindschaft, niederriß. Er hat in sich selbst ein einziges Volk, den einen neuen Menschen, die eine neue Menschheit geschaffen (vgl. 2,14-16).

Wer das Leben Christi akzeptiert und in ihm lebt, erkennt Gott als Vater an und schenkt sich ihm gänzlich hin, da er ihn über alles liebt. Der versöhnte Mensch sieht in Gott den Vater aller und fühlt sich folglich gedrängt, eine Brüderlichkeit zu leben, die gegenüber allen offen ist. In Christus kann er den anderen annehmen, ihn als Sohn oder Tochter Gottes, als Bruder oder Schwester lieben und ihn nicht als Fremden und weniger noch als Gegenspieler oder sogar als Feind betrachten. In der Familie Gottes, wo alle Kinder des einen Vaters und, in Christus eingefügt, Söhne im Sohn sind, gibt es keine „Wegwerf-Leben“. Alle erfreuen sich derselben unantastbaren Würde. Alle sind von Gott geliebt, alle sind durch das Blut Christi erlöst, der für einen jeden am Kreuz gestorben und auferstanden ist. Das ist der Grund, warum man gegenüber dem Geschick der Brüder und Schwestern nicht gleichgültig bleiben kann.

Brüderlichkeit – Fundament und Weg des Friedens

4. Das vorausgeschickt, ist es leicht zu verstehen, dass die Brüderlichkeit das Fundament und der Weg des Friedens ist. Die Sozialenzykliken meiner Vorgänger bieten in diesem Sinn eine wertvolle Hilfe. Es wäre ausreichend, auf die Definitionen des Friedens in der Enzyklika *Populorum progressio* von Papst Paul VI. oder in der Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* von Papst Johannes Paul II. zurückzugreifen. Aus der ersten entnehmen wir, dass die ganzheitliche Entwick-

lung der Völker der neue Name für den Frieden ist,³ und aus der zweiten, dass der Friede ein opus solidaritatis ist.⁴

Papst Paul VI. bekräftigt, dass nicht nur die einzelnen Menschen, sondern auch die Nationen einander in einem Geist der Brüderlichkeit begegnen müssen. Und er erklärt: „In diesem gegenseitigen Verstehen und in dieser Freundschaft, in dieser heiligen Gemeinschaft müssen wir zusammenarbeiten, um die gemeinsame Zukunft der Menschheit aufzubauen.“⁵ Diese Aufgabe betrifft an erster Stelle die am meisten Bevorzugten. Ihre Pflicht ist in der menschlichen und übernatürlichen Brüderlichkeit verankert und erscheint unter dreifachem Aspekt: die Aufgabe der Solidarität, die verlangt, dass die reichen Nationen den weniger fortgeschrittenen helfen; die Aufgabe der sozialen Gerechtigkeit, die eine Neuordnung der gestörten Beziehungen zwischen starken und schwachen Völkern unter korrekteren Bedingungen verlangt; die Aufgabe der allumfassenden Nächstenliebe, die die Förderung einer menschlicheren Welt für alle einschließt, einer Welt, in der alle etwas zu geben und etwas zu empfangen haben, ohne dass der Fortschritt der einen ein Hindernis für die Entwicklung der anderen darstellt.⁶

Wenn man den Frieden als opus solidaritatis betrachtet, ist es zugleich unmöglich, in der brüderlichen Gemeinschaft nicht sein wesentliches Fundament zu sehen. Der Friede, sagt Johannes Paul II., ist ein unteilbares Gut. Entweder ist er das Gut aller oder von niemandem. Er kann als bessere Lebensqualität und als menschlichere und nachhaltigere Entwicklung nur dann wirklich errungen und genossen werden, wenn in allen die „feste und beständige Entschlossenheit, sich für das Gemeinwohl einzusetzen“⁷ erweckt wird. Das schließt ein, sich

nicht von der „Gier nach Profit“ und vom „Durst nach Macht“ leiten zu lassen. Es bedarf der Bereitschaft, sich „für den anderen zu „verlieren“, anstatt ihn auszubeuten, und ihm zu „dienen“, anstatt ihn um eines Vorteils willen zu unterdrücken [...] den „anderen“ – Person, Volk oder Nation – nicht als irgendein Mittel zu sehen, dessen Arbeitsfähigkeit und Körperkraft man zu niedrigen Kosten ausbeutet und den man, wenn er nicht mehr dient, zurücklässt, sondern als ein uns „gleiches“ Wesen, eine „Hilfe“ für uns.“⁸

Die christliche Solidarität setzt voraus, dass der Nächste geliebt wird nicht nur als „ein menschliches Wesen mit seinen Rechten und seiner grundlegenden Gleichheit mit allen, sondern [als] das lebendige Abbild Gottes, des Vaters, erlöst durch das Blut Jesu Christi und unter das ständige Wirken des Heiligen Geistes gestellt“⁹, als ein anderer Bruder. Und Papst Johannes Paul II. fährt fort: „Das Bewusstsein von der gemeinsamen Vaterschaft Gottes, von der Brüderlichkeit aller Menschen in Christus, der „Söhne im Sohn“, von der Gegenwart und dem lebenschaftenden Wirken des Heiligen Geistes wird dann unserem Blick auf die Welt gleichsam einen neuen Maßstab zu ihrer Interpretation verleihen“¹⁰, um ihn zu verwandeln.

Brüderlichkeit – Voraussetzung, um die Armut zu besiegen

5. In der Enzyklika *Caritas in veritate* hat mein Vorgänger die Welt daran erinnert, dass das Fehlen eines brüderlichen Geistes unter den Völkern und unter den Menschen eine wichtige Ursache der Armut ist.¹¹ In vielen Gesellschaften erleben wir eine tiefe Beziehungsarmut, die auf den Mangel an festen familiären und gemeinschaftlichen Verbindungen zurückzuführen ist. Mit Sorge beobachten wir die Zunahme unterschiedlicher Arten von Entbehrung, Ausgrenzung, Einsamkeit und verschiedener Formen von pathologischer Abhängigkeit. Eine solche Armut kann nur überwunden werden

durch die Wiederentdeckung und die Auswertung von brüderlichen Beziehungen im Schoß der Familien und der Gemeinschaften, durch das Teilen der Freuden und der Leiden, der Schwierigkeiten und der Erfolge, die das Leben der Menschen begleiten.

Überdies können wir, wenn einerseits ein Rückgang der absoluten Armut zu verzeichnen ist, andererseits nicht umhin, eine besorgniserregende Zunahme der relativen Armut einzugestehen, das heißt der Ungleichheiten zwischen Menschen und Gruppen, die in einer bestimmten Gegend oder in einem bestimmten historisch-kulturellen Kontext zusammenleben. In diesem Sinn bedarf es auch wirksamer politischer Maßnahmen, die das Prinzip der Brüderlichkeit fördern, indem sie den Menschen – die in ihrer Würde und ihren Grundrechten gleich sind – den Zugang zum „Kapital“, zu den Dienstleistungen, den Bildungsmöglichkeiten, dem Gesundheitswesen und den Technologien gewährleisten, damit jeder die Gelegenheit hat, seinen Lebensplan auszudrücken und zu verwirklichen, und sich als Person voll entfalten kann.

Es sei auch auf die Notwendigkeit von politischen Maßnahmen hingewiesen, die dazu dienen, eine übertriebene Unausgeglichenheit bei den Einkommen zu vermindern. Wir dürfen nicht die Lehre der Kirche über die sogenannte soziale Hypothek vergessen, nach der, wenn es – wie der heilige Thomas von Aquin sagt – erlaubt, ja sogar nötig ist, „dass der Mensch über Güter als sein Eigentum verfügt“¹², er sie in Bezug auf ihren Gebrauch aber „nicht nur als ihm persönlich zu eigen, sondern [...] zugleich auch als Gemeingut ansehen [muss] in dem Sinn, dass sie nicht ihm allein, sondern auch anderen von Nutzen sein können“.¹³

Schließlich gibt es noch eine weitere Form, die Brüderlichkeit zu för-

3 Vgl. Paul VI., Enzyklika *Populorum progressio* (26. März 1967), 87: AAS 59 (1967), 299.

4 Vgl. Johannes Paul II., Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* (30. Dezember 1987), 39: AAS 80 (1988), 566-568.

5 Enzyklika *Populorum progressio* (26. März 1967), 43: AAS 59 (1967), 278-279.

6 Vgl. ebd., 44: AAS 59 (1967), 279.

7 Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* (30. Dezember 1987), 38: AAS 80 (1988), 566.

8 Ebd., 38-39: AAS 80 (1988), 566-567.

9 Ebd., 40: AAS 80 (1988), 569.

10 Ebd.

11 Vgl. Nr. 19: AAS 101 (2009), 654-655.

12 *Summa Theologiae* II-II, q. 66, a. 2.

13 Zweites Vatikanisches Konzil, Past. Konst. *Gaudium et spes* über die Kirche in der Welt von heute, 69. Vgl. Leo XIII., Enzyklika *Rerum novarum* (15. Mai 1891), 19: ASS 23 (1890-1891), 651; Johannes Paul II., Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* (30. Dezember 1987), 42: AAS 80 (1988), 573-574; Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden, Kompendium der Soziallehre der Kirche, Nr. 178.

dern und so die Armut zu besiegen – eine Form, die die Grundlage aller anderen sein muss. Es ist die innere Losgelöstheit dessen, der sich für einen nüchternen, wesentlichen Lebensstil entscheidet; der die eigenen Reichtümer mit den anderen teilt und so die brüderliche Gemeinschaft mit ihnen erfahren kann. Das ist grundlegend, um Jesus Christus zu folgen und wirklich Christ zu sein. Es betrifft nicht nur die geweihten Personen, die das Gelübde der Armut ablegen, sondern auch viele verantwortungsvolle Familien und Bürger, die fest daran glauben, dass die brüderliche Beziehung zum Nächsten das wertvollste Gut darstellt.

Die Wiederentdeckung der Brüderlichkeit in der Wirtschaft

6. Die gegenwärtigen schweren Finanz- und Wirtschaftskrisen – deren Ursprung in der fortschreitenden Entfernung von Gott und dem Nächsten liegt, im gierigen Streben nach materiellen Gütern einerseits und in der Verarmung der zwischenmenschlichen und gemeinschaftlichen Beziehungen andererseits – haben viele gedrängt, die Befriedigung, das Glück und die Sicherheit im Konsum und in einem Gewinn zu suchen, der jede Logik einer gesunden Wirtschaft sprengt. Bereits 1979 bemerkte Papst Johannes Paul II. „eine wirkliche, erkennbare Gefahr, dass der Mensch bei dem enormen Fortschritt in der Beherrschung der gegenständlichen Welt die entscheidenden Fäden, durch die er sie beherrscht, aus der Hand verliert und ihnen auf verschiedene Weise sein Menschsein unterordnet und selbst Objekt wird von vielfältigen, wenn auch oft nicht direkt wahrnehmbaren Manipulationen durch die Organisation des gesellschaftlichen Lebens, durch das Produktionssystem und durch den Druck der sozialen Kommunikationsmittel“.¹⁴

Das Aufeinanderfolgen der Wirtschaftskrisen muss zu einem angemessenen Überdenken der wirtschaftlichen Entwicklungsmodelle und zu einem Wandel der Lebensstile führen. Die heutige Krise kann trotz ihrer schwerwiegenden Auswirkungen

auf das Leben der Menschen auch eine günstige Gelegenheit sein, die Tugenden der Klugheit, der Mäßigung, der Gerechtigkeit und der Tapferkeit wiederzugewinnen. Sie können uns helfen, die schwierigen Momente zu überwinden und die brüderlichen Bande neu zu entdecken, die uns miteinander verbinden, im tiefen Vertrauen, dass der Mensch mehr braucht und mehr vermag als die Maximierung des eigenen individuellen Interesses. Vor allem sind diese Tugenden notwendig, um eine der Würde des Menschen angemessene Gesellschaft aufzubauen und zu erhalten.

Die Brüderlichkeit löscht den Krieg aus

7. Im verstrichenen Jahr haben viele unserer Brüder und Schwestern weiter die qualvolle Erfahrung des Krieges gemacht, die eine schwere und tiefe Verwundung der Brüderlichkeit darstellt.

Zahlreich sind die Konflikte, die unter der allgemeinen Gleichgültigkeit ausgetragen werden. Allen, die in Ländern leben, in denen die Waffen Schrecken und Zerstörung verbreiten, versichere ich meine persönliche Nähe und die der ganzen Kirche. Letztere hat die Aufgabe, die Liebe Christi auch zu den wehrlosen Opfern der vergessenen Kriege zu tragen, durch das Gebet für den Frieden wie durch den Dienst an den Verwundeten, den Hungernden, den Flüchtlingen, den Evakuierten und allen, die in Angst leben. Die Kirche erhebt außerdem ihre Stimme, um den Aufschrei des Schmerzes dieser leidenden Menschheit zu den Verantwortlichen dringen zu lassen und um gemeinsam mit den Feindseligkeiten jeden Übergriff auf die elementaren Menschenrechte und deren Verletzung zu unterbinden.¹⁵

Aus diesem Grund möchte ich an alle, die mit Waffen Tod und Gewalt säen, einen nachdrücklichen Aufruf richten: Entdeckt in dem, den ihr heute nur als einen zu schlagenden Feind betrachtet, wieder euren Bruder und haltet ein! Verzichtet auf den Weg der Waffen und geht dem anderen entgegen auf dem Weg des Dialogs, der Vergebung und der Versöhnung,

um in eurem Umfeld wieder Gerechtigkeit, Vertrauen und Hoffnung aufzubauen! „In dieser Hinsicht ist es klar, dass bewaffnete Konflikte für die Völker der Welt immer eine vorsätzliche Negierung des internationalen Einvernehmens sind sowie tiefe Spaltungen schaffen und schwere Wunden zufügen, die viele Jahre zur Heilung benötigen. Kriege sind eine konkrete Weigerung, die großen wirtschaftlichen und sozialen Ziele zu verfolgen, die die internationale Gemeinschaft sich selbst gesetzt hat.“¹⁶

Solange jedoch eine so große Rüstungsmenge wie gegenwärtig im Umlauf ist, können immer neue Vorwände gefunden werden, um Feindseligkeiten anzuzetteln. Darum mache ich mir den Aufruf meiner Vorgänger zur Nichtverbreitung der Waffen und zur Abrüstung aller – angefangen bei den atomaren und den chemischen Waffen – zu Eigen.

Wir dürfen jedoch nicht übersehen, dass die internationalen Abmachungen und die nationalen Gesetze, obwohl sie nötig und höchst wünschenswert sind, allein nicht genügen, um die Menschheit vor der Gefahr bewaffneter Konflikte zu schützen. Es bedarf einer Umkehr der Herzen, die jedem ermöglicht, im anderen einen Bruder zu erkennen, um den er sich kümmern und mit dem er zusammenarbeiten muss, um für alle ein Leben in Fülle aufzubauen. Das ist der Geist, der viele der Initiativen der Zivilgesellschaft, einschließlich der religiösen Organisationen, für den Frieden beseelt. Ich wünsche mir, dass der tägliche Einsatz aller weiter Frucht bringt und dass er auch zur wirksamen völkerrechtlichen Anwendung des Rechts auf Frieden als eines elementaren Menschenrechts gelangt, das die notwendige Voraussetzung für die Ausübung aller anderen Rechte ist.

Die Korruption und die organisierte Kriminalität wirken der Brüderlichkeit entgegen

8. Der Horizont der Brüderlichkeit verweist auf die volle Entfaltung eines jeden Menschen. Die rechten

¹⁴ Enzyklika *Redemptor hominis* (4. März 1979), ¹⁶ AAS 61 (1979), 290.

¹⁵ Vgl. Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden, *Kompodium der Soziallehre der Kirche*, Nr. 159.

¹⁶ Franziskus, Brief an Präsident Putin, 4. September 2013: *L'Osservatore Romano* (dt.), 43. Jg. (13. September 2013), S. 11.

Bestrebungen eines Menschen, vor allem wenn er jung ist, dürfen nicht enttäuscht oder verletzt werden, man darf ihm nicht die Hoffnung nehmen, sie verwirklichen zu können. Zielstrebigkeit darf jedoch nicht mit Machtmissbrauch verwechselt werden. Im Gegenteil, man soll einander in gegenseitiger Achtung übertreffen (vgl. Röm 12,10). Auch in den Auseinandersetzungen, die ein unvermeidlicher Aspekt des Lebens sind, muss man sich immer daran erinnern, Geschwister zu sein, und darum einander und sich selber dazu erziehen, den Nächsten nicht als Feind zu betrachten oder als einen Gegner, der auszuschalten ist.

Die Brüderlichkeit erzeugt sozialen Frieden, weil sie ein Gleichgewicht zwischen Freiheit und Gerechtigkeit, zwischen persönlicher Verantwortung und Solidarität, zwischen dem Wohl der Einzelnen und dem Gemeinwohl schafft. Eine politische Gemeinschaft muss also transparent und verantwortlich handeln, um all das zu begünstigen. Die Bürger müssen sich von der öffentlichen Macht unter Respektierung ihrer Freiheit vertreten fühlen. Stattdessen schieben sich oft zwischen den Bürger und die Institutionen parteiische Interessen, die eine solche Beziehung entstellen und so ein ständiges Klima des Konflikts fördern.

Ein echter brüderlicher Geist besiegt den individuellen Egoismus, der den Menschen die Möglichkeit verstellt, in Freiheit und Harmonie miteinander zu leben. Dieser Egoismus entwickelt sich gesellschaftlich sowohl in den vielen Formen von Korruption, die heute so flächendeckend verbreitet sind, als auch in der Bildung krimineller Organisationen – von den kleinen Gruppen bis zu den auf globaler Ebene organisierten –, die dadurch, dass sie die Legalität und das Recht zutiefst zerrütten, die Würde der Person im Innersten treffen. Diese Organisationen sind eine schwerwiegende Beleidigung für Gott, schaden den Mitmenschen und verletzen die Schöpfung, umso mehr, wenn sie sich einen religiösen Anstrich geben.

Ich denke an das erschütternde Drama der Droge, mit der zum Hohn der moralischen und zivilen Gesetze Gewinn gemacht wird; an die Zerstörung der natürlichen Ressourcen und

die gegenwärtige Umweltverschmutzung, an die Tragödie der Ausbeutung der Arbeitskraft; ich denke an den illegalen Geldhandel wie an die Finanzspekulation, die oft räuberische Züge annimmt und schädlich ist für ganze Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, indem sie Millionen von Menschen der Armut aussetzt; ich denke an die Prostitution, die täglich unschuldige Opfer fordert, vor allem unter den Jüngsten, indem sie ihnen die Zukunft nimmt; ich denke an die Abscheulichkeit des Menschenhandels, an die Verbrechen gegen Minderjährige und die Missbräuche Minderjähriger, an die Sklaverei, die in vielen Teilen der Welt immer noch ihren Schrecken verbreitet, an die oft nicht gehörte Tragödie der Migranten, mit denen in der Illegalität in unwürdiger Weise spekuliert wird. In diesem Zusammenhang schrieb Papst Johannes XXIII.: „Wenn eine Gemeinschaft von Menschen allein auf Gewalt aufgebaut ist, so ist sie nicht menschlich; die einzelnen haben dann keine Freiheit mehr, während sie doch im Gegenteil anzuspornen sind, ihr Leben selber zu entfalten und an ihrer Vervollkommenheit zu arbeiten“.¹⁷ Doch der Mensch kann sich bekehren, und man darf niemals die Hoffnung auf die Möglichkeit aufgeben, das Leben zu ändern. Ich möchte, dass dies eine Botschaft der Zuversicht für alle ist, auch für diejenigen, die grausame Verbrechen begangen haben, denn Gott will nicht den Tod des Sünders, sondern dass er umkehrt und lebt (vgl. Ez 18,23).

Im weiten Kontext des menschlichen Zusammenlebens kommt beim Blick auf Delikt und Strafe der Gedanke auch auf die unmenschlichen Bedingungen in vielen Gefängnissen, wo der Gefangene oft auf einen inhumanen Zustand herabgesetzt, in seiner Menschenwürde verletzt und sogar in jedem Willen und Ausdruck einer Wiedergutmachung erstickt wird. Die Kirche tut in allen diesen Bereichen viel, meistens im Stillen. Ich ermahne und ermutige, immer noch mehr zu tun, in der Hoffnung, dass diese von so vielen mutigen Männern und Frauen unternommenen Aktionen zunehmend auch von den zivilen Auto-

ritäten treu und aufrichtig unterstützt werden mögen.

Die Brüderlichkeit hilft, die Natur zu bewahren und zu pflegen

9. Die Menschheitsfamilie hat vom Schöpfer ein gemeinsames Geschenk erhalten: die Natur. Die christliche Sicht der Schöpfung beinhaltet ein positives Urteil über die Zulässigkeit der Eingriffe in die Natur, um einen Nutzen daraus zu ziehen, unter der Bedingung, dass man verantwortlich handelt, das heißt die „Grammatik“ anerkennt, die in sie eingeschrieben ist, und die Ressourcen klug zum Vorteil aller nutzt und dabei die Schönheit, die Zweckbestimmtheit und die Nützlichkeit der einzelnen Lebewesen und ihre Funktion im Ökosystem berücksichtigt. Um es kurz zu sagen: Die Natur steht uns zur Verfügung, und wir sind berufen, sie verantwortlich zu verwalten. Stattdessen lassen wir uns oft von der Habgier, vom Hochmut des Herrschens, des Besitzens, des Manipulierens und des Ausbeutens leiten; wir bewahren die Natur nicht, respektieren sie nicht und betrachten sie nicht als eine unentgeltliche Gabe, für die man Sorge tragen und sie in den Dienst der Mitmenschen, einschließlich der kommenden Generationen, stellen soll.

Besonders der landwirtschaftliche Sektor ist der primäre Produktionsbereich mit der lebenswichtigen Berufung, die natürlichen Ressourcen zu pflegen und zu bewahren, um die Menschheit zu ernähren. Diesbezüglich treibt mich die andauernde Schande des Hungers in der Welt dazu, uns gemeinsam die Frage zu stellen: In welcher Weise nutzen wir die Ressourcen der Erde? Die heutigen Gesellschaften müssen über die Rangordnung der Prioritäten nachdenken, für die die Produktion bestimmt wird. Tatsächlich ist es eine unumgängliche Pflicht, die Ressourcen der Erde so zu nutzen, dass keiner Hunger leidet. Die Initiativen und die möglichen Lösungen sind zahlreich und beschränken sich nicht auf die Steigerung der Produktion. Die gegenwärtige Produktion ist bekanntlich ausreichend, und doch hungern und verhungern Millionen von Menschen, und das ist ein wirklicher Skandal. Es ist also notwendig, die Möglichkei-

¹⁷ Enzyklika *Pacem in terris*, 17.

ten zu finden, dass alle die Früchte der Erde genießen können, nicht nur um zu vermeiden, dass sich der Unterschied zwischen denen, die mehr besitzen, und denen, die sich mit den Überbleibseln begnügen müssen, vergrößert, sondern auch und vor allem, weil dies ein Erfordernis der Gerechtigkeit, der Ebenbürtigkeit und der Achtung gegenüber jedem Menschen ist. In diesem Sinn möchte ich alle an die notwendige universale Bestimmung der Güter erinnern, die eine der Grundprinzipien der Soziallehre der Kirche ist. Dieses Prinzip zu achten, ist die wesentliche Voraussetzung, um einen faktiven und gerechten Zugang zu den wesentlichen und vorrangigen Gütern zu gewähren, die jeder Mensch braucht und auf die er ein Anrecht hat.

Schluss

10. Die Brüderlichkeit muss entdeckt, geliebt, erfahren, verkündet und bezeugt werden. Doch allein die von Gott geschenkte Liebe ermöglicht uns, die Brüderlichkeit ganz und gar anzunehmen und zu leben.

Der notwendige Realismus der Politik und der Wirtschaft darf nicht auf einen Technizismus ohne Ideale reduziert werden, der die transzendente Dimension des Menschen außer Acht lässt. Wenn die Öffnung auf Gott hin fehlt, verarmt alles menschliche Tun, und die Personen werden zu Objekten herabgewürdigt, die man ausbeuten kann. Nur wenn die Politik

und die Wirtschaft akzeptieren, sich in jenem weiten Raum zu bewegen, der durch diese Öffnung auf den hin gewährleistet ist, der jeden Menschen liebt, wird es ihnen gelingen, sich auf der Basis eines authentischen Geistes der Bruderliebe aufzubauen und wirksame Werkzeuge für eine ganzheitliche menschliche Entwicklung und für den Frieden zu sein.

Wir Christen glauben, dass wir in der Kirche als Glieder miteinander verbunden sind und alle einander nötig haben, denn jeder von uns empfängt die Gnade in dem Maß, wie Christus sie ihm geschenkt hat, damit sie anderen nützt (vgl. Eph 4,7.25; 1 Kor 12,7). Christus ist in die Welt gekommen, um uns die göttliche Gnade zu bringen, das heißt die Möglichkeit, an seinem Leben teilzuhaben. Das verlangt, ein Netz brüderlicher Bezüglichkeit zu knüpfen, das von Wechselseitigkeit, Vergebung und völliger Selbsthingabe geprägt ist, entsprechend der Weite und Tiefe der Liebe Gottes, die der Menschheit durch den geschenkt ist, der – gekreuzigt und auferstanden – alle an sich zieht: „Ein neues Gebot gebe ich euch: Liebt einander! Wie ich euch geliebt habe, so sollt auch ihr einander lieben. Daran werden alle erkennen, dass ihr meine Jünger seid: wenn ihr einander liebt“ (Joh 13,34-35). Das ist die Frohe Botschaft, die von jedem einen Schritt mehr verlangt, eine ständige Übung der Empathie, des Hörens auf das Leiden

und die Hoffnung des anderen – auch dessen, der mir am fernsten steht –, indem man sich auf den anspruchsvollen Weg jener Liebe begibt, die sich ungeschuldet zu schenken und zu verausgaben weiß für das Wohl jedes Bruders und jeder Schwester.

Christus umarmt den ganzen Menschen und möchte, dass niemand verloren geht. „Gott hat seinen Sohn nicht in die Welt gesandt, damit er die Welt richtet, sondern damit die Welt durch ihn gerettet wird“ (Joh 3,17). Er tut das ohne Druck und ohne den Zwang, ihm die Türen des Herzens und des Geistes zu öffnen. „Der Größte unter euch soll werden wie der Kleinste, und der Führende soll werden wie der Dienende“, sagt Jesus Christus, „ich aber bin unter euch wie der, der bedient“ (Lk 22,26-27). Jedes Tun muss also durch eine Haltung des Dienstes an den Menschen gekennzeichnet sein, besonders an den fernsten und unbekanntesten. Der Dienst ist die Seele jener Brüderlichkeit, die den Frieden aufbaut.

Maria, die Mutter Jesu, helfe uns, die Brüderlichkeit, die aus dem Herzen ihres Sohnes entspringt, zu verstehen und täglich zu leben, um jedem Menschen auf dieser unserer geliebten Erde Frieden zu bringen. □

*Aus dem Vatikan,
am 8. Dezember 2013*

FRANZISKUS

*Copyright:
Libreria Editrice Vaticana*

Weltfriedenstag in Köln

Internationaler Soldatengottesdienst im Hohen Dom zu Köln

Joachim Kardinal Meisner verabschiedet sich von den Soldaten

Am Donnerstag, den 23. Januar 2014 feierte letztmalig Joachim Kardinal Meisner den Internationalen Soldatengottesdienst im Hohen Dom zu Köln. Während seiner 25-jährigen „Dienstzeit“ als Erzbischof in Köln war Kardinal Meisner ein einziges Mal wegen Krankheit verhindert. Vor ca. 1.600 Gläubigen im Dom zelebrierte der Erzbischof von Köln den Gottesdienst für die Angehörigen der

Bundeswehr, befreundeter Streitkräfte und der Bundespolizei. Schüler aus der Bundessprachenschule in Hürth trugen nach der deutschen Fassung ihre Fürbitten in den jeweiligen Landessprachen vor. Der Männerchor aus Köln-Wahn untermalte teilweise die Eucharistiefeier.

Seine Predigt stellte der Kardinal unter das Motto: „Geschwisterlichkeit – Grundlage und Weg für den Frie-

den“. Zu Beginn stellte er fest, dass wir hier in Europa in sehr großer Freiheit und Freizügigkeit lebten. Gerade er, der aus der geteilten Stadt Berlin kommend – hier in Köln seit 25 Jahren Erzbischof sein dürfe, habe diesen unglaublichen Wandel bewusst erlebt. Kardinal Meisner schloss daraus: „Danken wir Gott für den Frieden und die Freiheit, die uns damit geschenkt sind! Und nehmen wir die

Grußwort von Hauptmann Andreas Quirin

Zu Beginn meines kurzen Grußwortes darf ich Ihnen, Herr Dekan Schnettker den Dank der Gemeinschaft Katholischer Soldaten übermitteln, dass Sie uns auch in diesem Jahr die Möglichkeit geben, als Vertreter der Laien im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs der Deutschen Bundeswehr einige Worte zu sagen. Ich spreche hier in Vertretung unseres Bundesvorsitzenden. Oberst Attermeyer befindet sich seit knapp drei Wochen im Ausland (Änderung durch die Redaktion) und kann deshalb in diesem Jahr nicht persönlich hier sein, lässt Sie alle aber herzlich grüßen.

Papst Franziskus hat seine erste Botschaft anlässlich des Weltfriedenstages mit „**Brüderlichkeit – Fundament und Weg des Friedens**“ überschrieben. Er hat damit den Finger in eine große und aktuelle Wunde gelegt, deren Auswirkungen uns derzeit täglich mit den Nachrichten in unsere Wohnzimmer projiziert werden. Leider haben wir uns in der Zwischenzeit fast an die Bilder von Flüchtlingen gewöhnt, die auf der Flucht vor Krieg, Hunger und lebensunwürdigen Umständen versuchen, den sicheren Hafen Europa zu erreichen.

Papst Franziskus mahnt in seiner Botschaft, dass Brüderlichkeit den Krieg auslöscht. Er ruft deshalb dazu auf, dass diejenigen, die Kriege führen, trotz aller Feindschaft und trotz des Hasses, der oft aus den kriegesischen Handlungen und dem daraus entstehenden Leid resultiert, versuchen, in ihren Gegnern auch wieder den Bruder zu entdecken. So kann die Grundlage dafür gefunden werden, jeden Konflikt zu beenden. Er betont, dass Gesetze und Abmachungen die Menschheit nicht vor der Gefahr bewaffneter Konflikte schützen können, sondern dass es hierfür einer Umkehr in den Herzen der Menschen bedarf.

Diese Worte sind so leicht nachvollziehbar, weil jeder Mensch in seinem Inneren weiß, dass nur auf diese Weise wahrer, dauerhafter Frieden entstehen kann. Wie schwer aber ist es, dieser Erkennt-

nis Taten folgen zu lassen! Wie schnell vergessen wir sie, wenn wir uns ungerecht behandelt fühlen, unser Leben oder unser Hab und Gut, unsere Werte, unsere Überzeugungen in Gefahr sehen. Dies erleben wir Soldaten in den vielen Einsatzgebieten auf dieser Welt immer wieder. Täglich müssen wir uns hier diese mahnenden Worte vor Augen führen.

Doch dies gilt nicht nur für uns Soldaten. Frieden, Gerechtigkeit, eine Welt, in der die Menschen in Freiheit und Würde leben können, daran arbeiten viele Menschen auf vielen Ebenen und in vielen Zusammenhängen überall auf der Welt. Hier bei uns sind es auf der politischen Ebene in der vordersten Verantwortungsreihe die Mitglieder der Bundesregierung und die Abgeordneten des deutschen Bundestages.

Wir Soldaten wünschen uns, dass Sie die Mahnung zur Brüderlichkeit als Leitlinie Ihres Handelns immer mitdenken und wir als Soldaten damit in wahren Sinne dem Frieden dienen dürfen.

Die Ereignisse in Afghanistan, aber auch in Mali und Zentralafrika und in den vielen Krisengebieten dieser Welt, machen deutlich, dass hier noch ein weiter Weg vor uns liegt.

Brüderlichkeit, der Blick für den Nächsten, den Mitmenschen, fängt aber bereits im eigenen Land, in der direkten Nachbarschaft an. Als Soldat erleben wir

an mancher Stelle eher das Gegenteil. Das freundliche Desinteresse, das uns und unseren Beruf begleitet, wurde in den vergangenen Jahren nicht wirklich besser. Eine gesellschaftliche Debatte über die Bundeswehr, ihre Aufgabe im Ringen um den Frieden in der Welt, die Auslandseinsätze, aber auch über die Einführung neuer Waffensysteme wie bewaffneter Drohnen, ist längst überfällig. Wir Soldaten brauchen den Rückhalt der Gesellschaft, damit wir unseren Auftrag erfüllen können. Wir brauchen das gemeinsame Ringen vieler um den richtigen Weg.

Die Hinweise unserer Verteidigungsministerin in diesem Zusammenhang haben wir daher aufmerksam zur Kenntnis genommen. Wir als Gemeinschaft Katholischer Soldaten bieten hierbei gerne unsere Hilfe an. Mein Appell, Eminenz, geht aber auch in Ihre Richtung. Wir sehen insbesondere die Kirche in einer besonderen Verpflichtung, dieses gemeinsame Ringen um den Frieden im Kleinen und im Großen immer wieder einzufordern, aber auch selbst aktiv mitzugestalten. Vielleicht schaffen wir es so gemeinsam, in brüderlicher Verbundenheit, einen Denk-, Gesprächs- und Handlungsprozess in Gang zu bringen, an dessen Ende ein Ergebnis steht, das durch breite Mehrheiten unserer Gesellschaft mitgetragen wird und wahrhaft dem Frieden dient.

Verantwortung wahr, die damit verbunden ist.“

Weiterhin führte Kardinal Meisner aus, dass für die Entfaltung von Frieden und Freiheit vor allem eine Haltung verantwortlich ist: Offenheit. Gerade im Zeitalter der Globalisierung, wo täglich Begegnungen der unterschiedlichsten Kulturen stattfänden, sei Offenheit eine Grundvoraussetzung. Den anderen offen annehmen, keine Vorurteile, keine Diffamierung, sondern der Gegenüber sei gleichsam mein Bruder, weil von Gottes Ebenbild. Damit sei es nicht statthaft, das Gleiche im anderen zu suchen, denn gerade die Unterschiedlichkeiten machten ja eine Begegnung zum Gewinn, führte der Kardinal aus.

In einer Welt, in der es immer höher, schneller und weiter gehen muss, entstünde langsam eine Art Gegenbewegung, so der Erzbischof von Köln, dies sei die Einfachheit. „Einfachheit in christlicher Perspektive ist das ständige Bemühen, alles Äußerliche zu durchdringen und im Zweifel wegzulassen, damit ich zum Kern vordringe“, sagte Meisner den versammelten Gläubigen. Einfachheit führe zu Klarheit und Echtheit, wichtige Dinge nicht nur im Leben der Kirche, sondern vor allem im Leben der Menschen.

Offenheit, Begegnung und Einfachheit seien die drei Schritte zu mehr Geschwisterlichkeit und danach zum Frieden, führte Kardinal Meisner aus. Seine Predigt schloss er mit dem Gebet von Mutter Theresia:

„Die Frucht der Stille ist das Gebet.

Die Frucht des Gebets ist der Glaube.

Die Frucht des Glaubens ist die Liebe.

Die Frucht der Liebe ist das Dienen.

Die Frucht des Dienens ist der Friede.“

Er wünschte allen Anwesenden, dass wir diesen Weg zur Geschwis-

terlichkeit in der Kraft Gottes gehen mögen.

Beim anschließenden, traditionellen Empfang im Maternushaus hatte man mit Rücksicht auf das Alter des Kardinals auf dem Podium eine kleine Sitzgruppe platziert, sodass der

Brüderlichkeit zu zeigen gelte. Dafür stünden die Soldatinnen und Soldaten im – vom Parlament gebilligten und kontrollierten – Einsatz in den verschiedenen Regionen dieser Erde. Begleitet würden sie von den Militärgeistlichen, die niemals theoretische



Joachim Kardinal Meisner mit einigen internationalen Gästen. Hinter ihm links Militärgeneralvikar Msgr. Reinhold Bartmann, rechts der Leitende Militärdekan Köln, Msgr. Rainer Schnettker (Bild B.Bastian)

80-jährige während der Grußworte sich setzen konnte (siehe Titelbild). Von den angereisten vier Staatssekretären des Ministeriums hielt der Parlamentarische Staatssekretär Markus Grübel (CDU) das Grußwort für die in der Regierungsklausur gebundene Ministerin. Nachdem er die Grüße der Ministerin überbracht hatte, bedankte er sich bei Kardinal Meisner für dessen immerwährende Unterstützung der Soldatinnen und Soldaten. Er unterstrich mehrfach die Bedeutung der Seelsorge unter den Soldaten für die Soldaten, gerade im Einsatz in den dort vorkommenden Extremsituationen.

Militärgeneralvikar Monsignore Reinhold Bartmann überbrachte die Grüße des Katholischen Militärbischofs für die Bundeswehr, Dr. Franz-Josef Overbeck. Bartmann bedankte sich bei der politischen wie militärischen Leitung des Ministeriums für dessen unermüdlichen Einsatzes für die geschundenen und unterdrückten Menschen in den verschiedensten Regionen. Diese Menschen seien ja im wahrsten Sinne des Wortes von Papst Franziskus unsere Nächsten, denen es

Größen sein dürften, sondern immer vor Ort als Mensch und Bruder ihren Dienst wahrnehmen würden. Deshalb sei die Militärseelsorge immer wieder in den Diözesen, um für qualifiziertes Personal für diesen Dienst zu werben. Gerade hier sei die Stimme von Kardinal Meisner immer wichtig gewesen, habe er doch stets die Militärseelsorge unterstützt. Bartmann brachte zum Ausdruck, dass auch der emeritierte Kardinal noch eine Stimme hätte, die im katholischen Deutschland gehört würde und wünschte dem Erzbischof von Köln, dass er noch viele Jahre bei bester Gesundheit diese Unterstützung weiterhin leisten könne. Zum Schluss seines Grußwortes wünschte der Militärgeneralvikar allen Anwesenden Gottes Geleit für diese noch junge Jahr.

Für die Gemeinschaft Katholische Soldaten sprach der stellvertretende Bundesvorsitzende Hauptmann Andreas Quirin ein Grußwort, dass im Wortlaut auf Seite 12 wiedergegeben ist. Traditionell stellte sich Joachim Kardinal Meisner mit den teilnehmern des Gottesdienstes für ein Erinnerungsfoto zur Verfügung (Bild 1). □

Appell im Lager Mike Spann

Ende einer Beratertätigkeit im Camp Mike Spann bei Mazar-e Sharif.



Generalmajor Jörg Vollmer, Kommandeur des Regionalkommandos Nord, zeichnet Oberst Stefan Leonhard mit der NATO-Medaille ISAF aus

Offiziere und Unteroffiziere aus fünf Nationen haben unter deutscher Führung mehr als drei Jahre die 3. Brigade des 209. ANA (Afghanische National Armee) Korps im Camp Shaheen beraten. Ende des Jahres 2013 wurden sie von ihren Aufgaben entbunden. Gleichzeitig wurde ein

neues Beraterteam unter Führung von Major Silvio M. aufgestellt. Sie werden in Zukunft den Aufbau der sogenannten Regional Corps Battle School (RCBS) unterstützen.

Im Beisein von Generalmajor Jörg Vollmer, Kommandeur des Regionalkommandos Nord sowie Generalmajor

Zalmai Wesa, Kommandeur des 209. ANA Korps, wurde der Auflösungs-/Aufstellungsappell durchgeführt.

Oberst Stefan Leonhard, Leiter des Advisory Teams der 3. ANA Brigade, unterstrich in seiner Rede die gute Zusammenarbeit mit den afghanischen Soldaten. „Das beeindruckendste Erlebnis war Ihre überwältigende Gastfreundschaft, Ihr Vertrauen und Ihre Freundschaft. [...] Jeder von uns hat auch viel von unseren afghanischen Partnern gelernt. Oft war nicht klar, wer der Berater und wer die zu Beratenden sind. Das ist, wie echte Partnerschaft funktionieren sollte“, so der Leiter des Advisory Teams.

Neben der Außerdienststellung war die Neuaufstellung des Beraterteams für die RCBS ein sichtbares Zeichen der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen der ISAF und dem 209ten Korps im Norden Afghanistans. □

(Text: Thomas Supe,
Foto: Marcus Schaller,
Pressestelle GebJgBrig 23)

Friedensethik

„Krieg aller gegen alle“

Problematik asymmetrischer Bedrohungen im friedensethischen Kontext

VON ANDREAS M. RAUCH ¹

Das Ende des Ost-West-Konfliktes 1989/90 und die Terroranschläge vom 11. September 2001 führten zu zwei sicherheitspolitischen Zäsuren: seither muss sich die deutsche „Verteidigungspolitik“ neu ordnen, was sich am „erweiterten Sicherheitsbegriff“ festmachen lässt. Und seit 2001 stehen die USA und mit ihr alle NATO-Mitgliedsstaaten in einem „Krieg gegen den Terror“; der islamistische Terrorismus wird als eine asymmetrische Bedrohung wahrgenommen. Inzwischen wird jedoch deutlich, dass Fehler gemacht wurden, etwa in der Einschätzung des Irak und von Diktator Saddam Hussein, der mit islamistischem Terrorismus nichts zu tun hatte. Ebenfalls hochproblematisch sind die Aktivitäten des National Security Agency (NSA).

¹ Der Autor ist Lehrbeauftragter für Internationale Politik an den Universitäten Duisburg-Essen und Nürnberg-Erlangen und im Schuldienst in Köln tätig.

Die „Lehre vom Krieg“

Das Fach „Strategik“, womit die Militärkunde oder die Lehre vom Kriege gemeint ist, benannte

der griechische Philosoph Aristoteles (382-322 v.Chr.) als eines von insgesamt fünf Disziplinen seiner „academia“ in Athen. Für Ari-

stoteles sollte ein Krieger Athens auch in den anderen vier Disziplinen kundig sein: der Poetik – also dem Schreiben –, der Rhetorik – also der Rede –, der Politik – also um Wissen über die öffentlichen Handlungen der Polis- und in der Oekonomia – der Lehre vom Wirtschaften. Alle fünf Disziplinen bezeichnete Aristoteles in seiner Nikomachischen Ethik als „Politische Wissenschaft“. Die Strategik deckte zwei Felder ab: die Frage der richtigen Verteidigung der Polis und die Kunst des Kriegsführens, wobei damals das Führen von Kriegen als ein legitimes Mittel der Polis angesehen wurde. Symmetrische Bedrohungslagen waren in der Antike bei Verteidigungs- und Kriegsfragen die Regel, da es vor allem um einen Kampf Mann gegen Mann ging und damit um die Anzahl der Waffenträger. Die Athener erkannten dabei durch die Konkurrenz mit Sparta, dass besondere Fähigkeiten wie etwa körperliches Training bei Kriegern notwendig sind, da es die Einsatzfähigkeiten der Soldaten erhöht. Deshalb wurde in Athen in den Gymnasien die körperliche Tüchtigkeit junger Männer im hohen Maß gefördert, da zudem in einem gesunden Körper ein gesunder Geist gesehen wurde. Mut und Tapferkeit, oftmals verbunden mit Grausamkeit, waren Eigenschaften, die den Römern bei der Eroberung ihres Imperium Romanum vielfach zum Sieg verhalfen.

Symmetrien zeichnen sich durch eine gewisse Überschaubarkeit, nicht aber immer durch Transparenz aus, was sich gut am Thema Waffentechnik festmachen lässt. Durch neue Waffen oder Waffentechniken vermag ein Gegner Vorteile bekommen, was dieser aber oftmals zu verschleiern sucht und sich im konkreten Kampfeinsatz bewährt oder auch nicht. Aristoteles lehrte seinen Schüler Alexander von Makedonien, dass Verteidigung und Kriegsführung moderner, überlegener Kriegstechniken bedürfen. Alexander hat sich dieses Erkenntnis auf seinen Feldzügen etwa durch den Einsatz von Elefanten verinnerlicht, wie auch Alexanders Nachfolger sich über moderne Verteidigungsanlagen etwa im ägyptischen

Alexandrien noch über Jahrhunderte die Macht sicherten. Neben körperlichen Einsatz und Kriegstechnik kommt es nach Aristoteles aber auch auf die richtige Strategie und Taktik an, etwa auf den geschickten Einsatz von Reitern oder auf Überraschungsangriffe aus dem Hinterhalt, was sich vor allem die römischen Heeresführer und einige preußische Generäle zu eigen machten.

Klassische Asymmetrien

Das Thema symmetrische und asymmetrische Bedrohungslagen ist ein interdisziplinäres Forschungsgebiet. Die Zukunftsforschung eines Ossip Flechtheim, die Meinungsforschung eines Max Mannheimer oder die Bevölkerungswissenschaft eines Frank Xaver Kaufmann setzen sich mit diesen Fragestellungen auseinander. In der Internationalen Politik unterscheiden wir zwischen klassischen und modernen Asymmetrien der Sicherheitspolitik. Bei den klassischen Asymmetrien sind vier Konfliktfelder zu nennen: Volksgesundheit, Volkskrankheiten, Epidemien und Pandemien, Wanderungsbewegungen, Flüchtlinge und Überbevölkerung, Umweltzerstörung, Wasser- und Bodenzerstörung, Klimaveränderung und Terrorismus. Asymmetrische Bedrohungslagen waren auch in der Antike bekannt und zeichnen sich grundsätzlich durch eine schwierige Vorhersehbarkeit und damit eine niedrige Berechenbarkeit aus. Dazu zählen etwa die Folgen von Umweltzerstörung wie die Abholzung der Wälder in Italien oder etwa das Thema Krankheit wie Pest und Cholera. Viele Kriegsverläufe wurden durch eine große Zahl erkrankter Soldaten oder durch eine Schwächung der Zivilbevölkerung beeinflusst oder gar entschieden. Beispielhaft sei etwa die Rolle der Spanischen Grippe im Kontext des I. Weltkrieges genannt, die rund 38 Millionen Menschen das Leben kostete. Ältere Beispiele sind die Pest im mittelalterlichen Europa, von der uns aber genauere Zahlenangaben fehlen. Ein anderer Faktor sind Wanderungsbewegungen, die wie schon die Völkerwanderung zwi-

schen dem 4. bis 7. Jahrhundert sogar zu so massiven politischen Konsequenzen wie die Begünstigung des Unterganges des Römischen Weltreiches führten. In der modernen Welt der Internationalen Politik kommen alle vier klassischen Asymmetrien in einem neuen Gewand wieder zum tragen, so etwas das Thema Terrorismus. Hinzu kommen neue Themen wie etwa moderne Waffentechnologien wie die A-B-C-Waffensysteme oder Cyber-Space-Attacken, die das gesamte 20. Jahrhundert überschatten und auch in das 21. Jahrhundert hineinragen – etwa in der Frage von ABC-Waffen im Syrien- und im Nordkorea-Konflikt.

Die Zäsur des Jahres 1945

Das Jahr 1945 markiert eine Zäsur sowohl für die Internationale Politik im Allgemeinen wie für die Frage asymmetrischer Bedrohungen im Besonderen. Für die längste Zeit der Gestaltung der Internationalen Beziehungen galt das Prinzip der Macht, in der die Anwendung von Krieg als legales Mittel der Internationalen Beziehungen angesehen wurde. Machiavelli hat dieses Prinzip der Macht in seiner Schrift „Il principe“ (Vom Fürsten) behandelt. Entsprechend hießen die staatlichen Einrichtungen für militärische und kriegerische Angelegenheiten häufig Kriegsministerien, was im Prinzip bis 1945 so blieb. In Deutschland etwa gab es das „Reichskriegsministerium“ oder in Großbritannien das „Royal Ministry of War“ oder in den USA das „United States Department of War“ bis 1947. In Deutschland und Großbritannien änderten sich diese Bezeichnungen in Bundesverteidigungsministerium und Royal Ministry of Defence.

Schon der Hundertjährige (1337-1453) und der Dreißigjährige Krieg (1618-1648) ließen die Grauen des Krieges erkennen, nach dem diese nach den Schrecken der Kreuzzüge zeitweilig in den Hintergrund getreten waren. Insbesondere die grausamen Grabenkämpfe des I. Weltkrieges (1914-1918) führten dazu, dass sich antikriegerische Überlegungen in den Gesellschaften Europas zu einer politischen Überzeugung verdichteten: „Nie wieder Krieg, keine kriegerische

Gewalt“ wurde die Parole von überzeugten Pazifisten. Um die Schrecken des I. Weltkrieges noch einmal in Erinnerung zu rufen, möchte ich aus den Erinnerungen des Archäologen Walter Andrae zitieren: „Ich kam als der neunte Kompanieführer zu meiner neunten Kompanie, von den acht Vorgängern lebte keiner mehr. Wir lagen im Stellungskrieg in den weißen Kreidegräben der Champagne... . Viele Leichen lagen in den Bermen, Ablösung gab es nicht. Man stand Tag und Nacht am selben Fleck, wenn man nicht fiel. Schwerverwundete hockten im Graben bis zur Nacht, die Leitungen waren zerschossen... .“ (Walter Andrae: Lebenserinnerungen. Berlin 1961, S. 225) Der I. Weltkrieg ließ deutlich werden, dass Staaten in ihren internationalen Beziehungen multilateral eingebunden werden sollten, weshalb es zur Gründung des Völkerbundes kam. Beim Einsatz von Gas im I. Weltkrieg wurde manifest, dass nicht alles, was waffentechnisch möglich ist, auch erlaubt sein sollte. Gleiches gilt für den Einsatz von Bakterien als Kampfmittel, nachdem Bakterien im I. Weltkrieg mehr Opfer forderten als durch andere Waffen.

Vom Ende des Krieges als Mittel der Politik

Der II. Weltkrieg ließ weitere Erkenntnisse reifen, dass Angriffskriege in jeglicher Form inakzeptabel für die Weltgemeinschaft sind. Im Übrigen wissen wir heute, dass Deutschland Ende 1939 – völlig unabhängig von Hitlers Kriegsrhetorik – finanziell pleite gewesen wäre, also es aus innenpolitischer Sicht es der Ausgabe von Krieganleihen bedurfte, um eine Staatspleite zu verhindern. Vor dem Hintergrund der beiden Weltkriege kam es 1945 zur Niederlegung der Atlantik-Charta und in deren Folge zur Schaffung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Damit einher ging eine Ächtung von B- und C-Waffen und späterhin auch von A-Waffen und der Ächtung eines atomaren Erstschlages.

In Konsequenz dieser politischen Entscheidungen erleben wir zwischen 1950 und 1990 ein Gleichgewicht des Schreckens, also ein symmetrisches Bedrohungspotential, welches ihre geistige Basis in der freiheitlich-

westlichen und in der östlich-kommunistischen Hemisphären findet. Militär und Krieg waren nunmehr nicht mehr Mittel der Politik, sondern dienten ausschließlich der Landesverteidigung. Entsprechend finden wir weltweit nunmehr in der Regel „Verteidigungsministerien“, also „Ministries of Defence“. Ein symmetrisches Bedrohungspotential sicherte den Weltfrieden und führte zu einer gewissen politischen Stabilisierung der Weltlage, die bis zum Ende des Ost-West-Konflikts 1990 andauerte. Was über das Jahr 1990 als asymmetrisches Bedrohungspotential geblieben ist, besteht in der Existenz von Atomwaffen in Händen von diktatorisch regierten Staaten wie Nordkorea und dem Iran fort, die mit ihren Atomwaffenprogrammen versuchen, Außenpolitik zu betreiben. Dies ist in keiner Weise akzeptabel und kontrariert alle atomaren Abrüstungsbemühungen der Großmächte und dem ist Einhalt zu gebieten durch die Weltgemeinschaft. Der Beschluss der UN-Vollversammlung im April 2013, bessere internationale Waffenkontrolle umzusetzen, und zwar gegen das Votum von Syrien, Iran und Nordkorea, zeigt den richtigen Weg auf – Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages.

Zur Rolle von Geheimdiensten

Im Prinzip dürfen staatliche Geheimdienste keine Lizenz zum Töten haben, weil sie sich dann selbst terroristisch gebärden (Staatsterrorismus) und dann zu einer asymmetrischen Bedrohung werden. Im Fall des israelischen Mossad spielt auch immer die Frage eines Existenzrechtes Israels eine wichtige Rolle, doch darf dies nicht dazu führen, dass er insbesondere in den Palästinensergebieten zu gezielten Tötungen durch den Mossad kommt, gerade wenn auch eine Gefangennahme durch israelische Militär- und Polizeikräfte möglich gewesen wäre. Das ist mit den Menschenrechten nicht zu vereinbaren und auch nicht mit dem Obersten Gerichtshofs Israels in Jerusalem, der gezielte Tötungen durch die israelischen Streitkräfte und den Mossad an drei Bedingungen geknüpft hat, die in der Praxis aber vielfach verletzt werden.

Seit 1990, insbesondere seit Mitte der neunziger Jahre und im Kontext des ausbrechenden Balkan-Konflikts, können wir in der regierungsamtlichen Sprache der Verteidigungsministerien wie in der politikwissenschaftlichen Literatur sprachliche und inhaltliche Veränderungen feststellen. So findet der Begriff der Sicherheitspolitik zunehmend Eingang in den Sprachgebrauch der internationalen Beziehungen. In Deutschland findet sich der Begriff der Sicherheitspolitik in den Verteidigungspolitischen Richtlinien. Danach wurde vor allem der veränderten politischen Lage in Osteuropa Rechnung getragen, also der EU- und NATO-Mitgliedschaft einzelner Staaten als auch der Jugoslawien-Krise. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 findet sich erstmals der Begriff von der „erweiterten Sicherheitspolitik“.

Die Lage für Osteuropa als auch der Balkan-Konflikt führten zum Entstehen neuer, souveräner Staaten, aber auch zu Flüchtlingswellen, keinesfalls nur nach Deutschland. Dieser Prozess der Migration war teilweise so wirkungsmächtig, dass die Sicherheit Deutschlands und vieler westeuropäischer Staaten bedroht war. Vielen Politikern wurde klar, dass sie sich in den Internationalen Beziehungen mit Problemen und Herausforderungen konfrontiert sahen, die mit den klassischen Mitteln der Verteidigungspolitik nicht zu bewältigen waren. Immer mehr Themen und Probleme betrafen verschiedene Politikfelder, weshalb sich im Weißbuch der Bundesregierung 2006 – auch späterhin im Weißbuch 2013 – der Begriff der vernetzten Sicherheit durchsetzte. Migration und Reisefreiheit haben häufig mit Kriminalität zu tun, beide Themen der Innenpolitik. Eng verbunden damit sind auch sozialpolitische Themen, vor allem im Zusammenhang mit der Asylgesetzgebung. Auch Themen des Umwelt, Tier- und Artenschutzes sind Themen, die langfristig mit Sicherheitspolitik zu tun haben und die asymmetrische Bedrohungen darstellen können, wenn an ihnen nicht gearbeitet wird. Bestes Beispiel hierfür ist die Atompolitik: was nützt es Deutschland, wenn seine Atomkraftwerke über beste Sicherheitsstandards verfügen, slowakische,

tschechische oder französische Atomkraftwerke aber nur wenige Kilometer von der deutschen Grenze stehen und die Gesundheit und das Leben vieler Deutscher gefährden?

Das Phänomen asymmetrischer Bedrohungen

Erst seit einigen Jahren wissen wir aus der Archäologie, welche große Bedeutung Erdbeben als asymmetrische Bedrohung auf die Menschheitsgeschichte haben. So wurde Troja mehrfach von Erdbeben heimgesucht, zuletzt im 12. Jahrhundert, und die Besiedelung in Troja aufgegeben. Auch die Lebensgrundlagen der Mayas wurde letztlich durch Erdbeben im 13. und 14. Jahrhundert nachhaltig zerstört, weshalb diese Hochkultur dem Niedergang geweiht wurde. Gleiches gilt für das Thema „Migration“ als asymmetrische Bedrohung. Wenn sich ganze Völker auf den Weg machen, um sich neuen Lebensraum zu suchen, dann lässt sich dem langfristig militärisch kaum etwas entgegen setzen. Dies hat das weströmische Reich bis zu seinem Ende im 5. Jahrhundert ebenso erfahren wie das oströmische oder byzantinische Reich, welches auf Dauer dem Ansturm der Seldschuken, Tartaren und Turkmenen nichts entgegen zu setzen hatte.

Um beim Thema Völkerwanderung und Migration zu bleiben. Die Araber ließen sich aus Spanien wieder vertreiben, ebenso die Türken aus dem österreichisch-ungarischen Kaiserreich. Aber Migration bleibt eine stete Herausforderung an die Sicherheitspolitik, wie vor allem die Italiener, Franzosen und Spanier immer wieder bitter erfahren müssen. Heute wissen wir, dass die Völkerwanderung in Europa im 4. bis 7. Jahrhundert vor allem durch mongolische Reiterstämme verursacht wurde, die sich neue Territorien und Jagdgründe suchten. Die Migranten unserer Tage sind vor allem Wirtschaftsflüchtlinge, die sich geregelte Arbeit und ein besseres Leben in Westeuropa erhoffen. Ursächlich sind die hohen Unterschiede in Einkommen und Lebensstandard. Das Kindergeld in Deutschland für einen Kind beispielsweise ist in etwa so hoch wie das Monatseinkommen eines einfachen Arbeiters in Rumänien.

Der Begriff der „Sicherheitspolitik“ und der „asymmetrischen Bedrohungen“ wurzeln im anglo-amerikanischen Sprachraum, eben weil die Literatur der internationalen Beziehungen in Englisch verfasst ist und in den USA sowie Großbritannien bestimmenden Einfluss auf das transatlantische Bündnis ausüben. In den USA dominiert im wachsenden Maße seit 1947 das Primat der „national security“ alle anderen Politikbereiche – so auch die Migrationsproblematik. In Mexiko gibt es eine langandauernde, verfehlte Agrarpolitik, die zu geringe Erträge erbringt, eine Verkarstung der Böden und damit einhergehend einen Klimawandel begünstigt, der zur Landflucht und zur Immigration in die USA führt. Doch die USA sahen sich hier in ihrer nationalen Sicherheit bedroht. Um diese unkontrollierten Einwanderungswellen zu verhindern, wurden gut befestigte Grenzzäune errichtet, obschon Mexiko einer Freihandelszone mit den USA, der NAFTA, angehört, also ein freier Warenverkehr möglich, ein freier Personenverkehr aber nicht erwünscht ist.

Das Konzept der „national security“ trägt bis nach Israel und Ägypten, die umfassende finanzielle Hilfen von den USA erhalten: Ägypten schottete sich durch einen Grenzzaun vom Gazastreifen ab, Israel durch einen Grenzzaun vom West-Jordanland. Während bereits in den fünfziger Jahren politische und wirtschaftliche Kräfte als Bestandteil einer nationalen Sicherheitsstrategie der USA angesehen wurden, kamen erst Anfang der neunziger Jahre Umwelt- und klimapolitische Gesichtspunkte erst Anfang der neunziger Jahre hinzu. Bis dahin galt auch der sowjetische und chinesische Kommunismus als die weltweit größte Bedrohung der USA und der westlichen Welt, der stetig entgegenzusteuern war, damit sie auch nicht zu einer asymmetrischen Bedrohung aufwachsen konnte. Hierzu dienten noch in den achtziger Jahren unter Ronald Reagan Projekte wie die Neutronenbombe oder SDI.

Im Unterschied zu Europa wurde in den USA in den fünfziger Jahre extra-terroristisches Leben als größtes asymmetrisches Bedrohung empfunden. So

wie die ZSA mit Radioteleskopen Osteuropa beobachtete und abhörte, so taten dies auch etliche Radioteleskope am westlichen Himmelsfirmament. Die Idee einer „Invasion vom Mars“ entsprang als asymmetrische Bedrohung ursprüngliche nicht Science-Fiction-Autoren, sondern amerikanischen Sicherheitsstrategien. Forschungen der US-Raumfahrtbehörde NASA und erste Weltraumflüge dienten allesamt dem Ziel, nationale Sicherheit zu erhöhen und ein asymmetrisches Bedrohungspotential möglichst klein zu halten.

Nord-Süd-Konflikt und Bevölkerungswachstum

In den sechziger Jahren sahen viele Sozialwissenschaftler in dem beginnenden Nord-Süd-Konflikt die Gefahr einer asymmetrischen Bedrohung. Der Entkolonialisierungsprozess weltweit und die neue politische Souveränität vieler Staaten führten auch zu einem politischen Rückzug vieler westlicher Länder aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Zugleich wurde deutlich, dass viele Kolonien nur als Rohstoffquelle oder zur Beschaffung billiger Arbeitskräfte gedienten hatten, ohne die Kolonien selbst wirtschaftlich und strukturell zu erschließen und zu fördern. Soziologen entdeckten, dass das Bevölkerungswachstum in Schwarzafrika und Indien deutlich höher ist als in westlichen Staaten. Binnen von fünfzig Jahren, so die Prognose vieler Sozialwissenschaftler, würde die Überbevölkerung der Erde zu Wanderungsbewegungen führen, die viele westliche Staaten in ihrer Existenz bedrohen werden.

Wanderungsbewegungen stellen sich wissenschaftlich gesehen als eine so hoch komplexe Angelegenheit dar, dass hier Interdisziplinarität gefragt ist. Die bereits bestehende, interdisziplinär angelegte Bevölkerungswissenschaft erhielt durch diese Überlegungen einen massiven Auftrieb und führte 1973 in Deutschland zur Gründung des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung. In den westlichen Staaten der sechziger Jahre geriet aber auch die Bevölkerung selbst in den Focus wissenschaftlicher und politischer Analyse: könnten sich die

gesellschaftlichen Forderungen der Studentenbewegung und in deren Folge Säkularisierung und Wertewandel sich zu einer asymmetrischen Bedrohung auswachsen? Mit diesen Fragen etablierte sich in jenen Jahren eine weitere interdisziplinär angelegte Wissenschaftsdisziplin, die Zukunftswissenschaft, die sich mit diesen Herausforderungen an Politik und Gesellschaft auseinandersetzt und dessen wichtigster Vertreter in Deutschland Horst Opaschowski ist.

Asymmetrische Bedrohungen als globales Phänomen

Asymmetrische Bedrohungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie keine konkreten, sichtbaren Fronten haben, denen mit traditionellen, militärischen Mitteln begegnet werden könnte. Das wurde Anfang der siebziger Jahre deutlich, als die OPEC-Saaten die Erdöllieferungen drosselten und jedermann sichtbar wurde, dass Erdöl von strategischer Bedeutung weltweit ist. Diese weltweiten, also globalen Dimensionen von Bevölkerungs- und Rohstoffthemen veranlassten den damaligen US-Präsidenten Jimmy Carter, einen Bericht in Auftrag zu geben, welche Herausforderungen sich insgesamt für die USA und die Welt in Zukunft ergeben. 1980 wurde dieses Dokument „Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten“ vorgelegt. „Global 2000“ wurde in viele Sprachen übersetzt, so auch ins Deutsche. Der westlichen und damit auch der deutschen Öffentlichkeit wurden die massiven Konsequenzen von mangelndem Umweltschutz und Klimaveränderung vor Augen geführt: ansteigende Weltmeere, Häufung von Orkanen und Stürmen, Zerstörungen der Landschaft, aussterbende Tierarten, verseuchtes Wasser und verschmutzte Luft, die das Überleben der Menschen gefährdet. Bundespräsident Karl Karstens machte in Deutschland in den achtziger Jahren erstmals auf den sterbenden Wald aufmerksam, der mit massiven Umweltbelastungen zu kämpfen hat, aber auch zu stark als Nutzwald missbraucht wird und damit nicht einfach nur als Wald existieren darf, was zur Einrichtung von Naturschutzgebieten und eben jenen Nationalparks führte, in der nicht mehr in die Natur eingegriffen wird – wie

etwa in den USA. Die Endlichkeit von Rohstoffen wurde ebenso jedermann deutlich und fand Eingang in das öffentliche Bewusstsein wie eine fehlende Sorgfalt im Umgang mit der Atomenergie – wie es Tschernobyl 1986 auf dramatische Weise belegte.

Finanz- und Wirtschaftskrisen als asymmetrische Bedrohung

Die neunziger Jahre brachten für das Thema asymmetrischer Bedrohungen wenig. Zunächst einmal waren mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und damit einem Ende symmetrischer Bedrohungen eine neue Sicherheitsarchitektur erforderlich, insbesondere für Deutschland, welches noch eine neue Rolle in der internationalen Gemeinschaft suchte. Dies gelang durch Hans-Dietrich Genschers Scheckbuchdiplomatie oder der Teilnahme an humanitären Einsätzen der Bundeswehr – wie etwa in Kambodscha.

Doch nachdem sich die große kommunistische Bedrohung verflüchtigte, traten andere Bedrohungen auf den Plan, vor allem Regionalkonflikte. Beispielhaft seien hier der Völkermord in Ruanda und der Balkan-Konflikt genannt. Zugleich entfielen viele Zuschüsse, die die Weltmächte USA und Sowjetrußland bislang geleistet hatten. Grenzen werden offener und durchlässiger, vor allem für Waren aus der östlichen Hemisphäre wie etwa China, dass nunmehr mit seinen Produkten ungehindert die Märkte der Welt überschwemmten.

Westliche Gesellschaften versuchten in der Breite, ihren Lebensstandard zu erhalten, wobei gleichzeitig durch technologischen Wandel der Wettbewerb immer härter wurde. Um die einmal etablierten Wohlfahrtsstaaten in ihrer Substanz zu erhalten, verschuldeten sich viele westliche Staaten. Für Deutschland traten aufgrund der Wiedervereinigung gewachsene internationale Verantwortung gestiegene finanzielle Belastungen auf, die überwiegend über Kredite finanziert wurden. Um das Jahr 1999/2000 kam es zu ersten Verlags- und Pressekrisen. Seit 2008 traten die Folgen der Immobilien- und Bankenkrise in den USA, Spanien, Irland, Island, Griechenland und Island in Erscheinung, die in Europa zur europäischen

Staatschuldenkrise führten, von denen dann vor allem Italien, Frankreich und weniger stark Frankreich und Deutschland betroffen sind. Inwieweit die gegenwärtigen Finanzkrisen sich zu asymmetrischen Bedrohungen entwickeln und in kriegsrische Handeln münden, ist derzeit nicht absehbar.

Zu denken geben jedoch jüngst zwei Forschungsergebnisse zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Nach der Weltwirtschaftskrise 1929 war Brüning's Deflationspolitik richtig und auch erfolgreich, doch die Arbeitslosenquote verharrte auf hohem Niveau. Bekanntermaßen etwa durch den Bau von Autobahnen und großen Bauprojekten wie den Flughafen Tempelhof, dem Berliner Olympiastadion und dem Umbau der Reichsparteitagsstadt Nürnberg sicherte das Hitler-Regime viele Arbeitsplätze. Doch die staatlichen Beschäftigungsprogramme waren viel umfangreicher als heute gemeinhin bekannt. Jüngste Forschungen belegen, dass es 1939 über 90.000 Lager im Großdeutschen Reich gab, eben nicht nur Arbeits- und Konzentrationslager, sondern Jugend-, Partei-, SA-Gestapo-, Erziehungs-, Gefängnis- Heeres- und Straflager mit unzähligen Außenstellen gab. Dieses System von Lagern wurden durch Steuereinnahmen und Staatskredite finanziert. Doch im Sommer 1939 waren in Prinzip die finanziellen Ressourcen des Deutschen Reiches erschöpft. Ohne Krieg und der damit verbundenen Ausgabe von Kriegsanleihen wäre das Deutsche Reich 1939 in einen Staatsbankrott abgeglitten, doch durch die Kriegssituation konnte von dieser inneren Bedrohung auf äußere Kriegsbedrohungen abgelenkt werden.

Terrorismus als asymmetrische Bedrohung

Für islamische Terrororganisationen wie Osama bin Ladens El Quaida stellten die USA und ihre Finanz- und Wirtschaftsordnung ein Hort des Bösen dar, den es auszulöschen galt. Kam besser repräsentiert sich Amerikas Vorherrschaft in den beiden Türmen des World Trade Centers, die deshalb schon im Februar 1992 Ort eines versuchten Terroranschlags geworden sind. Doch auch die Rolle der USA als Weltpolizist bot in ihrer militärischen Präsenz Angriffsflächen für is-

lamische Terrorgruppen. Demzufolge kam es am 11. September 2001 nicht nur auf die Terroranschläge mit Flugzeugen auf das World Trade Center mit über 3000 Toten, sondern auch auf das Pentagon und den US-Kongress in Washington. Es folgten Terroranschläge in London, Rom, Madrid, allein in den folgenden vier Jahre rund zehn Anschläge mit dramatischen Auswirkungen. Der Terrorismus als asymmetrisches Bedrohungspotential war wiedergeboren worden. Durch US-Kampfeinsätze im Irak und in Afghanistan versuchten die USA teilweise im Alleingang, dieser asymmetrischen Bedrohung Herr zu werden. Quasi im solidarischen Schatten der USA beteiligte sich auch die Bundeswehr an militärischen Auslandseinsätzen zur Bekämpfung des Terrorismus, soweit die Einsätze multilateral organisiert sind, mehrheitliche Zustimmung im Deutschen Bundestag fanden und durch ein internationales Mandat völkerrechtlich abgesichert sind. Ein permanentes Problem dabei bleibt, dass die deutsche Bundeswehr auf die Bekämpfung des Terrorismus wenig vorbereitet war und sein diesbezügliches Engagement bis heute unzulänglich bleibt. Dabei ist der Terrorismus als asymmetrisches Bedrohungspotential keinesfalls neu, es ist nur lange Zeit aus dem Blick der Sicherheitsstrategen geraten.

Bereits in der Antike kämpfen die Zeloten in Palästina gegen die römische Fremdherrschaft mit Gewaltakten, späterhin die islamistischen Abassinen. Und immer wieder gab es in der europäischen Geschichte Formen des Staatsterrorismus wie unter Robespierre in Frankreich, terroristische Aktivitäten Einzelner wie etwa die des Serben Principe 1914 in Sarajewo gegen die österreichisch-ungarische Fremdherrschaft oder die Terrorgruppen wie die IRA in Irland oder die ETA im Baskenland gegen die britische bzw. spanische Herrschaft oder etwa die Hamas im Kontext des Nahost-Konflikts.

Asymmetrische Bedrohungen als friedensethische Herausforderung

Im Frühjahr 2013 wurden Dokumente zu Gesprächen zwischen Helmut Schmidt und Ronald Reagan in den Jahren 1981/82 veröffentlicht,

nach denen Schmidt eine deutsche Wiedervereinigung und ein Ende des Ost-West-Konflikts als politisch völlig unrealistisch bewertet. Der ehemalige Verteidigungsminister Schmidt hatte sich wie auch viele Militärstrategen seiner Zeit auf einen langandauernden Status quo in der Zweiteilung der Welt eingestellt, wie er sich in der Frage des Korea-Konflikts auch tatsächlich bis heute bewahrheitet. Andere, wie etwa die vom Zentrum für Transformation der Bundeswehr befürchteten Cyber-Space-Terrorismus ist dann doch nicht eingetreten, auch wenn Fälle von Cyber-Space-Kriminalität wie etwa bei der von Assange veröffentlichten US-Regierungsdokumenten oder der Vatikan-Leaks-Affäre aufgetreten sind.

Asymmetrische Bedrohungen finden auch immer dort statt, wo Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheiten, also Menschenrechte, systematisch verletzt werden – wie etwa in der Volksrepublik China, die Traditionen des Rechtes und eines individuellen Verständnisses vom Menschen wie in Europa so nicht erfahren hat und deshalb sich bis heute damit schwer tut. Das heißt nicht, dass es in China nicht ganz viele andere positive Aspekte gibt, wenn etwa die Chinesen in den vergangenen Dekaden versuchen, große Teile des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches und des Handelsrechts zu übernehmen und dadurch auch wirtschaftliche Aktivitäten europäischer Firmen in China erleichtern. Wer aber persönlich die Demonstrationen und die Verfolgungen von Politikstudenten der Universität Peking im Mai 1990 erlebt hat, der vergisst dies niemals.

Umso wichtiger ist angesichts der Existenz asymmetrischer Bedrohungen, interdisziplinär an friedensethischen Lösungsstrategien zur Bekämpfung asymmetrischer Bedrohungen zu arbeiten, ganz so, wie dies im Weißbuch der Bundesregierung 2006 virulent wurde und wie es im friedensethischen Denken der christlichen Kirchen angelegt ist. Zugleich muss auch die deutsche und europäische Bevölkerung lernen, mit asymmetrischen Bedrohungen zu leben, wobei Tradition und Werte, Familie und Freunde, Orte der Kultur und der christlichen Religion, Angebotes des

Schutzes und der Hilfestellung für den Einzelnen sind:

Für die Deutschen stellt dies eine besondere Herausforderung aufgrund ihrer Brechungen in Geschichte und Tradition dar, die insgesamt den Deutschen – etwa im Unterschied zu Briten, Franzosen und vielen Nordeuropäern – eine gebrochene Identität beschert hat. Daneben treten Probleme mit anderen, nicht-christlichen Kulturen und Traditionen von eingewanderten Volksgruppen, die es zu integrieren gilt und die nicht in Parallelgesellschaften aufwachsen dürfen, die Gefahren einer asymmetrischen Bedrohung in sich tragen können. Schon der Staatsphilosoph Thomas Hobbes warnte in seinem Buch „Leviathan“ (1651) vor dem Naturzustand des Menschen durch der Notwendigkeit von Normen und staatlichen Regelungssystemen, damit die Menschen nicht gegenseitig zu einer Bedrohung werden und sich bekriegen (Bellum omnium contra omnes). □

Redaktionsschluss
für

AUFTRAG
293

Mittwoch,
30.04.2014

„Mut zur Ehrlichkeit. Mut zur Verantwortung.“

GKS-Erklärung zur Wahl 2013 im Vergleich zum Koalitionsvertrag

VON KLAUS STORKMANN

Am Anfang jeder Koalition in Bund und Ländern schließen die Parteien einen Vertrag, der die Grundlinien der Politik der Legislaturperiode bestimmen soll. Welche der darin festgehaltenen Ziele dann tatsächlich umgesetzt werden und ob dies überhaupt vorgesehen ist, steht auf einem anderen Blatt. Und selbst wenn zum Zeitpunkt der Koalitionsverhandlungen alle Parteien ernsthaft und ehrlich die Realisierung ihrer vereinbarten Ziele anstreben, so setzen die unvorhergesehenen Entwicklungen der Tagespolitik doch die realen Maßstäbe. Zwänge der sogenannten Realpolitik überholen dann schnell die hehren gutformulierten besten Absichten. Zunächst aber gilt es für Politik, Medien, gesellschaftliche Gruppen und interessierte Öffentlichkeit, die Koalitionsvereinbarung zu studieren, zu verstehen und sich an ihr (durchaus kritisch) zu orientieren.

Die drei die neue Bundesregierung tragenden Parteien CDU, CSU und SPD haben ihren Grundlagenvertrag nach erfolgreichem SPD-Mitgliederentscheid am 16. Dezember 2013 unterzeichnet. Schon am 17. Dezember wählte der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition Angela Merkel erneut zur Bundeskanzlerin. Die Koalition nahm knapp drei Monate nach der Bundestagswahl ihre Arbeit auf.

„Deutschlands Zukunft gestalten“

Unter dieser Überschrift formulieren sieben Kapitel die Leitlinien der Regierungspolitik für voraussichtlich bis 2017:

1. Wachstum, Innovation und Wohlstand
2. Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit
3. Solide Finanzen
4. Zusammenhalt der Gesellschaft
5. Moderner Staat, innere Sicherheit und Bürgerrechte

6. Starkes Europa
7. Verantwortung in der Welt

Für die Erarbeitung des Textes rund um die deutsche Sicherheitspolitik war im November 2013 die Arbeitsgruppe „Auswärtiges, Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit“ zuständig – unter Vorsitz des damaligen Verteidigungsministers Thomas de Maizière (CDU) und dem damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier. Seitens der CDU war auch der Präsident des Reservistenverbandes, der Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter dabei. Außen- und Sicherheitspolitik findet sich in der Endfassung des Papiers in dessen zwei letzten Kapiteln, naturgemäß insbesondere im Kapitel 7. Dessen elf Unterkapitel zeigen schon in ihren Formulierungen und durch den ihnen jeweils eingeräumten Raum die von den Großkoalitionären gesetzten Schwerpunkte.

Verantwortung in der Welt

- Verlässlicher Partner in der Welt (S. 117)
- Transatlantische Partnerschaft und NATO stärken (S. 117)
- Offener Dialog und breitere Zusammenarbeit mit Russland (S. 118)
- Neue Dynamik für Abrüstung und Rüstungskontrolle (S. 118)
- Vereinte Nationen, globaler Dialog und strategische Partnerschaften (S. 119)
- Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (S. 121)
- Außen- und Sicherheitspolitik ressortübergreifend gestalten (S. 122)
- Neuausrichtung der Bundeswehr (S. 122)
- Schutz und Förderung der Menschenrechte (S. 124)
- Humanitäre Hilfe (S. 125)

- Wirtschaftliche Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung (S. 126)

Der von der neuen Regierung vorgesehene deutsche Ansatz einer weiter zu vertiefenden Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik findet sich konsequenterweise im sechsten sich mit Europapolitik befassenden Kapitel: „Starkes Europa“. Neben Allgemeinplätzen wie der notwendigen Glaubwürdigkeit der Europäischen Union in ihrem internationalen Einsatz für Menschenrechte, der Verantwortung der EU als Trägerin des Friedensnobelpreises, der Stärkung und Vertiefung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Erweiterung der EU als aktiver europäischer Friedenspolitik findet sich auch konkreteres:

KFOR soll im Einklang mit der Sicherheitsentwicklung schrittweise reduziert und zum Abschluss gebracht und die Länder des Westlichen Balkans an EU und NATO herangeführt werden. Die südliche und östliche Küste des Mittelmeers sind von strategischer Bedeutung für Europa. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) soll dem präventiven Krisenmanagement dienen.

Vor allem aber: Die Europäische Union brauche mehr denn je eine strategische Diskussion, „was sie mit vorrangig zivilen Mitteln oder gegebenenfalls auch militärischen Einsätzen erreichen kann und will“. Und: Die Großkoalitionäre „setzen [sich] dafür ein, die zivilen und militärischen Instrumente der Europäischen Union weiter miteinander zu verknüpfen und Europas zivile sowie militärische Fähigkeiten zur Krisenprävention und Konfliktbeilegung zu verbessern.“¹

In Ihrer Erklärung zur Bundestagswahl 2013 „Mut zur Ehrlichkeit. Mut zur Verantwortung“ hatte die GKS

1 Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD 2013, S. 116

ebenfalls die notwendige stärkere Fokussierung auf zivile Krisenprävention angemahnt:

„Wir warnen vor zu hohen Erwartungen an die Wirksamkeit militärischer Interventionen als einzigem Mittel. Eine kluge und wirkungsvolle Politik der Prävention kann durch nichts ersetzt werden. [...]“

„Maßnahmen der Gewaltprävention im Vorfeld einer Krise oder gar eines Krieges sind aller Anstrengungen wert.“

„Ohne realistische politische Konzepte und Strategien wird der Einsatz der Streitkräfte zwangsläufig ins Leere laufen, in einem Misserfolg oder gar in einem Desaster enden. Auslandseinsätze sind nicht nur eine militärische Aufgabe.“²

Das Koalitionspapier fordert weiter konkret: „Die Streitkräfteplanung in Europäischer Union und Nordatlantischer Allianz ist enger aufeinander abzustimmen. Doppelungen sind zu vermeiden. NATO- und EU-Fähigkeiten müssen komplementär zueinander sein.“

Als regionale Partner der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik werden die Afrikanischen Union (AU), die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und der Golf-Kooperationsrat (GCC) benannt. Hinter dem Golf-Kooperationsrat stehen die Golfmonarchien, darunter zum Teil neofeudalistisch agierende Regime wie Bahrain und Saudi-Arabien, die wenig bis keinen Wert auf die Menschenrechte legen. Es stellt sich daher zumindest am Rand die Frage, wie sich die Aufwertung des Golf-Kooperationsrat als Partner der EU mit dem eingangs formulierten Primat der Menschenrechte verträgt.

Das große mit „Verantwortung in der Welt“ überschriebene Kapitel wird mit einigen wiederum eher plakativen grundsätzlichen Formulierungen eingeleitet, die so sicher alle drei Parteien ohne große Diskussionen mittragen konnten:

„Verlässlicher Partner in der Welt“

Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung.

Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten.

Dabei lassen wir uns von den Interessen und

Werten unseres Landes leiten.

Deutschland setzt sich weltweit für Frieden, Freiheit und Sicherheit, für eine gerechte Weltordnung, die Durchsetzung der Menschenrechte und die Geltung des Völkerrechts sowie für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung ein.

Wir stehen bereit, wenn von unserem Land Beiträge zur Lösung von Krisen und Konflikten erwartet werden.

Dabei stehen für uns die Mittel der Diplomatie, der friedlichen Konfliktregulierung und der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund.³

Die ersten konkreten Überlegungen der neuen Regierungspartner galten der Transatlantischen Partnerschaft und der Stärkung der NATO: „Die transatlantische Allianz ist und bleibt das zentrale Fundament unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ und basiere „auf einem Fundament gemeinsamer Werte und Interessen“.

Dabei scheuen sich die Koalitionäre aber nicht, die durch Edward Snowdens Veröffentlichungen bekannt gewordene ungeheuerliche Überwachung jeglicher Telefon- und Internetkommunikation durch die amerikanischen und britischen Geheimdienste wenigstens kurz anzureißen: „Wo in jüngster Zeit Vertrauen infrage gestellt wurde, muss es wiederhergestellt werden. Wir streben glaubhafte und überprüfbare Vereinbarungen an, um die Privatsphäre unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen.“⁴

Auch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Rußland findet sich im Koalitionsvertrag: Gerade beim Abzug der ISAF-Truppen aus Afghanistan habe sich gezeigt, dass die Kooperation zwischen NATO und Russland „möglich und im gegenseitigen Interesse“ sei. Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Koalitionspapiers im November 2013 war noch der geplante Raketenabwehrschirm das größte Hindernis einer gedeihli-

chen Zusammenarbeit zwischen den ungleichen Partnern NATO und Rußland. Die Bundesregierung werde ihren Beitrag zum Aufbau der NATO-Raketenabwehr leisten, dabei aber immerhin „nach Lösungen suchen, die nicht zu neuen Spannungen und Rüstungswettläufen führen“.

Durch die nach dem Machtwechsel in Kiew Ende Februar 2014 in erschreckendem Tempo ablaufende Eskalation auf der Krim hat das Vertrauensverhältnis mit Moskau aber einen derart herben Schlag erlitten, dass die „neuen Spannungen“ quasi über Nacht und in nicht vorhersehbarer Schärfe ein neues Lagebild schufen, dass die Absichtserklärung vom November längst überholt hat.

Nicht überholt dagegen sind Überlegungen, der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik neuen Schwung zu geben: Die Große Koalition tritt „für allgemeine und weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle sowohl von konventionellen als auch von Massenvernichtungswaffen ein“.

Abrüstung und Rüstungskontrolle wurden aus redaktionellen Überlegungen in der Endfassung des GKS-Papiers 2013 nicht mehr berücksichtigt, zumindest im Entwurf Stand Oktober 2012 waren sie aber vertreten:

*„Abrüstung bildet Vertrauen
Vertrauensbildung ist der beste Weg, Konflikte im Entstehen zu vermeiden. Abrüstung trägt wie kaum eine andere politische Tat zur Vertrauensbildung bei. Es ist an der Zeit, weitere Abrüstungsvereinbarungen zu treffen.“⁵*

Aus der Tagespolitik geboren und leider zwingend ist die Verknüpfung der Rüstungskontrollpolitik mit dem syrischen Bürgerkrieg. Der Einsatz von Chemiewaffen in Syrien habe „deutlich gemacht, dass es weiterer Anstrengungen bedarf, um die globale Gültigkeit des Chemiewaffenübereinkommens [CWÜ] mit neuen Initiativen voranzutreiben. Exporte dual-use-fähiger chemischer Substanzen und Anlagen in Nicht-CWÜ-Staaten müssen einer besonders strikten Kontrolle unterzogen werden.“⁶

Hier kann man wohlwollend Selbstkritik und einen gewissen Ler-

2 Erklärung der GKS zur Bundestagswahl 2013, veröffentlicht u.a. AUFTRAG 290, Seite 7 ff

3 Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD 2013, S. 117

4 Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD 2013, S. 117

5 Erklärung der GKS zur Bundestagswahl 2013, Entwurf Oktober 2012

6 Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD 2013, S. 119

neffekt erkennen. Im Umfeld der Bundestagswahl 2013 wurde durch Presseberichte bekannt, dass noch während der Großen Koalition von 2005 bis 2009 eben jene dual-use-fähigen chemischen Substanzen von deutschen Herstellern mit Genehmigung der zuständigen Ministerien an das Regime in Damaskus geliefert wurden.

Den Vereinten Nationen kommt auch im Koalitionspapier weiterhin die Schlüsselrolle für die Wahrung des Friedens zu. Deutschland sei daher bereit, mehr Verantwortung auf Ebene der Vereinten Nationen zu übernehmen, auch mit der Übernahme eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat. Der Wunsch nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat ist seit Joschka Fischers Zeiten im Auswärtigen Amt ein Lieblingsspielplatz der deutschen Außenpolitiker, er musste also auch im Koalitionsvertrag 2013 seinen Platz bekommen.

Wichtiger und viel entscheidender sind aber andere Punkte zur UN-Politik im Papier: Durch die Weiterentwicklung des Völkerrechts [sollen] die Vereinten Nationen einen „wirksameren Beitrag zur weltweiten Durchsetzung von Freiheit und Menschenrechten leisten können. Das Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) bedarf der weiteren Ausgestaltung und einer völkerrechtlich legitimierten Implementierung. Dabei gilt es, vor allem die präventive Säule der Schutzverantwortung international zu stärken.“⁷

Als wichtigen kritischen Punkt sehen die Außenpolitiker von CDU, CSU und SPD die zunehmend schwierige (man kann es auch schärfer sagen) Lage der christlichen Minderheiten im Nahen Osten. Das Koalitionspapier fordert klar und mit deutlichen Worten: „Christen müssen in dieser Region eine Zukunft haben“!

„Wir beobachten mit großer Sorge, dass sich die Lage der Christen und anderer religiöser und ethnischer Minderheiten in Nordafrika, dem Nahen oder Mittleren Osten nach dem Sturz der autoritären Regime zum Schlechteren entwickelt. Auch deshalb werden wir die Entwicklung von pluralistischen Gesellschaften, in de-

nen Religionsfreiheit garantiert und umgesetzt wird, dort mit aller Kraft unterstützen. Christen müssen in dieser Region eine Zukunft haben.“⁸

Besonders gefährdet sind Christen im Nahen Osten derzeit im Irak und vor allem in Syrien. Das früher blühende Land mit der uralten Kultur wurde sich in den vergangenen knapp drei Jahren in einen Trümmerhaufen zerschlagen. In Trümmern liegen nicht nur unwiederbringliche Kulturschätze wie die Altstadt von Aleppo. In Trümmern liegt die auch die religiöse Toleranz, die Syrien bei allen gravierenden innenpolitischen Problemen noch vor wenigen Jahren auszeichnete. Zum Syrienkonflikt finden sich im Koalitionspapier erstaunliche ausgewogene und differenzierte Sätze, die bei den Außenpolitikern der neuen Regierung Augenmaß und Sinn für Realitäten erkennen lassen. Besonders wichtig: es wird klar eine politische Lösung des Syrienkonflikts gefordert. „Den wachsenden Einfluss islamistischer Kräfte“ betrachten CDU, CSU und SPD mit Sorge. Auch für den Konflikt um das iranische Atomprogramm wird klar eine politische Lösung gefordert.

Zu Afghanistan führt das Koalitionspapier aus, das deutsche sicherheitspolitische Engagement in Afghanistan werde sich verändern. Im ressortübergreifenden Engagement werde künftig die zivile Hilfe Schwerpunkt sein. Deutschland werde sich an einer Beratungsmission unter NATO-Führung beteiligen. Afghanischen Hilfskräften vor Ort solle zusammen mit ihren Familien in Deutschland Aufnahme angeboten werden.

Ein Thema war den Außenpolitikern von CDU, CSU und SPD besonders wichtig: der ressortübergreifende Ansatz einer neuen Außen- und Sicherheitspolitik zieht sich wie ein roter Faden durch den außenpolitischen Teil des Papiers. Um diesem Punkt Nachdruck zu verleihen, befasst sich zudem ein eigenes Unterkapitel damit:

„Außen- und Sicherheitspolitik ressortübergreifend gestalten

Die Koalition bekennt sich zur Stärkung einer ressortübergreifenden

Zusammenarbeit im Verständnis einer effektiven Außen- und Sicherheitspolitik, für deren Erfolg

sich zivile und militärische Instrumente ergänzen müssen.

Im Konzept von Krisenfrüherkennung, Krisenprävention, Ursachenbekämpfung und

Konfliktbewältigung ist die Entwicklungszusammenarbeit integraler Bestandteil.

Eine besondere Bedeutung kommt der zivilen Krisenprävention zu, deren Strukturen wir stärken und weiterentwickeln werden.“⁹

Es entspricht im Tenor und teilweise im Wortlaut fast eins zu eins den Formulierungen der GKS im Vorfeld der Bundestagswahl:

„Den Frieden bewahren!

Wir warnen vor zu hohen Erwartungen an die Wirksamkeit militärischer Interventionen als einzigem Mittel. Eine kluge und wirkungsvolle Politik der Prävention kann durch nichts ersetzt werden. [...]

Das Scheitern diplomatischer Mittel darf nicht in einem Automatismus militärischer Schritte münden. Maßnahmen der Gewaltprävention im Vorfeld einer Krise oder gar eines Krieges sind aller Anstrengungen wert.

Der Einsatz militärischer Mittel als „ultima ratio“ kann bestenfalls die Voraussetzungen für neue politische oder diplomatische Lösungen schaffen.

Ohne realistische politische Konzepte und Strategien wird der Einsatz der Streitkräfte zwangsläufig ins Leere laufen, in einem Misserfolg oder gar in einem Desaster enden. Auslandseinsätze sind nicht nur eine militärische Aufgabe.

Wir fordern daher für jeden Einsatz eine grundlegende politische Strategie, die auch das Ende einer Mission mit bedenkt.

Einem Auslandseinsatz muss ein in sich schlüssiges ressortübergreifendes Gesamtkonzept zu Grunde liegen. Der militärische Einsatz kann nur ein Mosaikstein des politischen Gesamtkonzeptes sein.“¹⁰

Im GKS-Entwurf vom Oktober 2012 hatte es zudem noch stärker akzentuiert geheißen:

9 Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD 2013, S. 122

10 Erklärung der GKS zur Bundestagswahl 2013

7 Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD 2013, S. 119

8 Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD 2013, S. 120

„Die zivile Aufbauhilfe muss beherzt, langfristig und nachhaltig angelegt sein.“

Der Koalitionsvertrag fordert dabei konkret, deutsche Beamte, Richter und Staatsanwälte zu ermutigen, an Auslandseinsätzen teilzunehmen. Der Einsatz von Polizistinnen und Polizisten in Friedensmissionen sollte mit einer umfassenden Bund-Länder-Vereinbarung auf eine neue feste Basis gestellt werden.

Das sich mit der Neuausrichtung der Bundeswehr befassende Unterkapitel wird mit einem Bekenntnis zum Grundsatz der Inneren Führung eingeleitet:

„Das zentrale Leitbild der Inneren Führung und des Soldaten als Staatsbürger in Uniform prägt auch weiterhin den Dienst in der Bundeswehr und den Einsatz der Bundeswehr.“¹¹

Trotz dieses Bekenntnisses auf dem (Koalitions-)Papier: Dass die Regierungspartner die Innere Führung kurz und knapp erwähnt und damit abhandeln wirkt wie notwendige Pflichtübung, die keine besondere Hinwendung der textenden Verteidigungspolitiker zu dieser Frage erkennen lässt. Das wird deutlich beim Vergleich mit der von der GKS 2013 gefundenen Formulierung, die hinter dem „Staatsbürger in Uniform“ eben deutlich mehr sieht und vor allem eine gesetzliche Verankerung der Prinzipien der Inneren Führung gefordert hatte:

„Bewahrung und Weiterentwicklung der Inneren Führung

Innere Führung ist ein Markenzeichen der Bundeswehr. Sie fördert den Staatsbürger in Uniform als mündigen Bürger, überzeugten Demokraten und verantwortungsbewussten, auf ethisch und moralisch gefestigtem Fundament stehenden Soldaten. Sie hat sich in fast 60 Jahren Bundeswehr zur verbindlichen Leitkultur für die gesamte Bundeswehr (auch für den zivilen Teil) entwickelt. Um den bewährten Prinzipien der Inneren Führung auch in Zukunft die ihnen zustehende Bedeutung zu geben und sicher zu stellen, dass diese auch unter den aktuellen Rahmenbedingungen für Angehörige der Bundeswehr garantiert werden, sollte die Innere Führung gesetzlich verankert

11 Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD 2013, S. 122

werden, wie es die deutschen Bischöfe angeregt haben: „Ein solches Vorgehen würde die besondere normative Bedeutung der Inneren Führung rechtswirksam unterstreichen.“ [Die dt. Bischöfe: Soldaten als Diener des Friedens, Erklärung zur Stellung und Aufgabe der Bundeswehr, 2005, S. 16]¹².

Unter dem Schlagwort „Attraktivität“ finden sich Überlegungen, zu mehr Familienfreundlichkeit, insbesondere durch Aufbau der Kinderbetreuung, sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Aus redaktionellen Überlegungen wurden diese auch der GKS sehr wichtigen Punkte in der Endfassung des GKS-Papiers 2013 nicht mehr berücksichtigt, zumindest im Entwurf Stand Oktober 2012 waren sie aber vertreten:

„Besondere Fürsorge des Dienstherrn gegenüber Familien

Berufstätigkeit der Ehe- oder Lebenspartner und der Kinderbetreuung müssen wirksamer und flexibler berücksichtigt werden, damit familiäre und dienstliche Pflichten besser vereinbar werden. Die Arbeitszeitregelung muss von der Familie, vom Kind her gedacht werden.“¹³

Wo bleibt im Koalitionspapier die notwendige stärkere öffentliche Debatte über Einsätze und damit notwendigerweise über Fähigkeiten der Streitkräfte? Wo bleibt die Erwähnung der unverzichtbaren parlamentarischen Debatte und Abstimmung vor Einsätzen, die ja seit Jahren immer wieder durch eben jene mit Verteidigungspolitik befassten Parlamentarier unter Verweis auf Bündnisverpflichtungen in Frage gestellt wird? Nun sie alle finden sich zwar nicht im Absatz „In der Mitte der Gesellschaft“ aber immerhin im Unterkapitel „Auf die Einsätze der Zukunft vorbereitet sein“. Dort liest man:

„Die Bundeswehr bleibt auch in Zukunft Parlamentsarmee. Die parlamentarische Beteiligung an der Entscheidung über den Einsatz der Bundeswehr hat sich bewährt. Sie ist eine Grundlage für die breite Verankerung der Bundeswehr und ihrer Einsätze in der Gesellschaft.“¹⁴

12 Erklärung der GKS zur Bundestagswahl 2013

13 Erklärung der GKS zur Bundestagswahl 2013, Entwurf Oktober 2012

14 Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD

In der Erklärung der GKS zur Bundestagswahl 2013 nahm die Verteidigung der parlamentarischen Zustimmung als zwingende Grundlage der Entsendung von deutschen Soldaten in Auslandseinsätze eine wichtige Position ein.

„Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee

Wir bekennen uns ohne Wenn und Aber zur parlamentarischen Verankerung der Streitkräfte. Vor jedem Einsatz ist weiterhin die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen; dabei sollte eine lebhaft parlamentarische Debatte noch stärker als bisher Anlass und Motor für eine breitere öffentliche Debatte sein. Allen Versuchen, unter Hinweis auf etwaig notwendige schnelle Entscheidungen und Bündnisverpflichtungen das parlamentarische Zustimmungsverfahren aufzuweichen oder zu umgehen, ist entgegen zu treten. Die parlamentarische Zustimmung stärkt den Soldaten im Einsatz den Rücken.“¹⁵

Der Entwurf vom Oktober 2012 hatte das Bekenntnis der GKS zum Parlamentsvorbehalt sogar noch klarer auf dem Punkt gebracht:

„Die parlamentarische Zustimmung ist keine Schwäche der Bundeswehr sondern stärkt den Soldaten im Einsatz den Rücken.“¹⁶

Ähnlich auf den Punkt formulierten die Verteidigungspolitiker der neuen Koalition:

„Der Parlamentsvorbehalt ist keine Schwäche Deutschlands, sondern eine Stärke.“¹⁷

Dieses klare Bekenntnis ist richtig und wichtig. Doch findet sich im Koalitionsvertrag auch ein Passus, der die Praxis der Parlamentsbeteiligung überprüfen und gegebenenfalls anpassen soll:

„Wir wollen die Beteiligung des Parlaments an der Entscheidung über den Einsatz deutscher Soldaten auch angesichts vermehrter Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit unseren Partnern sicherstellen.

2013, S. 123

15 Erklärung der GKS zur Bundestagswahl 2013

16 Erklärung der GKS zur Bundestagswahl 2013, Entwurf Oktober 2012

17 Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD 2013, S. 123

Die Mitwirkung deutscher Soldaten in integrierten Strukturen und Stäben auf NATO- und EU-Ebene muss mit dem Parlamentsvorbehalt vereinbar sein.¹⁸

Dagegen hatte die GKS vor der Bundestagswahl eben jenen Überlegungen eine klare Absage erteilt:

„Allen Versuchen, unter Hinweis auf etwaig notwendige schnelle Entscheidungen und Bündnisverpflichtungen das parlamentarische Zustimmungsverfahren aufzuweichen oder zu umgehen, ist entgegen zu treten.“¹⁹

Eine Kommission soll nach dem Willen der Großkoalitionäre binnen Jahresfrist prüfen, wie die Verknüpfung der deutschen Verpflichtungen innerhalb der NATO und der EU mit dem Parlamentsvorbehalt konkret realisierbar sei. Wohlgemerkt: es soll das „wie“ geprüft werden, nicht das „ob“. Presseberichten zufolge soll die Kommission von Volker Rühle geleitet werden. In der entsprechenden Meldung im „Spiegel“ findet sich die Formulierung, die Rühle-Kommission werde untersuchen, „ob [!] die Parlamentsbeteiligung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr eingeschränkt werden soll“ und: „die Union will die Mitwirkungsrechte des Bundestages begrenzen“²⁰. So schnell und fast unbemerkt wird aus einem „wie“ ein „ob“ und damit schon eine klare Agenda gesetzt.

Ausrüstung

Unter dem Kapitel zur Ausrüstung erwähnt das Koalitionspapier notwendigerweise auch die umstrittene Drohneproblematik:

„Unbemannte Luftfahrzeuge spielen bereits heute beim Bundeswehreinsatz in Afghanistan eine wichtige Rolle. Auch künftig wird die Bundeswehr auf derartige Fähigkeiten angewiesen sein. Extralegale, völkerrechtswidrige Tötungen mit bewaffneten Drohnen lehnen wir kategorisch ab.

Völkerrechtliche Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme einsetzen, die dem Menschen die Entscheidung über den Waffeneinsatz entziehen.“²¹

Die Wahrung des Rechts sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Leider ist sie es aber nicht mehr, wie die grenzen- und schrankenlose amerikanische Praxis des Drohneneinsatzes schon heute zeigt. In Anbetracht dessen ist das klare Bekenntnis der neuen Bundesregierung eine wichtige Festlegung, die aber leider in der Presse fast keine Beachtung fand. Dabei sind dies wirklich wichtige Sätze. Mediale Beachtung fand meist nur dieser folgende Satz:

„Vor einer Entscheidung über die Beschaffung qualitativ neuer Waffensysteme werden wir alle damit im Zusammenhang stehenden völker- und verfassungsrechtlichen, sicherheitspolitischen und ethischen Fragen sorgfältig prüfen.“²²

Ähnlich im Ziel wie im Tenor hatte es das GKS-Papier formuliert:

„Schon bei der Neubeschaffung von Waffensystemen ist das Prinzip der Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes zu berücksichtigen. Deshalb ist eine Beschaffung nicht nur unter technischen und finanziellen Gesichtspunkten zu entscheiden. Sie berührt auch immer ethische Fragen. Nicht alles, was technisch machbar ist, ist auch ethisch vertretbar.“²³

Auch die folgenden Sätze aus dem Koalitionspapier fanden erstaunlicherweise in der Presse fast keine Beachtung. Dabei sind sie ebenso hochaktuell und für die Zukunft gerade brennend:

„Staatliches Gewaltmonopol schützen

Die in internationalen Auslandseinsätzen vermehrt zu beobachtende Auslagerung von militärischen Aufgaben auf private Unternehmen kommt für uns nicht infrage.

Militärische Aufgaben dürfen nicht auf private Unternehmen übertragen werden.“²⁴

Der anhand der Texte erarbeitete Vergleich zwischen dem GKS-Papier und dem Koalitionsvertrag zeigt eine Vielzahl von Übereinstimmungen in den problematisierten Fragen der Zukunft, zumindest im Problembewusst-

sein und Zielsetzung, teils sogar im Wortlaut. Es sind aber auch wichtige Punkte aus dem GKS-Papier herauszustellen, die sich im Koalitionsvertrag nicht wiederfinden:

Nicht im Koalitionsvertrag 2013 zu finden sind die von der GKS gewünschte „intensive politische, ethische und interkulturelle Bildung“ – nicht zuletzt in Vorbereitung auf Auslandseinsätze.

Die GKS forderte zudem ein klares Bekenntnis zur Militärseelsorge:

*„Bedeutung der Militärseelsorge
Um ihre wichtigen Aufgaben erfüllen zu können, muss die Militärseelsorge personell und materiell gut ausgestattet sein. Die Militärseelsorge muss auch weiterhin in die Lage sein, ihren pastoralen Aufgaben zum Wohl aller Soldaten sowohl in der Heimat als auch in den Einsätzen nachkommen zu können. Hierfür bedarf es eines klaren Bekenntnisses des parlamentarischen Auftragsgebers zu dieser wichtigen Aufgabe.“*

Dieses klare Bekenntnis des parlamentarischen Auftragsgebers gibt es – zumindest im Koalitionsvertrag – nicht. Ebenfalls nicht im Koalitionspapier zu finden sind die unter dem Schlagwort „Verhältnismäßigkeit der Mittel wahren!“ von der GKS zu Papier gebrachten Überlegungen, „jede militärische Gewaltanwendung auch an ethischen Grundsätzen zu messen und so weit wie möglich zu begrenzen“ und nicht zuletzt die Aufforderung zum „Mut zur offenen, ehrlichen und selbstbewussten Debatte!“: „Denkverbote darf es nicht geben. Die vorzeitige Beendigung einer militärischen Mission darf bei veränderter Lage kein Tabu sein.“, hatte die GKS vor der Bundestagswahl gefordert.

Bei allem Interesse an Formulierungen gilt es aus der Erfahrung mit Politik realistisch zu bleiben und nicht jedes Wort aus dem Koalitionspapier auf die Goldwaage zu legen. Die sich abzeichnende schleichende Umwidmung der Kommission zum Parlamentsvorbehalt ist da nur ein Beispiel. Was von den im Koalitionsvertrag festgehaltenen Zielen letztlich verwirklicht werden wird und was nur auf dem sprichwörtlich gedulden Papier stand, wird die Bilanz spätestens im Wahljahr 2017 ergeben. □

18 Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD 2013, S. 123

19 Erklärung der GKS zur Bundestagswahl 2013

20 Rühes Comeback, Der Spiegel, 8/2014 vom 17.02.2014, S. 18.

21 Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD 2013, S. 124

22 Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD 2013, S. 124

23 Erklärung der GKS zur Bundestagswahl 2013

24 Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD 2013, S. 124

Vom Abstieg der Mehrheit

oder: Das Siechtum der Demokratie hat begonnen

VON DIETER KILIAN¹

In jedem sozialen System werden Entscheidungen getroffen. Jahrhundertlang entschieden die kleinen Zirkel jener, die Macht, Wissen, das Recht und die Erfahrung besaßen. Erst in den demokratischen Staatswesen der Neuzeit übernahmen die Bürger, die zahlenmäßige Mehrheit, diese Aufgabe und dieses Recht, erweckten damit ein lange zurückliegendes, seltenes Modell aus Griechenland wieder zum Leben und orientierten ihr politisches Agieren primär am Gemeinwohl und nicht mehr am Eigeninteresse.

Mit dem politischen Aufstieg des Wählers aber galt es, die Massen zu hofieren, denn Wahlen konnten nur gewonnen und politische Ziele nur umgesetzt werden, wenn es gelang, die zahlenmäßige Überlegenheit zu gewinnen. Das Volk als Souverän überträgt seitdem bei jeder Wahl seine Entscheidungsbefugnis auf die von ihr gewählte Regierung und erteilt ihr damit Prokura. Das Kreuz auf dem Wahlzettel wird zur pauschalen Zustimmung für zahllose Entscheidungen unterschiedlichster Sachverhalte, Bedeutung und Gewichtung in einem Zeitraum von vier oder fünf Jahren. Der Ablauf eines jeden Entscheidungsprozesses ist im Kern gleich: Es werden mehrere Möglichkeiten (heute landauf landab fälschlicherweise als „Alternativen“ bezeichnet) angeboten, dann deren Vor- und Nachteile – darunter auch die entstehenden Kosten – gegeneinander abgewogen und schließlich ein bindender Entschluss gefasst, der auch rechtlichen Anforderungen genügen muss. Tut er es nicht, wird er von den Gerichten kassiert und muss revidiert werden.

Neben den zur Entscheidung freigegebenen Dingen gibt es auch Prin-

zipien, deren Änderung – wie die „in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze“ (Menschenwürde, Verbot eines Angriffskrieges) und das Verbot eines Angriffskrieges (Art. 26) – unzulässig ist, und die der Disposition selbst des Gesetzgebers entzogen sind, oder deren Änderung gemäß Artikel 79 (3) an hohe rechtliche Hürden und strenge parlamentarische Voraussetzungen – Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat – gebunden ist. Diese wertgebundene Ordnung mit den Eckpfeilern Grundrechte, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Gerichte, Gliederung des Bundes – darf nicht geändert werden und ist nicht verhandelbar. Doch wie lange behalten diese vermeintlich in Stein gemeißelten Grundsätze ihre Gültigkeit und Wirkung? Werden sie in fünfzig, in ein- oder zweihundert Jahren noch anerkannt sein? Grundsätzlich ist dies zwar denkbar, aber eher unwahrscheinlich, denn seit Jahren leiden auch eherne Grundrechte unter einer Erosion. Die Enttabuisierung vieler bisher als unumstößlich geltender, vor allem christlicher Grundsätze und Werte ist „in“, und ihre Vorreiter werden von den Medien hofiert. Ein Beispiel ist die Ehe, deren Schutz durch Artikel 6 bereits sehr durchlöchert wurde. Die Rechtsprechung hat dazu beigetragen, in dem sie Individualrechte über die Zukunftsfähigkeit und das Wohl der Gemeinschaft stellte. Ein anderes Beispiel ist die Wohnung, die nach Artikel 13 eigentlich unverletzlich sein sollte, doch immaterielle Ausspähung stellt eine ebenso große Verletzung der Privatsphäre dar. Dieser Trend der „Auszehrung“ wird auch vor oben erwähnten politischen Prinzipien nicht halt machen.

Betrachtet man z.B. politische Diskussionen im Nachkriegsdeutschland, über die seinerzeit erbittert gestritten wurde, wie jene um die Wiederbewaffnung oder den NATO-Doppelbeschluss, stellt man in der Rück-

schau fest, dass die Debatten verebbt, die alten Schlachten geschlagen sind, und nicht wenige Angehörige der damals überstimmten Minderheit ihr falsches Votum bereut haben, auch, wenn ein Eingeständnis des Irrtums öffentlich eher selten zu vernehmen ist. Ein Beispiel für solche Reue konnte man jüngst bei der nachträglichen Feierstunde anlässlich des 95. Geburtstages von Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt in Hamburg im Januar 2014 vernehmen. Einige hochrangige Politiker, die seinerzeit den Schmidtschen Entschluss zur NATO-Nachrüstung heftig bekämpft hatten, räumten ihren Irrtum lächelnd ein. Auch die Zahl derer, die vor fast sechzig Jahren die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik vehement ablehnten und die Bundeswehr noch lange nach ihrer Gründung in Wort und Tat angriffen und diffamierten, war groß, aber letztlich eine Minderheit. Auch aus diesem Personenkreis war nur selten ein Wort des Bedauerns oder gar der Entschuldigung zu hören, wobei die deutsche Sprache ohnehin leichtfertig mit dem Satz „ich entschuldige mich“ umgeht, kann sich doch niemand selbst von einer Schuld freisprechen. Es geht aber leichter über die Lippen als ein „um Entschuldigung, um Verzeihung bitten“ oder ein „es tut mir leid“.

In unserem heutigen politischen System haben sich im Laufe von über sechzig Jahren Entwicklungen breit gemacht, welche die Väter und Mütter des Grundgesetzes weder einplanen noch vorhersehen konnten. Sie geben Anlass zur Sorge, weil sie geeignet sind, den unabdingbaren Basiskonsens in einem Staatswesen zu zerstören. So wird seit geraumer Zeit der Grundsatz, dass die Mehrheit in einem Streitfall entscheidet und dann die neue Richtung vorgibt, Schritt für Schritt ausgehöhlt. Immer öfter wähnt sich die überstimmte Minderheit in

¹ Dieter Kilian, Oberst a.D., mehrmals im Attaché-Dienst eingesetzt, zahlreiche Veröffentlichungen im AUFTRAG, so die Serien „Bundespräsidenten und die Bundeswehr“ und „Bundeskanzler und die Bundeswehr“

einer pseudo-religiösen Aura schwebend mit letzter Wahrheit und absolutem Wissen ausgestattet und erkennt das Votum der Mehrheit nicht mehr an, selbst, wenn dieses höchststrichterlich bestätigt wurde. Dies fällt umso schwerer, je emotionaler die Diskussion darüber geführt wird. Eine Abstimmungsniederlage gilt als persönliche Schmach. Aus diesem Grunde sind auch die erwähnten Eingeständnisse, für die falsche Möglichkeit gestimmt zu haben, selbst Jahre später eher selten. Oft ist das Votum der Minderheit nicht auf das Wohl der Gemeinschaft und des Staatswesens ausgerichtet, sondern folgt individuellen Interessen, denen der Partei, des Wahlkreises, dem eigenen Profit oder ideologischen Vorgaben. Die sog. „tea-party-Bewegung“ in den USA mag als ein externes Beispiel dienen.

Geht eine Abstimmung verloren, wird die Auseinandersetzung auf der Ebene der Gerichte fortgeführt – durch alle Instanzen, versteht sich. Wer sich in einer Minderheit engagiert, wird meist als Aktivist bezeichnet – zu Recht, denn ihre Anhänger treten – im Gegensatz zu jenen der Mehrheit, den „Passivisten“ – tatsächlich mit Verve und Lautstärke auf, gaukeln Überlegenheit vor und versuchen dadurch ihre zahlenmäßige Unterlegenheit auszugleichen – nicht ohne Erfolg. All jene, die einer Wahl fern bleiben, tragen dazu bei, die Macht der Minderheit zu stärken. Eine weitere Schwäche der Passivisten kommt hinzu: Die Mehrheit selbst hat – rechtlichem Zwange folgend – der Minderheit das Instrument zum Aushebeln in die Hand gegeben: es lautet „Minderheitenschutz“. Das Verbot der Diskriminierung von Minderheiten ist unstrittig. Doch das Gesetz zum Schutz von Minderheiten wird zunehmend als ideales, weil legales und überaus wirksames Mittel genutzt, um Entscheidungen der Mehrheit zu blockieren und zudem die Deutungshoheit über den zu entscheidenden Sachverhalt zu übernehmen. Anfangs fordern Minderheiten nur Toleranz – Duldung, aber daraus wird schnell Akzeptanz – d.h. Forderung nach Anerkennung des Lebensstils oder der Meinung der Minderheit. Wer sich diesem Diktat nicht beugt, gerät schnell in das Vi-

sier von „shit-storm“-entfachenden, digitalen Schlägertrupps. Minderheiten verbreiten sich, da sie wegen des Diskriminierungsschutzes keine „natürlichen Feinde“ haben, metastasenartig und übernehmen schnell Kontrollfunktionen. Allerdings gibt es gute und böse Minderheiten. Wer aber gehört zu welcher Kategorie? Als Grundsatz gilt: Je geschmackloser, je schriller, je rüpelhafter und je größer der Tabubruch, desto größer ist die Chance, ins Töpfchen der Guten geworfen zu werden. Konservative Kräfte hingegen und jene, die auf Traditionen setzen, müssen damit rechnen, per se als böse eingestuft zu werden. Mehrheiten gelten grundsätzlich als verdächtig, werden oft abschätzig als „Stammtisch“ oder „Südkurve“ tituliert. Die Norm wird zur Ausnahme. Damit werden Wertmaßstäbe zerstört, ohne dass neue an ihre Stelle treten. Beliebigkeit wird zum neuen gesellschaftsethischen Koordinatensystem. Ein Beispiel ist die Berichterstattung eines Privatsenders über die neue Vorschrift ZDV A-2630/1, die das äußere Aussehen der Soldaten regelt. Süssfisant erläuterte der Nachrichtensprecher, der seinerseits durchaus Wert auf seriöses Auftreten legt, mit sonorer Stimme einige der neuen Bestimmungen und machte sie durch Wortwahl und Minenspiel lächerlich. Hätte sich das Ministerium in dem Erlass hingegen dem Zeitgeist von Körpermalerei-Minderheiten gebeugt, wäre ihr Applaus sicher gewesen.

Fernsehen, Rundfunk und Presse – als vierte Gewalt unverzichtbare Kontrollorgane eines Rechtsstaates – kommentieren und kontrollieren nicht mehr nur die Politik, sondern sind schon lange der Lockung unterlegen und treten als eigenständige politische Kraft auf. Damit aber bewegt sie sich außerhalb demokratischer Legitimierung und bar jeglicher Kontrolle. Kritik darüber perlt teflonartig ab und wird als Medienschelte und Angriff auf die Meinungsfreiheit abgetan. Die Medienräte – Fernseh-, Rundfunk- und Presserat – als Organe der Selbstkontrolle sind wirkungslos. Die Medien werden so zur Inquisition des 21. Jahrhunderts. Zu bestimmten Themenbereichen bilden sich dank ihres

Agierens Schwarm-Meinungen, die sich an der sog. „Politischen Korrektheit“ orientieren. Gegen diesen Strom zu schwimmen, ist nahezu unmöglich. Meinungsvielfalt bleibt auf der Strecke. Zwar rufen die medialen Türsteher allenthalben vollmundig nach Toleranz, praktizieren diese aber nicht. Abweichler und Andersdenkende werden weder inhaftiert, noch getötet, aber dennoch auf subtile Weise wirkungsvoll zum Schweigen gebracht – totgeschwiegen, diffamiert, lächerlich gemacht und so ins berufliche Abseits manövriert. Ein Beispiel ist die Behandlung des „Falles Wulff“. Im Gleichklang wurde das damalige Staatsoberhaupt einhellig von gestandenen Nachrichtenportalen, selbstherrlichen Moderatoren, drittklassigen Comedians und der anonymen, piranha-ähnlichen „Netzgemeinde“ an den Pranger gestellt und abgeurteilt. Abwägende, differenzierende Meinungen – Fehlanzeige. Nach Schuldeingeständnissen oder Bedauern suchte man vergeblich. Unversöhnlich stehen sich oft Minderheit und Mehrheit gegenüber. Annäherung und Kompromiss scheiden als Lösungsmodelle immer häufiger aus, Schlichtungen scheitern. Die Große Koalition, die dritte in der Geschichte Deutschlands nach 1949, und auch die Koalition von CDU und Grünen in Hessen sind zwar hoffnungsvolle Gegenentwürfe, die belegen, dass auch tiefe politische Gräben überbrückt werden können, wenn beide Seiten ihre Ziele am Gemeinwohl orientieren. Doch es bleiben Ausnahmen. In vielen Medien war – anders als in der Bevölkerung – die Freude darüber eher gedämpft. Auch die Versuche, demokratische Strukturen auf bislang politisch brachem afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Ödland gedeihen zu lassen, scheinen positive Signale für ein Überleben der Demokratie zu sein, doch ist ihr nachhaltiger Erfolg fraglich, weil Grundvoraussetzungen – wie Menschenrechte, Gleichbehandlung von Mann und Frau und breite Bildung – oft flächendeckend fehlen, da sie kulturell kaum verankert sind. Überdies ist wirtschaftliche Not kein günstiger Nährboden für die empfindliche und nur langsam gedeihende Pflanze Demokratie.

Wie aber wird es weitergehen? Noch hält das Bollwerk der Rechtsprechung, aber es beginnt hier und da porös zu werden, wenn Urteile, die z.B. am Gleichheitsgrundsatz zweifeln lassen, am Vertrauen der Bürger kratzen. Das Machtmonopol des Staates – Armee und Polizei – franst aus. In einigen Staaten wird es bereits privatisiert. Damit scheidet es als Garant von Recht und Ordnung aus. Zum Glück war diese Aufgabe des Staates bei uns bisher nur selten gefordert, doch wie stabil ist die Gesellschaft tatsächlich? Die Zahl der sog. „Parallelgesellschaften“, bisweilen als „Staat im Staat“ bezeichnet, nimmt ebenso zu wie die Kluft zwischen Arm und Reich. Darin verbirgt sich soziale Sprengkraft. Vordergründig scheint sich das stetige Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Staatswesen zugunsten des ersteren zu verschieben,

doch dies beeinträchtigt langfristig die Handlungs- und Lebensfähigkeit des Gemeinwohls, weil Entscheidungsprozesse immer zähflüssiger ablaufen und bisweilen ganz zum Stillstand kommen. Die Kosten unzähliger Bürgerinitiativen gehen in die Abermilliarden. Kleinere Systeme können dies abfedern, je größer sie aber werden, desto stärker werden politische Zentrifugalkräfte. Wenn dann die Mehrheit ihre Entscheidungshoheit verliert, geht das Steuer in andere Hände über, und neue Kräfte dringen in dieses Machtvakuum vor. Vermutlich werden es wieder kleine Zirkel, jene Eliten der Mächtigen und Wissenden, sein, die auch in der Vergangenheit das Sagen hatten. Der Höhenflug des Individuums wird gestoppt, aus Dezentralisierung wird Zentralisierung. Dabei werden sich die neuen Herrscher bei der Absicherung ihrer Macht dann auf ein in Vielfalt,

technischer Finesse und Präzision bisher noch nie dagewesenes Instrumentarium der Informations- und Überwachungstechnologie abstützen können, das in Echtzeit selbst in schmalste Verästelungen unseres Privat- und Berufslebens vorzudringen vermag. Und so dürfte langfristig das etwa zweieinhalb Jahrhunderte währende Intermezzo der demokratischen Praxis, das ohnehin nur in Europa und Nordamerika solide verwurzelt war, immer mehr verkümmern und schließlich in den Orkus der Geschichte versinken – auf unabsehbare Zeit und zum Leidwesen der Bürger. Das Bestreben, die Mehrheit durch die Vielfalt von Minderheiten zu ersetzen, aber auch die Passivität der Mehrheit, tragen zu diesem stetigen Siechtum der Demokratie bei. George Orwell hat sich vermutlich bei dem Titel seines Romans nur um einhundert Jahre vertan. □

Menschenrechte im politischen Spiel

Fragwürdige Hüter der Menschenrechte

VON CARL-H. PIERK¹

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat die anfänglich hoch geschraubten Erwartungen nicht erfüllt. So sitzen seit Januar 2014 Russland, China und Kuba in dem Gremium. Aber auch Marokko, Vietnam, Namibia, Saudi-Arabien oder die Malediven sind alles andere als Musterschüler. Mehrere dieser Länder verweigern sich gar Kontrollen durch Experten des Menschenrechtsrats.

Im Jahr 2006 wurde der UN-Menschenrechtsrat als Nachfolgegremium der bisherigen UN-Menschenrechtskommission geschaffen, weil diese sich aufgrund der Interessengegensätze der Mitgliedsstaaten selbst blockierte und damit politisch handlungsunfähig geworden war. Letztlich ist der Rat keinen Deut besser als seine Vorgängerin, die völlig diskreditierte Menschenrechtskommission. Denn im Rat geht es häufig gar nicht so sehr um den Schutz der Menschenrechte, sondern um politische Interessenskonflikte und interne Machtkämpfe. Das hat mit der Struktur des Menschenrechtsrats zu tun. Während in anderen UN-Gremien die westli-

chen Länder das Sagen haben, dominieren im Menschenrechtsrat afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Mitglieder. Europäer und Westländer sind in der Minderheit. Deshalb nutzen die „armen“ Länder des Südens auch jede Chance, um sich gegen die „reichen“ Länder des Nordens, von denen sie sich bevormundet fühlen, zu wehren. Die islamischen Länder stehen wiederum im Konflikt mit denen des Westens. So verhindern islamische Staaten, die etwa ein Drittel der Stimmen ausmachen, Prüfungen in einem ihrer Länder. Überhaupt sind die islamischen und afrikanischen Staaten auf einem Auge blind, wenn es gilt, Krisenherde mit Menschenrechtsverletzungen anzuprangern. Der Nahostkonflikt wird dagegen regelmäßig thematisiert, wobei immer wieder einseitig Israel kriti-

siert wird. Unter den 47 wechselnden Mitgliedsländern waren immer auch Staaten, die bei Menschenrechtlern auf der Schwarzen Liste ganz oben stehen. Russland und China waren zuvor ebenso schon Mitglieder wie Gaddafis Libyen und Aserbaidschan oder Kuba und Venezuela.

Fünf Ländergruppen

Wie fast alle Wahlen bei den Vereinten Nationen sind auch die zum Menschenrechtsrat in fünf Ländergruppen unterteilt. Für die beiden offenen osteuropäischen Sitze waren Mazedonien (177 Stimmen) und Russland (176) die einzigen Kandidaten, für Westeuropa nur Frankreich (174) und Großbritannien (171). Für die vier Plätze Asiens hatten sich letztlich Vietnam (184), China (176), die Malediven (164) und Saudi-Arabien

¹ Carl H. Pierk ist freier Journalist und schreibt im AUFTRAG u.a. über das Thema Menschenrechte, zum Beispiel über die „Damen in Weiß“ in Kuba etc

(140) beworben. Für Lateinamerika gewannen Kuba (148) und Mexiko (145) die beiden offenen Positionen, Uruguay (93) ging leer aus. Auch um die vier Sitze der Afrikaner gab es eine Kampfabstimmung. Letztlich setzten sich Südafrika (169), Algerien (164), Marokko (163) und Namibia (150) durch. Der Südsudan schaffte es mit 89 Stimmen nicht.

Die Mitgliedszeit beträgt drei Jahre, die anschließende Wiederwahl ist einmal möglich. Einige Staaten, wie Russland, Kuba und China, hatten nach sechs Jahren im Rat dieses Jahr pausiert und sind seit Januar wieder dabei. Deutschland sitzt noch mindestens die nächsten beiden Jahre in dem Genfer Gremium.

Der UN-Menschenrechtsrat hatte versprochen, dass die gewählten Mitglieder „einen Höchststandard bei Förderung und Schutz der Menschenrechte aufrechterhalten“ werden. Dennoch gibt es einen alarmierend Trend zur Wahl von menschenrechtsverletzenden Regimen in das UN-Gremium. So werden nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt in keinem Land der Welt so viele Menschen gefoltert wie in China. Die Volksrepublik unterhält heute das größte Zwangsarbeitslagersystem der Welt. Zum sogenannten „Laogai“-Komplex gehören rund tausend Lager. Nach verschiedenen Schätzungen zwingen darin die chinesischen Behörden zwischen drei und sieben Millionen Menschen zur Zwangsarbeit – sieben Tage die Woche, zum Teil bis zu 18 Stunden am Tag. Folter und Gewalt, mangelhafte Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln, Schlafentzug sowie die Verweigerung medizinischer Hilfe gehören zum Alltag vieler Gefangener.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) wies darauf hin, dass es in Kuba seit der Machtergreifung der Castro-Brüder vor über 50 Jahren keine freien Wahlen gegeben hat. Außer der regierenden Kommunistischen Partei sind alle anderen verboten. Sogar alle Tageszeitungen sind verboten – außer dem Parteiorgan „Granma“ der regierenden Kommunistischen Partei. Allein im Oktober 2013 seien über 900 Vertreter der Bürgerrechts- und

Demokratiebewegung willkürlich verhaftet worden.

Saudi-Arabien ist nach Ansicht der Menschenrechtsorganisation ein extremes Beispiel für die völlige Entmündigung von Frauen und religiöse Intoleranz. Das Königshaus sei nicht nur zutiefst antidemokratisch, sondern sei Hüter einer Frauen verachtenden Richtung des Islam. Frauen dürften ohne Zustimmung ihres männlichen Vormunds noch nicht einmal das Haus verlassen. Es ist das einzige Land der Erde, in dem ihnen ausdrücklich das Fahren von Autos verboten ist.

Sieg für den Kreml

Und dann Russland. Moskau erkennt zwar in der Verfassung die Rechte und Freiheiten des Menschen als die höchsten Werte an. Das Land hat im Bestreben um eine Westintegration in den neunziger Jahren die grundlegenden internationalen Menschenrechtskonventionen unterzeichnet – wenngleich die Todesstrafe bisher nur außer Kraft gesetzt, aber noch nicht abgeschafft ist. Aber gerade die politischen Rechte bleiben eingeschränkt: So ist die Versammlungsfreiheit zwar durch die Verfassung garantiert, aber oppositionelle Gruppen scheitern oft schon bei der Beantragung einer Demonstration an vorgeschobenen formalen Gründen. Auch die Informationsfreiheit ist beschnitten. Putins Gnadenakt für seinen Erzfeind Michail Chodorkowski ist lediglich ein klarer Sieg für den Kreml, kein Zeichen für politisches Tauwetter. Der Ex-KGB-Offizier und frühere Geheimdienstchef Putin hatte ausgerechnet den Tag der Tschekisten, der Geheimdienstler in Russland, gewählt, um den berühmtesten Gefangenen des Landes aus dem Straflager zu entlassen. Derzeit befinden sich in Russland rund 700.000 Menschen in Haft. Auch die Freilassung der Skandalband „Pussy Riot“ ändert nichts an den Verhältnissen in Russland mit dem harten Kurs gegen die Opposition, mit immer eingeschränkteren Freiheiten und einer insgesamt antiwestlichen Politik.

Beschämend übrigens, wie die westliche Öffentlichkeit auf die Festnahme der Frauenpunkband „Pussy Riot“ reagiert hatte. Bei ihrem Auf-

tritt in der Erlöserkathedrale in Moskau hatten die Frauen über ihre Köpfe grelle Strumpfhosen gezogen. Angesichts ihrer Aufmachung durfte es wenig überraschen, dass sie nicht zum Beten dort waren. Beschämend auch, dass es, seit die Aktivistinnen im Gefängnis saßen, Preise regnete. Yoko Ono verlieh ihnen den Lennon-Ono-Friedenspreis. Die burmesische Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi schloss sich einem Freiheitsappell an, das Europa-Parlament schlug die inhaftierten Frauen ernsthaft für den renommierten Sacharow-Preis vor. Dabei war es, wie Johannes Rösler am 22. Dezember 2013 in der Zeitschrift „Christ in der Gegenwart“ schrieb, „ein blasphemischer Auftritt ohnegleichen in einem christlichen Heiligtum.“ Dennoch, so Rösler weiter, „haben die Westpresse und viele weitere Meinungsmacher die wegen Rowdiums und Verhöhnung des Religiösen zu Haft verurteilten Moskauer „Pussy-Riot“-Politaktivistinnen zu Heiligen der Demokratie, der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit verklärt. Inzwischen scheint jedoch vereinzelt eine aufklärerische Sicht an Boden zu gewinnen. Das Bild von den ‚mutigen Frauen‘, die in der Christus-Erlöser-Kathedrale herumkrakeelten, herumhampelten und – neben Putin – auf übelste Weise das Christliche sowie die orthodoxe Kirchenführung beschimpften, wird allmählich entmythologisiert. Der Blick weitet sich, nachdem unter anderem etliche extrem pornografische öffentliche ‚Inszenierungen‘ dieser Leute bekannt wurden.“

Recht auf Religionsfreiheit

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist das Recht auf Religionsfreiheit klar festgeschrieben. Die Wirklichkeit sieht in vielen Staaten anders aus. „Ohne das wichtigste Menschenrecht, nämlich Glaubens- und Gewissensfreiheit, gibt es keine echte Freiheit“, sagt der Fraktionsvorsitzende der Unionsparteien, Volker Kauder. Doch in 14 der 47 Länder, die über die Einhaltung der Menschenrechte wachen sollen, werden Christen mehr oder weniger massiv verfolgt. Das berichtet das christliche Hilfswerk „Open Doors“. Es scheint, dass Religionsfreiheit in der

Menschenrechtspolitik der Vereinten Nationen nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Wenn überhaupt.

Besorgt zeigte sich daher Erzbischof Silvano M. Tomasi, Ständiger Beobachter des Heiligen Stuhles bei den Vereinten Nationen und anderen Internationalen Organisationen in Genf, bei der 23. Sitzung des Menschenrechtsrates für interaktiven Dialog. Tomasi sagte am 27. Mai 2013 unter anderem: „Die ernsthaften Verletzungen des Rechts auf Religionsfreiheit im Allgemeinen und die in jüngster Zeit zunehmenden Diskriminierungen und systematischen Angriffe gegen einige christliche Gemeinschaften im Besonderen versetzen den Heiligen Stuhl und viele demokratische Regierungen in tiefe Sorge, deren Bevölkerung eine Vielzahl religiöser und kultureller Traditionen zu vereinen sucht. Glaubwürdige Forschungen haben zu den schockierenden Ergebnissen geführt, dass jedes Jahr mehr als 100.000 Christen durch Gewalttaten ums Leben kommen und aus Gründen ihres Glaubens getötet werden. Andere Christen und andere Gläubige werden vertrieben, ihre Gotteshäuser werden zerstört, sie werden vergewaltigt und ihre Führungspersönlichkeiten werden entführt, wie es vor kurzem mit den Bischöfen Yohanna Ibrahim und Boulos Yaziji in Aleppo (Syrien) geschehen ist.“ Tomasi weiter: „Einige dieser Akte haben im Mittleren Osten, Afrika und Asien als Frucht von Bigotterie, der Intoleranz, des Terrorismus und einiger zum Ausschluss führender Gesetze zugenommen. In einigen westlichen Ländern, in denen die christliche Präsenz wesentlicher Teil der Gesellschaft war, scheint sich ein Trend zu verbreiten, Christen vom öffentlichen Leben auszuschließen, die historischen oder sozialen Beiträge zu ignorieren und sogar die Möglichkeit für Glaubensgemeinschaften auszuschließen, soziale Dienste zu leisten.“ Zum Abschluss seiner Rede vor dem UN-Gremium wies der Erzbischof auf die Worte von Papst Franziskus anlässlich des 1700. Jahrestages des Ediktes von Mailand hin: „...Zivile Autoritäten überall müssen das Recht, öffentlich den eigenen Glauben zu bezeugen, unterstützen und ohne

Vorurteile den Beitrag würdigen, den die Christen zur Kultur und die Gesellschaft unserer Zeit leisten.“

Für Kopfschütteln sorgte übrigens die Wahl der Malediven in den Menschenrechtsrat. Die Malediven – ein Paradies mit Schattenseiten. Die Republik ist zwar bekannt für ihre Wohlfühlloasen, der Tourismus ist die Einnahmequelle Nummer eins im Inselstaat. Doch das Urlaubsparadies Malediven belegt im Weltverfolgungsindex der christlichen Organisation „Open Doors“ den Platz sechs und gehört damit zu den weltweit schlimmsten Christenverfolgern. Einheimischen Christen sei es unmöglich, ihren Glauben offen zu leben, heißt es dort. Auf den Malediven ist der Islam Staatsreligion. Es gilt die Scharia, die unter anderem den Übertritt vom Islam zu einer anderen Religion verbietet. Die Regierung betrachte sich selbst als Hüterin und Verteidigerin des Islam, berichtet „Open Doors“. Christen würden systematisch verfolgt. Im September 2011 habe das Ministerium für Islam-Angelegenheiten das „Gesetz für religiöse Einheit“ verschärft und neue Regeln erlassen. Seitdem sei auch das Verbreiten nicht-islamischer Lehren streng untersagt. „Ein Malediven Urlaub ist ein unvergessliches Erlebnis! 26 Atolle, rund 1.190 Koralleninseln, palmengeschmückte Eilande im Indischen Ozean, mehlfeiner Sand und

türkisfarbenes Meer“, jubelt dagegen der Reiseprospekt.

Ein Ausblick

Mit dem Menschenrechtsrat verbindet sich die Hoffnung, die UN-Menschenrechtsarbeit im Gegensatz zur früheren Menschenrechtskommission effektiver zu gestalten. Doch wird nicht durch politische und ideologische Blöcke die Arbeit des Rates behindert? Schließlich gibt es fünf Regionalgruppen: Afrika, Asien, Lateinamerika/Karibik, Ost- und Westeuropa. Die Gefahr besteht, dass die Hauptblöcke – namentlich die afrikanischen Länder, die Organisation für Islamische Zusammenarbeit, die EU und die Bewegung der Blockfreien Staaten – die Richtung des Menschenrechtsrates bestimmen. Jeder Block verfolgt demnach seine eigenen Interessen, die nicht unbedingt Menschenrechte auf die Pole-Position setzen. Wenn es zu Menschenrechtsverletzungen durch einen seiner Staaten kommt, kann der Block häufig Abwehrmaßnahmen anwenden. Dies zu verhindern, die Blockdynamik zu überwinden, ist möglich, wenn die Staaten sich in kleinen Schritten und zähen Verhandlungen über die grundlegenden Normen und Verfahren verständigen und diese in ihren Systemen verankern. Dann könnte den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eigentlich nicht das Schicksal seiner Vorgängerin ereilen. □

Christenverfolgung – Nordkorea an der Spitze

Weltweit werden etwa 100 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens verfolgt. Christen sind damit die am meisten verfolgte Glaubensgruppierung. Das zeigt das christliche Hilfswerk Open Doors in seinem neuen Weltverfolgungsindex (WVI). Der jährlich veröffentlichte Weltverfolgungsindex ist eine Rangliste von 50 Ländern, die anzeigt, wo Christen wegen ihres Glaubens am stärksten verfolgt und diskriminiert werden. Auf Platz drei jetzt Syrien. Syrien, wo ein seit mehr als zwei Jahren wütender Bürgerkrieg schon mehr als 100.000 Menschenleben forderte, lag ein Jahr zuvor noch auf dem elften Platz. „Seit Ausbruch der Kämpfe werden immer wieder schlimmste Gräueltaten gegen die christliche Gemeinde verübt“, heißt es im Bericht der Organisation zu Syrien. Besonders zugenommen habe auch die Christenverfolgung durch Islamisten in Afrika, beispielsweise in Somalia. □

(open doors)

Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Herbstvollversammlung in Bonn Bad-Godesberg

VON JOACHIM LENSCH¹

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), höchstes katholisches Laiengremium in Deutschland, kam zu seiner Herbstvollversammlung am 22./23. November traditionell in die Stadthalle nach Bonn Bad-Godesberg.

Schwerpunkte der Vollversammlung waren die Neuwahlen des Präsidenten, der Vizepräsidenten, des Hauptausschusses, der Sprecherinnen und Sprecher der Sachbereiche und der Mitglieder der Gemeinsamen Konferenz, der 100. Katholikentag wurde nach Leipzig vergeben und zur demografischen Entwicklung wurde eine soziale Lebenslaufpolitik eingefordert. Zum Abschluss der Tagung informierte Bischof Dr. Gebhard Fürst die Vollversammlung über den Stand der Beratungen der Deutschen Bischofskonferenz zur Pastoral der „Wieder-verheirateten Geschiedenen“.

Als gewählte Vertreter des Katholikenrates beim Katholischen Militärbischof nahmen Oberstleutnant Thomas Assmuth, Generalmajor Dr. Ansgar Rieks, Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch, als Vertreter der Gemeinschaft Katholischer Soldaten Oberst Rüdiger Attermeyer, als Einzelpersonlichkeit General a. D. Karl-Heinz Lather und Bertram Bastian als Präsident des Katholischen Akademikerarbeit Deutschland (KAD), an der Vollversammlung teil.

Präsident Alois Glück berichtete zur Lage

Der Präsident ZdK, Alois Glück, hat Kirche und Katholiken zu einem grundsätzlichen Perspektivwechsel im Hinblick auf ihr Wirken in der Gesellschaft und ihre Argumentationsweise aufgerufen: „Wir müssen werben und überzeugen, es geht darum, den Mitmenschen überzeugend zu vermitteln, dass die Werte und Positionen, die uns wichtig sind, sei es im Lebensschutz oder in Fragen der Gerechtigkeit, des Umweltschutzes und in allen anderen Bereichen, gut und wichtig für den einzelnen Menschen und für den Weg der Gesellschaft sind. Um der Menschen willen, nicht um der Kirche willen“, unterstrich Glück.

Alois Glück forderte eine völlige Transparenz bei der Aufarbeitung der Leitungskrise im Bistum Limburg. Die Krise in Limburg wirke nach seiner Einschätzung tiefer als die Missbrauchs-Problematik. Dort, wo in den vergangenen Jahren durch Aufarbeitung von Missbrauchs-Vorfällen und strukturelle Konsequenzen mühsam Vertrauen wieder aufgebaut worden sei, sähen sich viele engagierte Christen erneut in Misskredit gebracht. Nun gelte es, völlige Transparenz herzustellen.

Es sei wichtig, dass die von der Deutschen Bischofskonferenz eingesetzte Prüfungskommission die

verschiedenen Sachverhalte im Zusammenhang mit dem Umbau des Bischofshauses und des Diözesanen Zentrums in Limburg gründlich durchleuchten könne und der Prüfbericht dann auch veröffentlicht werde. Nur so könne man den längst kursierenden Verschwörungstheorien, hier solle ein theologisch unbequemer Bischof beiseite geschafft werden, überzeugend begegnen.



Der Autor und regelmäßige Berichterstatter Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch

In Limburg gehe es nicht um einen theologischen Richtungsstreit, sondern um die Kosten des Bauprojekts, die Informationspolitik, die Rolle des Bischofs, ebenso aber auch von Mitarbeitern und die Rolle der Gremien, so Glück. In diesem Zusammenhang begrüßte er die richtungsweisen-

de Entscheidung von Papst Franziskus, Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst und der Diözese eine Auszeit zu ermöglichen, ein Moratorium, in dem die erhobenen Vorwürfe in einem fairen, transparenten Verfahren einer Klärung zugeführt werden.

Die Erfahrungen in Limburg zeigten aber auch, wie wichtig eine funktionierende, korrekte Gremienarbeit und die qualifizierte Beteiligung von fachlich geeigneten und selbstbewussten Laien ist, betonte Glück. Wenn es nur bei einer im Zweifelsfall folgenlosen Beratungstätigkeit bleibe, empfänden viele qualifizierte Personen solche Tätigkeiten nur als Alibi und seien kaum bereit mitzuarbeiten. Strukturen müssten auch nach außen nachvollziehbar und vertrauensstiftend sein. „Qualifizierte Gremienarbeit hat auch eine Schutzfunktion für die Entscheider, seien es Bischöfe, Pfarrer oder Laien. Dafür braucht es freilich eine entsprechende Führungs- und Leitungskultur. Wenn Hinweise auf Bedenken oder Widerspruch durch Mitarbeiter oder Gremienmitglieder vermeintlich ‚ungehörig‘ sind oder gar zu einer Mutprobe werden, wird eben geschwiegen“, so der Präsident des ZdK wörtlich.

Der frühere Vizepräsident des Bundestages, Dr. Wolfgang Thierse (SPD), bat den ZdK-Präsidenten, „Rom mitzuteilen, was in Deutschland wegen Limburg los“ sei. Wenn Bischof Tebartz-van Elst auf seinen Bischofsstuhl zurückkehren sollte,

¹ Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch ist einer der drei Vertreter des Katholikenrates beim Katholischen Militärbischof im ZdK (siehe auch Bild)

würden „Zehntausende die Kirche verlassen“.

Präsident Glück zeigte sich besorgt über die Zunahme rechtsradikaler Tendenzen und enttäuscht über die Warschauer Klimakonferenz. In diesem Zusammenhang betonte er die Notwendigkeit nachhaltigen Handelns. Nicht nur im Blick auf das Klima, sondern auch im Blick auf die gesamte Gesellschaftspolitik. Dies gelte auch für die gegenwärtigen Koalitionsverhandlungen in Berlin. Mit Nachdruck setzte er sich für eine menschliche Flüchtlingspolitik ein und forderte eine intensive Debatte über Zuwanderung.

Präsident Glück erwartet von der kommenden außerordentlichen Bischofssynode in Rom Bewegung in der Frage nach dem Platz und der Teilhabe der wiederverheirateten geschiedenen Menschen in der Kirche. Nachdrücklich begrüßte er in diesem Zusammenhang die Veröffentlichung der Arbeitshilfe des Seelsorgeamtes im Erzbistum Freiburg. Der darin proklamierte Weg einer begründeten, fundierten Gewissensentscheidung hebe keineswegs den Grundsatz der Unauflöslichkeit der Ehe auf, so Glück, im Vordergrund stehe hier aber nicht das lehramtliche Gesetz. „Zuerst kommt die Zuwendung zu den Menschen, die Vermittlung der Liebe Gottes zu den Menschen. Das ist letztendlich wichtiger als eine Starrheit im Gesetz“, betonte er. Ausdrücklich widersprach der ZdK-Präsident der Aufforderung, die Arbeitshilfe zurückzuziehen. „Genau das kann und darf in der Situation, in der wir als katholische Kirche heute stehen, im Pontifikat von Papst Franziskus und mitten im Dialogprozess, nicht mehr geschehen.“

Alois Glück wiedergewählt – Erzbischof Zöllitsch gratuliert

Die Vollversammlung hat Präsidenten Alois Glück mit überwältigender Mehrheit – 177 von 182 abgegebenen Stimmen (rund 97 %) – wiedergewählt. Dieses eher unübliche hohe Votum drückt aus, wie hoch das Wirken von Alois Glück wertgeschätzt wird. Allerdings hat Glück das höchste katholische Laiengremium gebeten, ihn aus Rücksicht auf sein Alter und seine Familie nur für zwei Jahre, also die halbe Amtszeit, zu wählen.

Längst gilt er unter Anspielung auf seinen Namen als „Glücksfall“ nicht nur für die katholischen Laien, sondern für die gesamte Kirche. Postwendend erhielt Glück ein Glückwunschschreiben des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zöllitsch. In seiner Gratulation würdigt Erzbischof Zöllitsch die bisherige Arbeit von Glück: „Seit vier Jahren stehen Sie an der Spitze des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, das in dieser Zeit als Sprachrohr von kirchlichen Gremien, Verbänden und Einzelpersonlichkeiten große Beachtung und Aufmerksamkeit gefunden hat. Es ist Ihnen immer gelungen, die Belange und Wünsche der Laienorganisationen in unsere Beratungen einzubringen. In der Bischofskonferenz sind wir dafür sehr dankbar, dass Sie – gemeinsam mit den anderen Verantwortlichen – auch gegenüber unseren Anliegen stets große Offenheit zeigen und viele Initiativen der Bischöfe nachhaltig unterstützen“, so Zöllitsch. Das gelte besonders für den mehrjährigen Gesprächsprozess, „innerhalb dessen es gelungen ist, aus der Gemeinsamen Konferenz heraus eine besondere Zusammenarbeit des Zentralkomitees und der Bischofskonferenz zu schaffen. Mit Ihnen bin ich überzeugt, dass diese Initiative der Kirche auf dem Weg zu größerer Glaubwürdigkeit hilfreich ist. Ich weiß von vielen Bischöfen und sage auch ganz persönlich, dass Sie dabei ein hochgeschätzter Ratgeber und Gesprächspartner sind, dessen Erfahrung und Klugheit eine große Hilfe darstellen.“

Die Herbstvollversammlung bestätigte auch mit großer Mehrheit die vier Vizepräsidenten für eine neue Amtszeit: Christoph Braß, Karin Kortmann, Claudia Lücking-Michel und Alois Wolf.

100. Deutscher Katholikentag findet 2016 in Leipzig statt

Der 100. Deutsche Katholikentag wird im Mai 2016 in Leipzig stattfinden. Ein besonderes Highlight während der Konferenz war die authentische und erfrischende Präsentation für die Katholikentagsstadt Leipzig durch eine Delegation der Diözese Dresden-Meißen. Besonders beeindruckte der Leipziger Polizeipräsident

Bernd Maerbitz mit seinem persönlichen Glaubenszeugnis (er trat nach der Wende zum Katholizismus über) und seiner Aufforderung, zum Leipziger Katholikentag zu kommen: „Die Menschen im Osten brauchen das Zeugnis des Glaubens.“ Eine herzliche Einladung sprach anschließend der neue Bischof des Bistums, Heiner Koch, aus. „Wir freuen uns schon jetzt auf den Jubiläumskatholikentag 2016 in Leipzig“

Es ist der zweite Katholikentag in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung. Der erste fand 1994 in Dresden statt. Der Dresdner katholische Bischof Heiner Koch erklärte in Bonn, 80 Prozent der Menschen in Sachsen gehörten keiner Glaubensgemeinschaft an, und das seit Generationen. „Das heißt nicht, dass 80 Prozent gottlos wären. Der Glaube war einfach kein Thema.“ Es gebe aber gerade in den Städten eine aufblühende Kirche; vor allem junge Menschen ließen sich taufen, betonte er. „Das ist eine große Chance für uns.“ Die Christen müssten neu lernen, auf solche Menschen zuzugehen.

Bischof Koch verwies darauf, dass der Leipziger Katholikentag ein Jahr vor dem 500-Jahr-Gedenken der Reformation stattfinden wird. Er dankte für die große Unterstützung, die die Pläne aus den Reihen der evangelischen Kirche erfahren hätten. „Das bevorstehende Reformationsgedenken 2017 muss sich in diesem Katholikentag widerspiegeln“, betonte er. Die Wirkungsstätten Luthers lägen ja gewissermaßen vor der Haustür. Der Bischof betonte, dass auch die anderen ostdeutschen Bistümer sowie die Katholiken in Polen und Tschechien einbezogen werden sollten.

ZdK verabschiedet Erklärung zu lebensverlaufsorientierter Politikgestaltung

Das ZdK fordert, Politik maßgeblich am Konzept einer Sozialen Lebenslaufpolitik zu orientieren: In unserer „Gesellschaft des langen Lebens“ müsse gute Politik zugleich generationen- und geschlechtergerecht sein.

Der von einer Arbeitsgruppe des ZdK in den letzten vier Jahren diskutierte Ansatz Sozialer Lebenslaufpolitik richtet sich mit dem Beschluss der

Vollversammlung des ZdK nun als Anspruch an die nächste Bundesregierung und den neu gewählten Bundestag: Bei den in der neuen Legislaturperiode anstehenden wichtigen Fragen in der Pflege, der Alterssicherung, im (Aus-)Bildungswesen sowie in der Arbeitsmarkt- und Demografiepolitik müsse es darum gehen, die drängenden Herausforderungen konsistent aus einer lebensverlaufsorientierten Perspektive aufzugreifen.

In der Erklärung mit dem Titel „Soziale Lebenslaufpolitik: Zukunft wagen in einer Gesellschaft des langen Lebens“, heißt es, die Veränderungsdynamiken der Gegenwart seien von Globalisierung, Digitalisierung und demografischem Wandel bestimmt. Unsere schnelllebige Gesellschaft des langen Lebens fordere von jedem Einzelnen eine Vielzahl folgenreicher Entscheidungen im Lebensverlauf. „Die Fähigkeit zur verantwortungsvollen Entscheidung muss erlernt werden“, betont das ZdK. In der Sozialethik werde dieser Lernprozess als „Verantwortungsermöglichung“ bezeichnet, in der internationalen Teilhabedebatte als „Empowerment“. Katholischen Verbänden komme als Agenten von Befähigung und Ermächtigung in einer Gesellschaft langen Lebens große Bedeutung zu – ebenso wie Gewerkschaften und Selbsthilfeorganisationen. Gleichzeitig brauche es ein tragfähiges soziales Netz, insbesondere auch stabile Sozialversicherungen, um die negativen Folgewirkungen von (Fehl-)Entscheidungen abzufedern und Übergänge im Lebenslauf zu begleiten.

Von der Politik fordert das ZdK mehr Nachhaltigkeit und Folgerichtigkeit. Die Menschen müssten sich der gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen sicher sein können, um daran die eigenen folgenreichen Entscheidungen auszurichten. Neue politische Maßnahmen dürften daher rückwirkend keine negativen Folgewirkungen haben.

Politik müsse sich bewusst machen, dass politische Reformen Angehörige verschiedener Generationen an unterschiedlichen Wegmarken ihres Lebenslaufes treffen und zum Teil mit sehr unterschiedlichen Konsequenzen für jede Altersgruppe verbunden sind. Eine Engführung von „Genera-

tionengerechtigkeit“ auf die Berücksichtigung zukünftiger Generationen greife daher zu kurz: Um die legitimen Erwartungen verschiedener gleichzeitig lebender Generationen an Gerechtigkeit im Zeitverlauf zu berücksichtigen, sei inter- und intragenerativer Solidarität sorgsam zu gestalten.



von links: Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch, Oberstleutnant Thomas Aßmuth, Generalmajor Dr. Ansgar Rieks. Im Hintergrund General a.D. Karl-Heinz Lather im Gespräch mit einem ZdK-Mitglied

Besondere Aufmerksamkeit richtet das ZdK auf die geschlechtergerechte Verteilung von Chancen und Risiken: Bei zahlreichen gemeinsamen Entscheidungen im (Ehe-) Paar- oder Familienkontext bestehe heute noch die Gefahr, dass unter den konkreten Rahmenbedingungen die Konsequenzen dieser Entscheidungen sehr ungleich auf beide Geschlechter verteilt seien. Es brauche daher institutionelle Rahmungen individueller und gemeinsamer Entscheidungen, die einen fairen Ausgleich gewährleisten. Dies betrifft das Familienrecht ebenso wie das Sozialversicherungs- und Arbeitsrecht. Gleichstellung von Männern und Frauen im Lebensverlauf sei eine zentrale Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Katholiken fordern Reformen bei Staatsleistungen für Kirchen

Prominente Katholiken fordern von ihrer Kirche aktives Handeln beim Umgang mit Staatsleistungen. Der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse sagte am Freitag in Bonn, die Kirchen müssten von sich aus Vorschläge für den Umgang mit den historisch bedingten Zah-

lungen von jährlich rund 460 Millionen Euro vorlegen. „Wir dürfen nicht warten, bis den Kirchen eine Lösung abgetrotzt wird.“ Der SPD-Politiker äußerte sich vor der Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in Bonn.

Auch der Unternehmensberater

Thomas von Mitschke-Collande forderte die Kirche zu mehr Transparenz auf. „Warum braucht es dazu erst den Skandal und den öffentlichen Druck? Es sollte gerade die katholische Kirche ihre Werte von sich aus glaubhaft vorleben“, sagte er vor den mehr als 200 Delegierten mit Blick auf die Ereignisse im Bistum Limburg. Mitschke-Collande legte der Kirche den Verzicht auf die Staatsleistungen, die die Bundesländer den Kirchen zahlen, nahe. Die Kirchen hätten zwar einen klaren Rechtsanspruch auf diese Leistungen, die sich allein für die katholische Seite auf mehr als 200 Millionen Euro im Jahr summiere. Hier plädierte er jedoch für eine „radikale Entweltlichung“.

An den Verzicht auf die Staatsleistungen sollten die Kirchen allerdings die Bedingung knüpfen, so Mitschke-Collande, dass diese Gelder nicht in den allgemeinen staatlichen Haushalten verschwinden dürften. Vielmehr sollten diese Mittel in auf Länderebene zu gründende Fonds fließen, aus denen dann Menschen in Notlagen schnell und unbürokratisch geholfen werden könnten.

ZdK-Präsident Alois Glück zeigte sich grundsätzlich einverstanden mit

dem Vorschlag, forderte jedoch zunächst ein Gesamtkonzept für mehr Transparenz in den Kirchenfinanzen. Ein schneller Verzicht auf die Staatsleistungen bringe zwar kurzfristig ein gutes Image. Die Wirkung würde jedoch schnell verpuffen, wenn sich nicht insgesamt etwas am kirchlichen Finanzgebaren ändere. Glück sprach sich für eine gemeinsame Kommission von Bischöfen und Laien aus, um ein Konzept zu entwickeln. Schließlich seien es auch katholische Laien, die in den Parlamenten an einer Lösung mitarbeiten müssten.

Zum Stand der Beratungen in der Deutschen Bischofskonferenz zur Frage des pastoralen Umgangs mit wiederverheiratet Geschiedenen

Bischof Dr. Gebhard Fürst, Geistlicher Assistent des ZdK, hat vor der Vollversammlung berichtet, dass sich die Deutsche Bischofskonferenz seit dem Jahr 2010 intensiv mit Fragen des pastoralen Umgangs mit wie-

derverheiratet Geschiedenen, insbesondere mit der Frage nach der Zulassung zu den Sakramenten, befasst hat. Fürst betonte, dass ihm dies Frage seit vielen Jahren sehr wichtig sei und er die Deutsche Bischofskonferenz in mehreren Briefen gebeten hatte, eine Klärung voranzubringen. Freimütig räumte er ein: „Die Erwartungen, die Ungeduld und der Ärger sind groß.“

Kürzlich hatte das Seelsorgeteam der Erzdiözese Freiburg eine Handreichung zum Umgang mit geschiedenen Wiederverheirateten veröffentlicht. Sein Vorgesetzter Erzbischof Robert Zollitsch, der zugleich Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz ist, sprach von einem „Entwurf“, ohne sich freilich zu distanzieren. Das brachte ihm einen Brief des Präfekten der römischen Glaubenskongregation, Erzbischof Gerhard Ludwig Müller, ein: Das Papier sei zurückzuziehen und gründlich zu überarbeiten. Eine Kopie ging an alle Diözesanbischöfe.

Das Problem der geschiedenen Wiederverheirateten ist kein Problem einer kleinen Minderheit. 2012 wurden knapp 180.000 Ehen geschieden. Und rund ein Viertel aller im vergangenen Jahr geschlossenen Ehen sind Wiederverheiratete. Sofern sie aus Verärgerung über ihre katholische Kirche nicht zur evangelischen übertreten, beklagen sie sich darüber, dass sie Kirchensteuern zahlen und sich auch ehrenamtlich betätigen, aber nicht zu den Sakramenten zugelassen werden.

Im Februar, so Fürst vor dem ZdK in Bonn, werden sich die Diözesanbischöfe mit einer entsprechenden Erklärung beschäftigen, deren Entwurf bereits fertig ist. Im März soll diese dann von der Frühjahrsvollversammlung in Münster verabschiedet werden.

Die nächste Vollversammlung des ZdK findet am 27./28. Mai 2014 in Regensburg statt. □

Training auf dem Truppenübungsplatz GRAFENWÖHR

Ökumenischer Feldgottesdienst für die Reservisten

VON: RAINER ZINK

Die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanien UNTERFRANKEN, MITTELFRANKEN und OBERFRANKEN (RSUKp UFR/MFR/OFR) wurden kürzlich aufgestellt. Sie sollen die aktive Truppe bei Wach- und Sicherungsaufgaben zum Schutz von Anlagen und Einrichtungen der Bundeswehr und ggf. alliierter Streitkräfte in der Region unterstützen.

Die Soldaten dieser Kompanien sowie der Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanien OBERPFALZ (RSUKp OPF) und NIEDERBAYERN (RSUKp NDB) wurden erstmals auf dem Truppenübungsplatz GRAFENWÖHR vom 17. Oktober bis zum 25. Oktober zusammengezogen, um dort die erforderlichen Befähigungen im Wach- und Sicherungsdienst zu erlangen. Insgesamt 270 Reservisten rückten am Samstag, den 19.

Oktober auf dem Truppenübungsplatz an und wurden dort durch die vorgesetzte Dienststelle, den Regionalstab NORD (RegSt NORD) aufgenommen. Am Sonntag fanden die ersten Ausbildungsvorhaben statt, so wurden auf den Stationen Wachausbildung sowie Sanitätsausbildung geübt. Hier konnten die Reservisten zeigen, welche Kenntnisse noch vorhanden waren oder welche Fähigkeiten noch vertieft werden müssen. Hoch motiviert nahmen alle Reservisten an diesen Ausbildungen teil.

Ökumenischer Feldgottesdienst

Am Abend hielt dann Diakon Dieter Stuka, selbst Reservist im Dienstgrad eines Oberstleutnants, einen ökumenischen Feldgottesdienst. Wegen des schlechten Wetters musste der Gottesdienst allerdings in eine Halle verlegt werden. „So oft ich jenen

Tag betrachte, zittere ich am ganzen Leibe; ich mag nun essen oder trinken oder etwas anderes machen, immer scheint jene furchtbare Posaune in meine Ohren zu tönen: Stehet auf ihr Toten, kommt zum Gerichte.“ Mit diesen Worten vom Heiligen Hieronymus begann der Diakon seine Predigt. Diese Worte fänden sich in einem Handbuch für Prediger aus dem Jahre 1862 und stünden dort unter den Kirchenväterstellen, die für Predigten über das Gericht als ganz besonders geeignet empfohlen werden, beleuchtete der Diakon der Betriebsseelsorge PASSAU. „So oft ich jenen Tag betrachte, zittere ich am ganzen Leib sind Worte, die noch viele von Ihnen kennen, denn es wurde immer wieder darüber gepredigt über das Gericht und wie Gott am Ende über alle urteilen wird“ erläuterte Stuka und er verwies darauf, dass bei diesen Predigten

bei den meisten ein leichtes Schaudern hervorgerufen wurde. Allerdings sei das Bild, das die Bibel zeigt, wenn sie von Gott spricht und Gott als Richter sieht keine Drohbotschaft, sondern vielmehr eine Frohe Botschaft, „denn ein Richter, das ist jemand - und das macht auch das heutige Evangelium, in seinem Gleichnis noch deutlich -, ein Richter, das ist jemand, der mir zu meinem Recht verhilft“ verdeutlichte der Diakon. Richter seien schon in

Thron und erhebt die Niedrigen“ intonierte der Diakon. Auch wenn Gott manchmal lange auf sich warten lasse, so sagt uns Gott dennoch zu, dass er uns aufrichten wird, dass er all diejenigen, die zu Boden gedrückt werden, wieder auf die Beine verhilft. Keiner von uns sei davor gefeit, nicht auf den Boden zu fallen und nicht einmal der Glaube könne uns davor bewahren, so Stuka. „Aber wir werden wieder aufstehen, wir werden immer wieder



Generalleutnant Peter Schelzig, Oberstleutnant (d.Res) Pirner und Oberstleutnant Georg Gnan treffen Überlegungen zur Auswertung des Gefechtsschießens.

der Frühzeit Israels Menschen gewesen, die anderen Menschen zu ihrem Recht verhalfen, die Gefallene wieder aufhelfen und die in die Irre Gegangenen wieder ausrichteten, letztlich auf Gott hin. Das seien Richter in der Bibel gewesen. „Gott ist Richter - für Israel ist das ist eine Frohe Botschaft, aber nicht nur für Israel“, erklärte Stuka. Denn hier an dieser Stelle hat der Diakon die Verbindung zur Neuzeit in seiner Predigt hergestellt, denn auch heute werde Gott Recht verschaffen, insbesondere denen, auf die sonst niemand hört. „Gott wird Recht verschaffen denen, die ein Leben lang geschuftet haben, und jetzt mit einer Rente auskommen sollen, die vorne und hinten nicht reicht, Gott wird jenen Frauen Recht verschaffen, die zu ihrem Kind stehen und es groß ziehen, auch ohne den Vater, der sich seiner Verantwortung entzogen hat, Gott wird ihnen Recht verschaffen, denn er ist Richter, er stürzt die Mächtigen vom

auf die Beine kommen. Wenn wir uns selbst nicht aufgeben, steht Gott uns zur Seite und richtet uns auf. Und er tut es ganz sicher und immer wieder - mit Sicherheit zumindest immer einmal mehr als wir hingefallen sind“. Mit diesen Worten beendete Diakon Stuka seine sehr nachhaltige Predigt.

Kameradschaftsabend

Direkt danach durften sich die Reservisten auf ihren ersten gemeinsamen Kameradschaftsabend freuen. Die Knabenkapelle aus AUERBACH leistete den musikalischen Anteil an diesem Abend und mit einem Marsch kam sofort Stimmung in der Truppe auf. Die Begrüßung führte der Kommandeur Landeskommando BAYERN (Kdr LKdo BY), Brigadegeneral Johann Berger durch. Als Ehrengäste begrüßte er unter anderem den 1. Bürgermeister von GRAFENWÖHR, Helmuth Wächter, den Kommandeur der 7th US Army Joint Multinational

Training Command (JMTC), General Walter E. Piatt sowie den Landesvorsitzenden des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr (VdRBw) Oberfeldarzt der Reserve Professor Doktor Friedwart Lender. Nach seiner Begrüßung nahm der General noch einige Auszeichnungen vor. Er bedankte sich bei den freiwilligen Helfern der Flutkatastrophe von Bayern im Juni 2013 und überreichte ihnen eine Urkunde des Bayerischen Staatsministeriums des Innern.

Ausbildung

Der Montag, Dienstag und Mittwoch stand ganz im Zeichen von Üben. Dabei waren die Reservisten mit Freude aktiv und auch eine stetige Verbesserung während der Ausbildung wurde schnell deutlich. General Berger hat an diesen Tagen die Waffen- und Schießausbildung sowie die Ausbildungstakte Sicherung, Personen- und Fahrzeugkontrolle, Sanitäts- und ABC Abwehr-Ausbildung beobachtet. Dabei hat er ein durchaus positives und von Engagement gekennzeichnetes Ergebnis festgestellt. Ferner war der General überzeugt, dass dieser Truppenübungsplatzaufenthalt sinnvoll und erfolgreich war, wobei allen klar werden müsse, dass für die Zukunft die RSUKp Übungen im engen Schulterschluss mit den Pateneinheiten in ihren Regionalbereichen anstreben sollten.

Der Höhepunkt des Truppenübungsplatzaufenthaltes war das Gefechtsschießen am Donnerstag. Zu diesem Schießen hatten sich angemeldet der Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr, Generalleutnant Peter Schelzig, der stellvertretende Kommandeur und Beauftragter Reservistenangelegenheiten Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr in Berlin, Brigadegeneral Gerd Josef Kropf, und der stellvertretende Präsident des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr, Oberst der Reserve Rainer Erdel sowie viele Medienvertreter.

Bei dem Schießen, das durch den stellvertretenden Kommandeur und Chef des Stabes RegSt Nord, Oberstleutnant Georg Gnan angelegt und als Leitender durchgeführt wurde, wurde zusammengefasst, was in den letzten Tagen geübt wurde. Generalleutnant

Schelzig zeigte sich zufrieden. „In Folge der Neuausrichtung muss auch die Reserve neu aufgestellt werden. Die RSU-Kräfte sind ein Teil davon.“ Das Novum: Sie bestehen ausschließlich aus Reservisten und diese übten das erste Mal groß angelegt auf einem Truppenübungsplatz. „Ich bin überrascht, dass die Vorbereitungen für diesen Aufenthalt so schnell gelaufen sind“, sagte der General. Die Soldaten gehen in ihrem „wahren Leben“ den unterschiedlichsten Berufen nach. Hiervon profitiert auch die Bundeswehr. „Ein Chemiker oder Biologe ist zum Beispiel für den Bereich ABC interessant“, so Schelzig. Doch nicht nur Spezialisten sind notwendig, sondern auch die Breite ist für die Bundeswehr interessant. „Die Reservisten sind zudem Mittler in der Gesellschaft und sollen das Bild der Bundeswehr in die Öffentlichkeit tragen“, verdeutlichte General Schelzig. Auch Rainer Erdel wurde von den Medien befragt und äußerte sich überaus positiv zu dieser neuen Reservistenstruktur, wobei er die Mittlerrolle bestätigte. „Bei den Reservisten handelt es sich um Frauen und Männer, die ein hohes staatsbürgerliches Bewusstsein entwickelt haben und die Bundeswehr als ihre eigene persönliche Erfahrung in die Öffentlichkeit bringen“, so Erdel. Aber auch das hohe Potenzial an Spezialisten begrüßte Erdel, da diese ihre zivilberufliche Qualifikation im Bedarfsfall in die Bundeswehr einbringen könnten. Sowohl der Generalleutnant als auch die anderen Vorgesetzten und Besucher waren beeindruckt von dem hohen Einsatz- und Leistungswillen, dem soldatischen Auftreten sowie den bestehenden guten „handwerklichen Fähigkeiten“ der Reservisten. Das Gefechtsschießen war laut Einschätzung von General Kropf sehr fordernd und wurde sehr gut gemeistert.

Beide Generale äußerten sich, dass sie im Vorfeld ihres Besuchs in GRAFENWÖHR Bedenken hatten, dass nach relativ kurzer Zeit nach der Aufstellung solch ein Übungsaufenthalt erfolgreich abgeschlossen werden könne. In bewusst gesuchten persönlichen Gesprächen von Generalleutnant Schelzig und Brigadegeneral Kropf mit Reservisten aller Dienstgrade wurde aber deutlich, dass

alle „freiwillig“ teilnehmenden Reservisten zum persönlichen Einsatz bereit sind, gefordert, gefördert und in Verantwortung eingesetzt werden wollen.

Fazit

Im Abschlussgespräch brachten beide Generale zum Ausdruck, dass Sie die Ziele als erreicht ansehen und sich von der Gesamtleistung im Zusammenspiel von aktiven Soldaten und den Reservisten beeindruckend überzeugen konnten.

Generalleutnant Schelzig nahm dies im Abschlussgespräch auch zum Anlass, dem Kommandeur des Reg-Stab Nord, Oberst der Reserve Edward-Errol Jaffke, den Coin des Stellvertreters des Generalinspektors zu übergeben. Oberst Jaffke hat diesen stellvertretend als Anerkennung für die Leistung aller Soldaten im Reg-Stab Nord entgegengenommen und dies auch beim Abschlussappell allen

angetretenen Soldaten als besondere Auszeichnung übermittelt.

Auch Oberst Jaffke teilte die Ansichten und Bewertungen der Generale. Gerade die Planung und Vorbereitung sei sehr aufwendig gewesen, so der Oberst. Ferner betrachtete er diesen Übungsaufenthalt neben der Übung auch als „Lernphase“, auf dessen Erkenntnisse aufgebaut werden müsse. Schlussendlich bedankte er sich bei den drei Kompaniechefs der RSUKp mit ihren Kompaniefeldwebeln, sowie bei seinem Stellvertreter, Oberstleutnant Georg Gnan und Oberstleutnant Christian Binder, dem Projektoffizier, aber auch bei allen Reservisten für deren gezeigte Einsatzbereitschaft. Mit dem neuen Schlachtruf „Franken – Hurra“ beendete der Kommandeur den Übungsaufenthalt, der für alle Reservisten sicherlich in guter Erinnerung bleiben wird. □

Bild: Hartmut Schwarm

Kurznachrichten

Lutherische Kirche Russlands für Anschluss der Krim

Eine der drei lutherischen Kirchen Russlands befürwortet die Aufnahme der ukrainischen Halbinsel Krim in die Russische Föderation. Die erst 2006 gegründete „Evangelisch-Lutherische Kirche des Augsburgischen Bekenntnisses“ (ELK AB) begrüßte, dass sich am Sonntag nach offiziellen Angaben knapp 97 Prozent der Wähler auf der Krim für einen Anschluss an Russland entschieden. „Guten Tag Krim, du kehrst nach Hause zurück“, schrieb der Präsident der Generalsynode der ELK AB, Wladimir Pudow, in einer auf der Internetseite der Kirche veröffentlichten Erklärung.

Angesichts der Bedrohungen der Bürger auf der Krim sei es richtig, dass sich die Krim von der Ukraine lossage. Die „territoriale Integrität“ der Ukraine könne kein Argument sein, wenn sie den Menschen „Tod und Leid“ bringe, so Pudow.

Die ELK AB gehört nicht dem Lutherischen Weltbund an. Sie hat nach eigenen Angaben landesweit 40 Kirchengemeinden. Die deutlich größere „Evangelisch-Lutherische Kirche in Russland und anderen Staaten“ (ELKRAS) betont, die ELK AB habe keine Beziehung zum in Russland historisch gebildeten Luthertum.

(KNA)

Katholikentag 2014

„mit Christus Brücken bauen“

Gemeinschaft Katholischer Soldaten beim Katholikentag in Regensburg

Von Mittwoch, den 28. Mai bis Sonntag, den 1. Juni findet der 99. Deutsche Katholikentag in Regensburg statt. Das Motto „mit Christus Brücken bauen“ steht über allen Ereignissen, die in diesen Tagen in der Regensburger Innenstadt stattfinden. Das Leitwort des Katholikentages steht für: von Christus her denken und handeln, in seinem Namen Brücken bauen, Begegnung schaffen, Austausch ermöglichen. Vor dem Katholikentag findet die Frühjahrsvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken statt.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ist mit einem Stand und entsprechendem Personal auf dem Katholikentag vertreten. Der Stand der GKS befindet sich bei der Adresse Schopperplatz, in Anlehnung an die Turnhalle der Regensburger Turnerschaft (RT-Halle). Die Örtlichkeit befindet sich auf dem Oberen Wöhrd, einer Insel in der Donau zwischen dem Donau-Nordarm und dem Donau-Südarm.

In dieser Halle findet am Donnerstag, den 29. Mai in der Zeit von 14.00 Uhr bis 15.30 Uhr ein Podium



Das Zeichen des Katholikentages 2014 in Regensburg zierte auch die Rückseite des Gebetes des Katholikentages

der GKS statt. Thema: „Auslandseinsätze der Bundeswehr – Brücken für den Frieden in der Welt?“ Um zu zeigen, dass man das gemeinsame Ziel Weltfrieden auf unterschiedliche Art und Weise zu erreichen versucht, werden Vertreter der GKS mit anderen Organisationen, wie pax christi und medico international, mit dem Publikum diskutieren und ihre teilweise strittigen Lösungsansätze vorstellen.

Natürlich findet nicht nur diese Großveranstaltung statt. Alle Veranstaltungen, von der Einzelveranstal-

tung wie das Taizé-Gebet bis zum Großgottesdienst, vom kleinen Workshop bis zur Podiumsdiskussion finden Sie im Internet unter: www.katholikentag.de. Dort können Sie in aller Ruhe blättern und stöbern, um die Veranstaltungen für sich selbst herauszusuchen, die interessant sind. Die Vielfältigkeit des Katholikentages ist enorm.

Die GKS und das Team der GKS für den Katholikentag freut sich auf ihren Besuch am Stand und beim Podium während dieses Zeitraumes. □

(Bertram Bastian)

Salzburger Hochschulwochen 2014

Europa – Entgrenzungen

Die Salzburger Hochschulwochen (SHW), die zum ersten Mal 1931 stattfanden, finden in diesem Jahr vom 28. Juli bis zum 3. August statt. Während dieser Zeit werden fachgebietsübergreifend offene Fragen im Zusammenhang mit der europäischen Idee behandelt. Die Finanzkrise zeigte deutlich, dass in Notsituationen immer wieder nationales Denken emporkommt, welches das europäische Projekt in Frage stellt. Aber was stellt diese Projekt dar? Ist es wirklich auf die Ökonomie geeicht, wie man bei

der Berichterstattung meinen könnte. Was ist mit der europäischen Sicherheitspolitik? Werden nur nationale Interessen in Afrika abgedeckt oder hilft man diesem Kontinent geschlossen und einig?

Europa ist der Kontinent mit imperialer Geschichte. Einzelne Staaten schufen sich Weltreiche, die vergingen. Europa war Schauplatz der größten kriegerischen Auseinandersetzungen im 20. Jahrhundert. Hat man aus diesen Fehlern gelernt? Hat denn Europa mit seiner gemeinsamen

Außenpolitik, die nur auf dem Papier steht, eine weltpolitische Mission? Wie kann Europa seine religionspolitischen Erfahrungen weitergeben, wie den Gedanken der Aufklärung transportieren?



Das offizielle Logo der Salzburger Hochschulwochen 2014

„Die Salzburger Hochschulwoche 2014 bewegt sich von einem historisch besonderen Ort aus in die europäischen Fragräume hinein. Salzburg bildet mit seiner reichen religiösen Geschichte und seiner faszinierenden kulturellen Gegenwart einen europäischen Transferraum. Der Blick geht in die alteuropäische Vergangenheit und führt über nationale

Grenzen hinaus. Entsprechend geht auch die SHW 2014 mit einem Ensemble offener Fragen an europäische Ortsbestimmungen an. Theologie und Religionswissenschaften, Politik und Kulturwissenschaften unternehmen europäische Suchbewegungen.“ Mit diesem Auszug aus der Vorschau auf die diesjährigen Salzburger Hochschulwochen, soll Ihr Interesse ge-

weckt werden, an dieser – von den Benediktinern des gesamtdeutschen Sprachraums gegründeten Einrichtung – teilzunehmen.

Ab Mitte April finden Sie das Programm der Salzburger Hochschulwochen im Internet unter www.salzburger-hochschulwochen.at oder Sie fragen bei der Redaktion nach. □

(Bertram Bastian)

100 Jahre – Ausbruch des Ersten Weltkriegs

Wo der Klatschmohn blüht

In Nordfrankreich und im belgischen Flandern ein Gedenken an die Kriegstoten der beiden Weltkriege

VON CARL-H. PIERK

Flandern zu Ostern 1915. Der kanadische Arzt John McCrae kritzelt nach der Schlacht bei Ypern ein Gedicht in sein Notizbuch, das später im britischen Punch-Magazin veröffentlicht und ungeahnte Wirkung haben wird: „In Flanders Fields, the poppies blow“. Klatschmohn blüht, blutrot, inmitten der Schlachtfelder, da, wo die jungen Soldaten ihr Blut verloren haben. Ringsum Tod, aber eine Blume verheißt Leben. Butrot.

Im September 1914 war der deutsche Vorstoß an der Marne zum Stillstand gekommen, die deutsche Generalität hatte den Traum vom schnellen Sieg über Frankreich begraben müssen. Nur im neutralen Belgien, das von Deutschland völkerrechtswidrig überfallen worden war, ging es noch voran. Bis November waren Antwerpen, Brügge und andere belgische Städte in deutscher Hand. Doch bei Ypern wurde der deutsche Angriff am 3. November gestoppt. Ein langer Stellungskrieg drohte. John McCrae, der Arzt, ist Angehöriger der kanadischen Streitkräfte, die in Flandern an der Seite Großbritanniens kämpfen. Im April 1915 versucht Deutschland die Initiative zurückzugewinnen. Die 4. und 6. Armee sollen bei Ypern den Durchbruch erzwingen. Jedes Mittel ist der deutschen Führung recht. Auch Giftgas.

Am 22. April 1915 greifen die Deutschen zum ersten Mal eine britische Stellung mit Chloringas an,

das der deutsche Chemiker Hans Haber entwickelt hatte. Die Briten sind völlig unvorbereitet. Zehntausend sterben in den Giftgasschwaden. Der entscheidende Durchbruch gelingt den deutschen Truppen dennoch nicht. Als die Ypern-Offensive am 25. Mai 1915 zu Ende geht, sind 35 000 Deutsche gefallen, die alliierten Verluste sind etwa doppelt so hoch. Orte wie Straßen sind völlig zerstört, Bauernhöfe vom Erdboden verschwunden. Die Erde von Flandern ist blutdurchtränkt. Nur eine Pflanze überlebt die Verwüstung und blüht sogar noch auf den Schlachtfeldern und zwischen den unendlichen Reihen schlichter Holz-Kreuze auf: der Klatschmohn, von den Briten Poppies genannt.

Der kanadische Arzt John McCrae verliert bei dem deutschen Angriff seinen besten Freund. Voller Trauer schreibt er sein Gedicht über die Felder von Flandern, wo der Klatschmohn blüht und den Verzweifelten die Hoffnung gibt, dass das Leben dennoch weitergeht. Für Briten und Franzosen ist der „Große Krieg“, der Erste Weltkrieg, noch immer der eigentliche Krieg, der Beginn eines neuen Dreißigjährigen Krieges, wie General de Gaulle 1944 im Londoner Exil sagte. Der 11. November, Armistice Day, wird in Großbritannien noch immer geehrt, indem jeder, der auf sich hält, eine „red poppy“ am Revers trägt, um an die Mohnblu-

men zu erinnern, die auf den blutigen Feldern Flanderns wuchsen.

Der unglückselige Erste Weltkrieg – er hat in einer Landschaft von Wäldern und Tälern, Schlössern, Klöstern und Kathedralen Zeugnisse hinterlassen. Jedes Dorf, jede Stadt, hat eine Geschichte zu erzählen, die in den Schlachtfeldern, den Spitzbögen der Kirchen, in den Rosengärten, ihren Spuren eingegraben hat. Die Türme der gotischen Kathedralen Nordfrankreichs erheben sich wie geistliche Wahrzeichen hoch über die umliegenden Ebenen und Städte. Hier ist die Wiege der gotischen Architektur. Besuchermagnet ist die größte Kathedrale Frankreichs in Amiens, Hauptstadt der Picardie.

Zwei Weltkriege haben indes aus Nordfrankreich, einer an historischen Denkmälern reichen Region, und aus Flandern auch ein Land der toten Soldaten gemacht. Die Schlacht an der Somme – eine der schrecklichsten Schlachten des Ersten Weltkriegs, an der Soldaten aus 35 Ländern beteiligt waren –, begann im Juni 1916. Die Flandernschlacht und die „Westoffensive“ 1917/18 sind die traurigen Höhepunkte dieses Krieges im Westen Europas. Und im Zweiten Weltkrieg kehrte 1940 mit dem Durchbruch zur Kanalküste bei Dünkirchen, der Besatzungszeit sowie den Rückzugskämpfen im Herbst 1944 der Krieg in diese Region zurück.

Poppies – sie zieren auch einige Gräber des deutschen Soldatenfriedhofs aus dem Ersten Weltkrieg im westflandrischen Langemark. Hier ruhen 44 304 Tote. Der belgische Gräberdienst bettete nach dem Krieg deutsche Gefallene auf ein Gelände am nördlichen Ortsausgang von Langemark, unmittelbar an der alten Frontlinie, die noch heute durch drei nicht mehr zugängliche Bunker im Gräberfeld zu erkennen ist. Der mit Eichenbäumen bewachsene Friedhof erhielt den Namen Langemark-Nord oder „Studentenfriedhof“ und ist als Friedhof der Kriegsfreiwilligen von 1914 in die Geschichte eingegangen. Etwa fünfzehn Prozent der Kriegsfreiwilligen waren Studenten und Abiturienten. Gesamte Hörsäle und Abiturklassen – nebst Professoren und Lehrern – meldeten sich wie selbstverständlich zum Kriegsdienst. Doch die überhastet aufgestellten, unzulänglich ausgebildeten und schlecht geführten neuen Einheiten waren auf breiter Front auf die Stellung des abwehrbereiten britischen Expeditionskorps gestoßen und in tagelangen Angriffsversuchen unter schwersten Verlusten gescheitert. In Deutschland wurde der „freiwillige Dienst“ der Kriegsfreiwilligen vor allem nach dem Krieg mit kultischen Zügen versehen und nach 1933 von den Nationalsozialisten zur Einschwörung

auf den kommenden zweiten Krieg propagandistisch ausgebeutet.

Hunderttausende Gefallene ruhen auf den zahlreichen Soldatenfriedhöfen entlang der ehemaligen Frontlinien in Flandern und an der Somme. Jedes Kreuz, jeder Name erinnert an einen Menschen, an ein Schicksal und an unendliches Leid. Und noch immer gibt die Erde Tote frei, beim Bau eines Hauses, bei der Bestellung eines Ackers. Minen aus dem Ersten Weltkrieg machen einige Gegenden noch heute unpassierbar. So trägt die Idylle in dieser von Landwirtschaft geprägten hügeligen Region. Es sind die Soldatenfriedhöfe zahlreicher Nationen, die immer wieder das Bild bestimmen. Wie kaum in einer anderen Gegend Europas. Mahnmale gegen den Krieg und gegen die Zerstörungen, die er anrichtet. Ein deutscher Soldatenfriedhof mitten in einem Getreidefeld, ein Steinwurf weiter ein britischer, französischer oder südafrikanischer. Allein im Kampfgebiet der Somme gibt es 220 Friedhöfe des Ersten Weltkrieges. Bis zum Ende des Krieges haben hier 276 147 Soldaten auf einer Frontlänge von fünfzig Kilometern ihr Leben verloren.

Von herausragender Bedeutung, wenn es um das Gedenken an menschliches Leid im Krieg geht, ist beispielhaft der französische Nationalfriedhof Notre Dame de Lorette im Norden von Arras,

der Hauptstadt des Department Pas-de-Calais. Arras war im Ersten Weltkrieg schwer umkämpft, wurde jedoch von den deutschen Truppen nie eingenommen, dafür durch Artillerie schwer zerstört. Auf dem dreizehn Hektar großen französischen Nationalfriedhof Notre Dame de Lorette ruhen 39 979 Gefallene des Ersten Weltkrieges, davon 19 998 französische unbekannte Kriegstote in acht Ossarien (Gebeinhäusern), 19 981 Gefallene ruhen in Einzelgräbern, darunter 64 russische, ein belgischer und ein rumänischer Kriegstoter. Auch sechs Tote des Zweiten Weltkrieges haben hier ihr Grab. Im Zentrum des größten französischen Soldatenfriedhofs, vor einem Leuchtturm, befindet sich, im Boden eingelassen, die „Flamme du Souvenir“ (Erinnerungsfeuer), die jeden Sonntag (Palmsonntag bis 11. November), um 11.45 Uhr, entfacht wird. In einer Reihe der Soldatengräber befindet sich ein besonderes Grab: Hier ruht der im Ersten Weltkrieg gefallene Vater gemeinsam mit seinem im Zweiten Weltkrieg ums Leben gekommenen Sohn. Mort pour la France – Gefallen für Frankreich.

Die Ereignisse von damals sind nicht vergessen. Aber sie trennen die einstigen Gegner nicht mehr. Gemeinsam geht man heute über die Soldatenfriedhöfe, die Orte des Gedenkens und der Versöhnung sind. □

Zeitgeschichte

Das Pontifikat Pius XII (Teil 1)

VON PHILIPP WEBER¹

Philipp Weber hat über den Staatssekretär Eugenio Pacelli seine Bachelor-Arbeit geschrieben. Auszüge daraus wurden im AUFTRAG 287 und 288 abgedruckt. Das Interview mit Pater Professor Dr. Peter Gumpel (SJ), Relator des Seligsprechungsprozesses von Pius XII., finden Sie im AUFTRAG 289. Den zweiten Teil über die Kriegsjahre und die Schlussfolgerungen werden im AUFTRAG 294 erscheinen.

Die Friedensordnung Papst Pius XII.

Das Friedensprogramm Pius XII. beginnt nicht erst mit seinem

Pontifikat. Bereits in seinen frühen Jahren als Mitarbeiter des Staatssekretariats und später als Apostolischer Nuntius wurde er mit verschiedenen diplomatischen Friedensmissionen von den Päpsten beauftragt. Nachweislich sind seine Bemühungen aus dem Blickwinkel der Diplomatie gleichbleibend neutral geblieben.

Das heißt, dass er für keine Seite Partei ergriffen hat, sondern den päpstlichen Auftrag der Friedenswiederherstellung versuchte umzusetzen (vgl. Neitzel, 2008).² Nur einen Tag nach

¹ Oberleutnant Philipp Weber hat an der Universität der Bundeswehr in Neuburg studiert und über das Pontifikat Pius XII. seine Master-Arbeit verfasst, die er hier in gekürzter Weise wiedergibt

² An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass sich der Vatikan in keinem Kriegszustand befand. Der Heilige Stuhl versuchte beim Ausbruch des

seiner Wahl zum Papst, 1939, drückte den Wunsch zum Weltfrieden sofort in einer Radiobotschaft aus (Pius XII., 1939). Im Folgenden soll nun auf die Theorie Pius XII. zum Weltfrieden eingegangen werden.

Papst Pius XII. bezeichnet den Frieden als einen Weg der Einheit. Er bezieht diese Einheit dabei auf eine Interaktion zwischen dem Menschen und der Kirche und macht dies zunächst unabhängig von einer Ethnie oder der Zugehörigkeit zu einer Minderheit (Schmidthüs, 1957, S. 7 f.). Dies bedeutet vor dem Hintergrund der theologischen Lehre, dass der Frieden untereinander, auf zwischenmenschlicher aber auch zwischenstaatlicher Ebene, als Ziel und Auftrag der Kirche verstanden wird. Hier klingt die Botschaft an, welche die Kirchenlehrer und die biblische Überlieferung zum Frieden postuliert haben. Der Frieden kann dabei als eine Pax dei verstanden werden, also eine Form des Friedens, welcher einer göttlichen Stiftung oder eines Lebens im Glauben oder einer Weltanschauung bedarf. Um einen solchen Frieden im Alltag zu erzielen, ist es gemäß Pius notwendig, sich mit dieser Absicht sittlich an das Recht der Völker zu binden. Er gibt gleichzeitig die Empfehlung, eine Völkergemeinschaft der Staaten zu gründen, welche ein für die Mitglieder verbindlich geltendes Recht ratifiziert. Dies soll die Grundlage einer gegenseitigen Achtung und auch Wertschätzung füreinander schaffen. Trotzdem soll durch eine solche Staatengemeinschaft die staatliche Souveränität nicht beschnitten werden, und die Autonomie jedes einzelnen Mitglieds soll gewahrt bleiben. Eine solche Ordnung muss dabei in Selbstverpflichtung anerkannt werden und in der Einsicht, dass diese notwendig ist. Desweiteren muss sie bereits in den Familien als Keimzelle der Gesellschaft beginnen. Weiterhin führt Pius XII. zu dieser Idee aus, dass ein katholischer Christ solche Ziele und Ideale nach besten Fähigkeiten unter-

stützen muss (Schmidthüs, 1957, S. 9 ff.). Die Ausführungen des Papstes spiegeln hier die Fortsetzung sowohl der weltlichen als auch der theologischen Friedenslehre wieder: Die Erkenntnis, dass ein innerer und äußerer Frieden notwendig ist, wie ihn beispielsweise Kant postuliert hat. Er greift hier aber auch die Strömungen der Friedenspädagogik Foersters auf, indem er die Erkenntnis der Notwendigkeit und des Darauf-hin-lebens andeutet.

In seinen weiteren Überlegungen greift der Papst die Entwicklung der Menschheit und die Erkenntnisse der Weltgeschichte auf, welche es gerade im Zeitalter des technischen Fortschritts und der zunehmenden Vernetzung der Welt notwendig machten, eine internationale Friedensordnung zu schaffen (Schmidthüs, 1957, S. 13 f.). Er merkt an, dass gerade die Vielfalt von Kulturen zu einer Einheit der Vielfalt führen könne, welche aus dem Selbstverständnis von gegenseitiger Achtung und Wertschätzung getragen sei. Aus der theologischen Sicht dürfe daher diese Selbstverpflichtung zur Einheit nicht aus einem auferlegten Zwang entstehen, sondern müsse der Erkenntnis der göttlichen Wahrheit geschuldet sein (Schmidthüs, 1957, S. 16 f.). Dabei entstehende Opfer, welche durch Probleme in der Praxis entstehen würden, müssten mit Verständnis in Kauf genommen werden, um so einem höheren Ideal zu dienen. Andernfalls würde das Friedensideal recht schnell in der Praxis scheitern. Jedoch fordert er im Bezug auf die Umsetzung des Friedens in der Einheit keinen mechanischen Zwang zu einer Homogenität, also einer absoluten Vereinheitlichung in der Einheit, da dadurch die Freiheit des einzelnen Menschen bereits im Keim erstickt würde (Schmidthüs, 1957, S. 18 f.). Pius XII. greift hier den Grundsatz der Vielfalt in der Einheit und partiell bereits den Kernsatz der nichtintegrierenden Integration auf. Er stellt in Aussicht, dass eine pluralistische Gesellschaft auf der Basis eines Grundkonsenses von Werten der Schlüssel zu einer allumfassenden Friedensordnung ist. Es wird deutlich, dass er sich den Schwierigkeiten der Umsetzung von der Theorie in die Praxis bewusst ist, schließt

aber nicht aus, dass diese partiell und schrittweise durchaus erfolgen kann.

Dennoch wird in den Ausführungen festgestellt, dass der Kommunismus als System nicht zu einer solchen Friedensordnung beitragen könne.³ Papst Pius führt dies auf die Entmündigung und Entfremdung der unterdrückten Völker des Ostblocks zurück, wodurch deren Identität verlorengehe. Er forderte und hoffte daher, dass diese Völker ihren Selbstwert wieder finden würden (Schmidthüs, 1957, S. 20 f.).

Aufgrund solcher Erkenntnisse und vor den Geschehnissen der Weltgeschichte stellte Pius XII. zwei Forderungen auf, welche er als notwendige Grundlage für die Achtung der Völker untereinander erachtete:

- 1. Es darf keine Verachtung für ein Volk geben, weil es in einem Bereich Misserfolge oder schlechtere Leistungen als ein anderes verzeichnet.
- 2. Es muss eine Achtung und ein Respekt für die Leistungen und Erfolge eines Volkes gewährleistet sein. Diese Form der Anerkennung dürfe nicht durch Neid gegenüber solchen Erfolgen getrübt sein.

Der Papst trifft die Aussage, dass die Friedensordnung aufgrund dieser Erkenntnisse und im Hinblick auf die Familie als Keimzelle der Gesellschaft auf einem umfassenden Gerechtigkeitsgedanken aufbauen muss, welcher sich ebenfalls im Bereich der sozialen Gerechtigkeit wiederfinden lassen müsse. Dabei sei es erforderlich, dass diese Form der sozialen Gerechtigkeit frei von Selbstsucht und dem Streben nach Profit ist.

Zudem spricht Pius XII. im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit vom Wirtschaftsleben, welches er im Grundansatz dem sozialen Leben gleichsetzt, da dieses in Freiheit dem Ziel der Gerechtigkeit für je-

3 Der Eindruck scheint aus den Erfahrungen Pius XII. mit dem Kommunismus zu stammen. In diesem Zusammenhang dürfen die Verfolgungen der Priester und Christen im Einflussgebiet der UdSSR zu deren Beginn nicht vergessen werden. Nicht zuletzt auch deswegen, da der Kommunismus gewaltsam seine Doktrin verbreitet hat und dabei andere weltanschauliche Systeme verfolgte, unterdrückte oder gar vernichtete.

Ersten Weltkrieg und später bei den Friedensverhandlungen als neutraler Vermittler zwischen den verfeindeten Fraktionen aufzutreten, um so als neutraler Unterhändler einen möglichst für beide Seiten akzeptablen und gerechten Frieden herzustellen

den Menschen dienen solle und nicht der Erweiterung der Machtbefugnisse (Schmidthüs, 1957, S. 24). Frieden müsse daher aus Liebe zur Gerechtigkeit, der christlichen Nächstenliebe, dem rechten Verständnis von Sittlichkeit und einem offenen Herzen für die genannten Werte erwachsen (Schmidthüs, 1957, S. 29). Weiterhin führt Pius aus, dass sich sowohl in den genannten Voraussetzungen als auch in der Ausrichtung des Lebens auf diese Werte eine Sittlichkeit widerspiegeln müsse, durch welche es überhaupt ermöglicht werde die Freiheit in der Freiheit zu finden. Erst aus dieser inneren geistigen Haltung könne sich das Antlitz der Erde erneuern (Schmidthüs, 1957, S. 33 f.).⁴ Folglich ist der Mensch zur Suche nach der sittlichen Gerechtigkeit wie auch zur Suche nach dem Guten in der Welt aufgefordert. Daraus leitet Pius XII. ab, dass der nach dem Guten suchende Mensch das Böse überwinden müsse. Dazu ist der Mensch angehalten, stets von neuem gegen die eigene Selbstsucht vorzugehen und sich an der göttlichen Ordnung zu orientieren, wodurch im Umkehrschluss eine Bestärkung des Menschen zu Liebe und Gerechtigkeit erfolgen soll (Schmidthüs, 1957, S. 36). Der Papst spielt dabei erneut auf die Reinheit des gerechten Friedens an. Als Vergleich hierzu könnten erneut Foersters idealisierte Theorie oder die Heroen des Friedens herangezogen werden. Die Friedensord-

nung zeigt an dieser Stelle auf, dass sie über Blockkonflikten und polarisierenden Weltanschauungen steht und keinen politisch-militärischen Frieden meint.

Im Gegensatz zur göttlichen Ordnung merkt der Papst an, dass das vermeintliche Heil der Welt seinerzeit in Ideologien gesucht werde, welche auf den Ersatz oder gar die Abschaffung von Religionen abziele. Diese absolute Laizisierung der Gesellschaft führe dazu, dass Religion als altertümlich aufgefasst werde, und der Versuch im Raum stehe, diese zu diskreditieren. Solche Ideologien hätten daher das Eigenverständnis, allein das Schicksal der Welt zu bestimmen. Pius XII. hält dieser Auffassung entgegen, dass mit größerer Macht und mehr Einfluss des Einzelnen auch die sittliche Verantwortung vor etwas Höherem umso stärker sei.⁵

Aufgrund der sich wirtschaftlich, technisch und sozial weiterentwickelnden Welt stellte Papst Pius klar, dass es in seiner Kritik nicht darum gehe, den Fortschritt aufzuhalten. Er ermutige sogar dazu, da im theologischen Verständnis der Fortschritt als eine Form der Harmonisierung des Menschen mit der göttlichen Schöpfung verstanden wird, welche der Mensch durch den Fortschritt immer mehr erkundet. Dennoch führt er weiter aus, dass mit den Neuentwicklungen und Erkenntnissen in allen Bereichen des Lebens auch die Verantwortung für die Schöpfung zunehmen müsse. Durch diese Verantwortung müsse sich daher eine Harmonie in der geistigen Haltung zum Frieden ableiten (Schmidthüs, 1957, S. 47). Würde diese geistige Weiterentwicklung der Verantwortungsübernahme ausbleiben, so führt der Papst aus, würden die Bedürfnisse der im

Menschen verankerten Natur wie Familie, Eigentum, Beruf, Gemeinschaft und Staat zerstört werden (Schmidthüs, 1957, S. 50). Im Hinblick auf den bereits erwähnten Laizismus stellt der Papst fest, dass dieser scheitern wird, da gerade durch den normstiftenden Charakter der Religion, erst hierdurch in einer Gesellschaft ein Gedanke der Verantwortung vor einer höheren Instanz oder auch eine Verantwortung vor Gott entstehen kann. Folglich wäre die Verbannung der Religion und die völlige Ideologisierung der Gesellschaft mit einer Entpersönlichung des Einzelnen gleichzusetzen (Schmidthüs, 1957, S. 62 ff.). Aus dieser Erkenntnis heraus können Freiheit, Ordnung und Frieden vor allem durch eine Befreiung des Geistes vom Materialismus erreicht werden. An Stelle dieser materiellen Werte müsse eine Besinnung auf die sozialen, philosophischen, gesellschaftlichen und staatlichen Werte erfolgen, welche aus dem Verständnis der Schöpfungsordnung resultieren (Schmidthüs, 1957, S. 69). Der Materialismus sei daher kein geeignetes Mittel, um einen gerechten Frieden zu erreichen (Schmidthüs, 1957, S. 75).

Neben den sozialen Aspekten in einer Welt- und Friedensordnung, geht Pius XII. auch auf die Einheit der gesamten Welt ein. Dabei erkennt er die damaligen beiden Blöcke (West- und Ostblock) nicht gleichwertig an.⁶ Jedoch wird gleichzeitig der Westen, also der Kapitalismus, für seinen Materialismus kritisiert. Dennoch müsse dieser, trotz Kritik, seine Pflicht wahrnehmen und materiell bedürftigen Völkern helfen und diesen wahre Werte vermitteln, ohne dabei eine Abhängigkeit in Form von Satellitenstaaten (vgl. UdSSR) zu entwickeln (Schmidthüs, 1957, S. 78). Unter Annahme dieser Aufforderung müsste gleichzeitig die freie Welt zu den postulierten Werten zurückkehren, da hier deren Aufgabe als Vorbildfunktion gefordert wäre.

Der Kommunismus hingegen nutze seinen Einfluss, um im Ostblock und darüber hinaus auf die ganze

4 Unter dem Ausdruck der Erneuerung des Antlitz der Erde kann ein theologischer Querverweis zu einem Versikel der Pfingstsequenz verstanden werden. Dieser sagt aus, dass durch die Aussendung des Heiligen Geistes das Angesicht der Erde erneuert werde. Der Vers entspricht dem christlichen Verständnis, dass der Dreifaltige Gott zu jeder Zeit durch den Heiligen Geist (die dritte göttliche Person) in der Kirche und der Welt wirkt. Dementsprechend kann ein wahrer und gerechter Friede (vgl. Pax dei) nur durch das Wirken des Heiligen Geistes in der Welt entstehen, beziehungsweise kann dieser nach dem christlichen Verständnis nur durch diesen gestiftet werden. Die dabei erwähnte innere geistige Haltung bedeutet also, dass der nach Gerechtigkeit und Frieden suchende Mensch als Konsequenz aus dieser Suche Gott finden wird und mit dessen Hilfe wiederum Frieden und Gerechtigkeit erlangen und zu selbigen in der Welt beitragen kann.

5 Der Hinweis auf Ideologien und Abschaffung der Religionen kann an dieser Stelle eine indirekte Kritik an den Blockkonflikten sein. Durch beide Extreme des Kapitalismus und Kommunismus entstanden in den Blockkonflikten zwei durchaus religionsfeindliche Strömungen, welche im Hinblick auf Pius XII. Argument zur Abschaffung der Religion als Ziel zwar nicht offen postulierten, dieses dennoch vehement unterstützten. Zudem setzte im Kommunismus durchaus eine Verfolgung der Kirche ein, und die sich auf Marx berufende Theorie stellte durchaus Religion als gestrig da (vgl. Opium fürs Volk).

6 Diese Anerkennung ist in der Erkenntnis über das Vorgehen der UdSSR gegen die Kirchen im gesamten Ostblock verankert, da diese massiv unterdrückt worden sind.

Welt abzielend, mit Hilfe aller gesellschaftlichen Gruppen seinen Machtanspruch zu festigen. Die Nutzung der Fähigkeiten der verschiedenen Gruppierungen stellt dabei gleichzeitig eine Ausnutzung des Bürgers und dessen Individualität da (Schmidthüs, 1957, S. 79 ff.). Der sich daraus ergebende Begriff Kalter Krieg und Kalter Friede [sic!] sei somit nur die Abwesenheit von Krieg aus Furcht vor dessen Ausmaß (durch fortschrittliche Waffentechnik). Ein wirklicher Friede könne nur aus Liebe zur göttlichen Wahrheit möglich sein, da ein solcher zunächst im Herzen und dem Geist des Menschen entstehen müsse. Aus dieser Forderung postuliert Pius XII. einen minimalen Kernsatz als Voraussetzung zur Erlangung eines wirklichen Friedens. Er postuliert, dass nur durch die Liebe des Menschen zur Freiheit in jeder Gesellschaftsform durch Bejahung von allgemeinen und verbindlichen Rechtsgrundsätzen, Frieden erreicht werden könne (Schmidthüs, 1957, S. 81 ff.). Aufgrund dieser Ausführungen und den sich damals gegenüberstehenden Ideologien solidarisiert sich Pius XII. mit den im Osten unterdrückten Menschen und fordert jeden Staatsmann dazu auf, seine Stimme für jeden der ungerecht behandelt wird, zu erheben (Schmidthüs, 1957, S. 84 f.).

Im Hinblick auf die Konfliktlösung solcher Systemauseinandersetzungen führt der Papst aus, dass Krieg kein legitimes Mittel staatlicher Organe sei und dies im Kontext entgegen der historischen Meinung stehe. Der Mensch müsse vor diesem Hintergrund viel mehr die Möglichkeit ergreifen, die Wahrheit zu erkennen und Konflikte friedlich beilegen (Schmidthüs, 1957, S. 100 f.). Als Folge und zur Unterstützung bei diesen Friedensbemühungen sei es somit erforderlich, einen Völkerbund zu initiieren, welcher den Mitgliedsstaaten gleiche Rechte ohne Einbußen in deren Souveränität zusichert. Dadurch werde ein ehrenhafter Frieden möglich (Schmidthüs, 1957, S. 103 f.), welcher durch Bezugnahme auf die Vernunft des Naturrechts und des Vernunftmenschen ermöglicht und trägt, da in beiden ein positives Recht des Friedens verwurzelt ist (Schmidthüs, 1957, S. 104 ff.).

Dabei sei zudem die Religionsfreiheit ein elementares Grundrecht für eine friedliche Koexistenz von Gesellschaft und auch Staaten (Schmidthüs, 1957, S. 117). Durch diese Annahmen wird eine friedliche staatliche und innergesellschaftliche Koexistenz gesichert, welche auf Toleranz und sittlichen Werten basieren, die an die Lehre der katholischen Kirche und das Naturrecht anknüpfen. In den Darlegungen Pius XII. wird dabei immer wieder auf Toleranz, Sittlichkeit und Liebe zur Wahrheit verwiesen. Diese Werte beruhen auf den philosophischen und theologischen Werten des Christentums und zeigen ebenso wie die Friedensethik und -pädagogik eine konsequente Entwicklung über die Jahrhunderte auf. Somit kann Pius Zustimmung zum Fortschritt und als Zustimmung zur geistigen Weiterentwicklung solcher gewachsenen und sich stetig weiterentwickelnden Werte verstanden werden.

Er stellt zwei Postulate im Hinblick auf die Toleranz im Frieden und der friedlichen Koexistenz auf, ohne welche dieser Friede nicht möglich ist.

- Was nicht der Wahrheit und dem Sittengesetz entspricht, hat objektiv kein Recht auf Dasein, Propaganda und Aktion.
- Nicht durch staatliche Gesetze und Zwangsmaßnahmen einzugreifen, kann trotzdem im Interesse eines höheren und umfassenderen Guten gerechtfertigt sein. (Schmidthüs, 1957, S. 120)

Vor diesen Hintergrund stellt Pius denn auch die zuvor genannten Kritiken der Blockkonflikte und jegliche negative Entwicklung in der Welt.

Zum Weltfrieden führt der Papst aus, dass die europäische Einigung ein unterstützender Prozess dazu darstellt und der Wille dazu aus dem Inneren der Gesellschaft kommen müsse (Schmidthüs, 1957, S. 122 ff.). Daraus resultiert dann auch eine Verantwortungsübernahme der Gesellschaften füreinander, da diese sich bei dem Ziel eines Weltfriedens untereinander unterstützen sollen. Im Hinblick auf diese Einigung Europas spricht Pius XII. ebenfalls die Frage nach einer Kollektivschuld an, da durch beide Weltkriege diese Frage aufgeworfen wurde. Er schließt dabei eine Kol-

lektivschuld aus, jedoch kein Kollektivschicksal (Schmidthüs, 1957, S. 133 f.). Darunter ist im Fall eines kollektiven Schicksals die Möglichkeit zu verstehen, dass es einzelnen Personen möglich sein kann (sowohl positiv als auch negativ), durch ihre Entscheidung das Wohl eines ganzen Volkes zu lenken. Als Negativbeispiel wäre hier der Nationalsozialismus mit seinem Führerprinzip zu nennen. Dennoch resultiert aus diesem Umstand keine kollektive Schuld eines ganzen Volkes.

Vor dem historischen Hintergrund des zwanzigsten Jahrhunderts resultiert die europäische Einigung, verbunden mit dem Wunsch nach Frieden und Freiheit aus den historischen Ereignissen. Dennoch darf gemäß dem Papst Frieden und Freiheit dabei nicht als Zügellosigkeit auf staatlicher, gesellschaftlicher oder individueller Ebene verstanden werden. Die Werte und die menschlichen Sehnsüchte müssen dem bewussten Respekt des Anderen sowie der Achtung dessen Würde und Freiheit im Hinblick auf das Gemeinwohl geschuldet sein (Schmidthüs, 1957, S. 135). Zudem hätten gerade die europäischen Nationen gegenüber den afrikanischen die Verpflichtung, gemäß dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe, diese bei der Erlangung der Souveränität zu unterstützen, ihnen ihre Verantwortung bewusst zu machen und auch materiell sowie beratend Unterstützung zu leisten (Schmidthüs, 1957, S. 139). Papst Pius forciert damit keinen Kolonialismus, sondern greift viel mehr den Foerster'schen Gedanken der Verantwortung für ehemalige Kolonien auf.

Aufgrund der Vielseitigkeit der katholischen Kirche bindet sich diese dabei an keine bestimmte Kultur. Jedoch ist die Katholische Kirche bereit, mit anderen Kulturen und Nationen in Aktion zu treten und sich mit diesen zu verbinden, um so christliche Lehren in Kultur und Gesellschaft zu verbreiten (Schmidthüs, 1957, S. 143). Durch eine solche christianisierende Kultivierung erscheint es aus der kirchlichen Perspektive am wahrscheinlichsten, einen gerechten Frieden in der Welt zu etablieren. Diese These basiert auf dem Selbstverständnis der Kirche, und sie wird aus dem

Sendungsauftrag der Kirche abgeleitet.⁷ Daher ist aus kirchlicher Sicht Frieden kein bloßes Mittel, sondern eine tiefe innere Haltung, welche im Fall eines Konflikts beide Konfliktparteien verinnerlicht haben müssen, damit sie so ihren Willen und die Bereitschaft zu Frieden ohne vorherigen Krieg zeigen können (Schmidthüs, 1957, S. 149 f.). Dadurch wird die Möglichkeit des Angriffskrieges als Kriegsart geächtet und als Folge aus den Erkenntnissen der vergangenen kriegesischen Auseinandersetzungen führt Pius XII. aus, sei es notwendig, auch die verlierende Kriegspartei in eine überstaatliche Friedensorganisation zu integrieren (Schmidthüs, 1957, S. 151 ff.). Der Papst ist sich trotz des Friedens als höchstes Ideal dennoch bewusst, dass es durchaus möglich sein kann, dass Konflikte kriegesisch ausgetragen werden müssen. Gerade für diese Extremsituation fordert er daher um so mehr, dass im Kriegsfall der menschlich angeborene Gerechtigkeitsinn [sic!] über jeglichem Befehl stehen müsse. Daher sei ein gültiges und verpflichtendes Kriegerrecht notwendig, um Massensterben, Vergewaltigungen, Verfolgung und Tötung von Minderheiten oder Benachteiligten, Plünderungen und alle anderen Formen von Gräueltaten und Kriegsverbrechen zu verhindern (Schmidthüs, 1957, S. 154).

Vor dem Hintergrund der historischen und gesellschaftlichen Realität stellt Pius XII. eine sehr eng begrenzte Duldung eines Krieges dar. Er beschreibt ihn als großes Unrecht und Ungerechtigkeit (beispielsweise einen unverschuldeten Angriff auf den eigenen Staat), aber als eine duldbare Ungerechtigkeit, stellt dabei aber auch klar, dass ein zu Unrecht Angegriffener das Recht hat, sich zu verteidigen, was ebenso in militärische Bündnisse münden kann (Schmidthüs, 1957, S. 157 ff.). Dennoch müsse es eine allumfassende Rüstungskontrolle geben, um so den Willen zum Frieden unter Beweis zu stellen (Schmidthüs, 1957, S. 162). In

diesem Zusammenhang ächtet Pius XII. ABC-Waffen, spricht sich aber dennoch für eine positive Nutzung solcher Techniken aus (Schmidthüs, 1957, S. 167).⁸ Der Papst schließt jedoch trotz Rüstungskontrolle und dem unbedingten Willen zum Frieden einen Frieden um jeden Preis aus, da diese extreme und auch teils gefährliche Form des Pazifismus eine Diktatur und Ungerechtigkeit in Kauf nimmt (Albrecht, 1976, S. 118).

Anhand der vielschichtigen Ausführungen Pius XII. zum Frieden in sowohl theoretischer als auch praktischer Form ist erkennbar, dass er sich einerseits der hohen Idealstellung des Friedens aus theologischer und philosophischer Sicht bewusst war, gleichzeitig aber auch Minimalanforderungen für einen gerechten Frieden vorgeben konnte. Die Kritik, welche auch schon Foerster entgegengebracht wurde, seine Theorie sei zu idealistisch, könne daher auch auf Pius XII. Theorie angewendet werden. Dennoch darf dabei nicht vergessen werden, dass er nach der theoretischen Darlegung des Friedensideals auch die Normierung des Kriegs in Form von Kriegerrecht fordert. Dieses Postulat zeigt den Realismus des Papstes ebenso wie die Tatsache, dass er soziale und globale Ungerechtigkeiten als Basis für Konflikte aufzeigt. Pius Hinweis, dass jeder Mensch, jede Gesellschaft und jeder Staat eine Verantwortung nach innen und außen hin haben, spiegelt denselben christlichen Humanismus wieder, welcher beispielsweise in der Präambel und den Artikeln des Grundgesetzes zu finden ist. Die Feststellungen des Papstes entsprechen zwar in manchen Punkten dem Zeitgeist der 1940er und -50er Jahre, zeigen aber gleichzeitig die Auseinandersetzung mit den Problemen dieser Zeit deutlich auf. Auch seine Hinweise auf die Aufgaben der europäischen Nationen in einer Gemeinschaft, deren Verantwortung für andere Staaten oder für Afrika,

spiegelt wenn auch in einer nicht mehr ganz zeitgemäßen Nomenklatur das Verantwortungsbewusstsein der Staaten aus deren historischer Verwurzelung heraus. Die Idealisierung des Friedens und die Querverweise zur katholischen Lehre sind dabei aus dem Selbstverständnis der Person Pius XII. als Papst und somit als Oberhaupt der Kirche zu verstehen. Dennoch geht aus keinen seiner Ausführungen eine Feindlichkeit oder Abneigung gegenüber einer anderen Religion hervor. Auch die teils allgemeingehaltenen Verweise auf die göttliche Schöpfungsordnung können als eine grundlegende Toleranz gegenüber anderen Religionen oder philosophischen Strömungen verstanden werden. Verständlicherweise dürfen diese Ausführungen nicht überbewertet werden, da seit dem Tod Pius XII., 1958, noch vier Jahre bis zur Eröffnung des II. Vatikanischen Konzils vergingen und erst auf diesem Räte für den ökumenischen und interreligiösen Dialog geschaffen wurden. Dennoch zeigen diese Aussagen eine vorhandene Toleranz gegenüber Anderen auf. Zudem betont er diese Toleranz gegenüber der Andersartigkeit, was der Theorie des Friedens entspricht.

Zusammenfassend kann die Friedenstheorie Pius XII. als theoretische und praktische Handreichung verstanden werden, welche der damaligen Zeit vollkommen entsprach, ihr teilweise in den gedanklichen Konstrukten voraus war und an nicht an Aktualität verloren hat.

Die Theologie Pius XII.

Im Folgenden soll ein kurzer Abriss über die Theologie Pius XII. gegeben werden. Dabei soll sich in erster Linie auf die Theologie bezogen werden, welche das Thema Frieden erfasst. Es soll allerdings auch kurz die allgemeine Theologie des Papstes dargestellt werden, da diese durch die mediale Wahrnehmung meist nicht bekannt ist. Insgesamt veröffentlichte Papst Pius XII. 40 Enzykliken, von denen sich 14 mit Frieden oder der Verurteilung von Krieg und Verfolgung befassen. Bekannte Enzykliken sind *Summi pontificatus* (Pius XII., 1939), *Mystici corporis* (Pius XII., 1943), *Divino afflante*

⁷ Der Sendungsauftrag der Kirche leitet sich aus dem Markusevangelium Kapitel 16 Vers 15. Darin werden die Jünger beauftragt, in alle Welt hinauszugehen und das Evangelium, somit auch die Lehre, zu verkünden

⁸ Als positive Nutzung ist eine Nutzung der atomaren Technik zur Energiegewinnung oder die Entwicklung von Pestiziden zur Schädlingsbekämpfung zu verstehen. Solche Techniken sollen nach dem Verständnis Pius XII. zum Nutzen für und nicht gegen sie eingesetzt werden

spiritu (Pius XII., 1943), *Mediator dei* (Pius XII., 1947) und *Miranda prorsus* (Pius XII., 1957).

In *Summi pontificatus* bezog sich Pius XII. im Oktober 1939 auf die Unterdrückung von Völkern. Er bezieht sich auf die Sittlichkeit der Weltordnung und ächtete totalitäre Staaten und Diktaturen, welche andere Länder angriffen. Auch prangerte er Verstöße gegen das Naturrecht an und gegen die Sittlichkeit des Zusammenlebens in Staat, Gesellschaft und mit anderen Völkern.

Die Enzyklika *Mystici corporis* stellt einen wichtigen Schritt in der Theologie dar, da in dieser die Katholische Kirche als der mystische Leib Christi verstanden wird. Diese Aussage wird später im II. Vatikanischen Konzil in der dogmatischen Konstitution *Lumen Gentium* bestätigt (Paul VI., 1961, Satz 7).

Divino afflante spiritu gibt eine Handlungsanweisung zur christlichen Bibelforschung. Dabei wird eingeräumt, dass historische oder naturwissenschaftliche Ungenauigkeiten vorkommen können. Dennoch legt Pius XII. deutlich dar, dass die Verkündigung des Evangeliums und die Botschaft der Bibel nicht nur auf empirischer Exaktheit und Fakten beruhen, sondern auf die Lehre der göttlichen Wahrheit abzielen und sich die Exegesen daran orientieren und der Bedeutung des geschriebenen Wortes in diesem Zusammenhang eine besondere Beachtung schenken sollten.

In *Mediator dei* geht der Pceillpapst auf die Liturgie der Kirche ein. Dabei würdigt und erkennt er die liturgische Bewegung an, stellt jedoch klar, dass die Autorität des Priesters dabei nicht eingeschränkt werden darf.⁹

Die Enzyklika *Miranda prorsus* wird allgemein als Medienenzyklika verstanden, da sich der Papst hierin

auf die Möglichkeiten der Medien zur Verbreitung des Glaubens bezieht. Er spricht dabei die Fortschrittlichkeit der Zeit und die positiven Nutzungsmöglichkeiten der Medien an.

Als eine der wichtigsten theologischen Lehren wird das Dogma der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel angesehen, welches in *Munificentissimus Deus* am 01. November 1950 verkündet wurde. Dieses Dogma ist seit dem I. Vatikanum bis heute das einzige, welches unter Berufung auf die päpstliche Unfehlbarkeit in Lehrfragen der Katholischen Kirche verkündet worden ist (Pius XII., 1950).

Weiterhin ist als Resultat der Theologie Pius XII. anzumerken, dass dadurch bereits 1955 eine Änderung der Karwochenliturgie stattfand. Neben der Änderung der Beschriftungen der großen Fürbitten in der Liturgie, wurde die Fürbitte für das Judentum in „Für die Bekehrung der Juden“ umbenannt. Zuvor wurde in dieser Fürbitte für die treulosen Juden gebetet, was über die Jahrhunderte seit 1570 kaum eine Veränderung erfahren hat. Ebenso wurde bei dieser Fürbitte weder eine Kniebeuge gemacht oder vom Volk mit Amen geantwortet (Cicognani, 1955).

Die 14 Enzykliken, welche den Frieden betreffen bezogen sich auf aktuelle weltpolitische Geschehen. So wurde beispielsweise 1939 der Umgang und die Unterdrückung des polnischen Volkes kritisiert, zu einem späteren Zeitpunkt die Unterdrückung der Ungarn in den 1950er Jahren und die Verfolgung der Kirchen der Orthodoxie in den Gebieten der UdSSR und deren Satellitenstaaten. In diesen Enzykliken wurden soziale, politische und Ungerechtigkeiten aller Art angesprochen (Vatikan, 2013). Unter anderem erhob Papst Pius XII. seine Stimme für ein Einlenken in Konflikten, beispielsweise in Palästina oder anderen Regionen der Welt. Die Sprache dabei war immer deutlich. Aufgrund der zeitlichen Nähe zu den Ereignissen kannte der Hörer dieser päpstlichen Botschaften trotz nicht genauer Nennung der Konfliktpartner, den Adressaten von Ungerechtigkeiten und die Namen der Verfolgten; es wusste so jeder, wer im Fall der jeweiligen Enzyklika angesprochen war.

Ein Beispiel ist neben den Enzykliken die Weihnachtsansprache Pius XII. von 1942; in dieser äußerte er sich zu Verfolgung und Tötung von Unschuldigen:

„[...] Hunderttausenden, die persönlich schuldlos, bisweilen nur um ihrer Volkszugehörigkeit oder Abstammung willen dem Tod geweiht oder einer fortschreitenden Verelendung preisgegeben sind. [...]“ (Blet, 2000, S. 292)

Vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs, der Kenntnis von Völkermord, Judenverfolgung, Euthanasieprogrammen¹⁰ und diverser Verbrechen gegen das Völkerrecht und des in Deutschland praktizierten Antisemitismus, war jedem Hörer dieser Nachricht klar, wer die Schuldigen und Verursacher solcher Sittenwidrigkeiten waren. Auch brachten diese Nachrichten eine offene Feindschaft zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich hervor. Letzteres protestierte in ungehaltener Form gegen diese Radiobotschaft.

Auch im Bereich der Ökumene unternahm Papst Pius XII. verschiedene Versuche der Annäherung. Hier öffnete er sich besonders den Kirchen der Orthodoxie und den mit Rom unierten Teilkirchen, wie etwa der Melkitischen Griechisch-katholischen Kirche. Höhepunkt bildete hier im Heiligen Jahr 1950 ein Gottesdienst im byzantinischen Ritus an Berninis Baldachinaltar. Am 26. November 1950 zelebrierte der Melkitische Patriarch Maximos IV. Sayegh zusammen mit anderen Patriarchen der orientalischen Kirchen ein Pontifikalamt im Beisein Papst Pius XII. (Dahm, 1952, S. 85). Auch wendete sich der Papst in verschiedenen Schreiben an die Kirchen des Orients und drückte diesen seine Wertschätzung aus. In einem Schreiben vom 09. April 1944 bezeichnet Pius XII. den heiligen Kyrill als einen Verteidiger des Glaubens, welcher für die Wahrheit der christlichen Lehre eingetreten ist

⁹ In diesem Zusammenhang muss auf die damals gültige Form der Messe (heute tridentinische Messe genannt) und deren Verständnis hingewiesen werden. Die Positionierung des Priesters als unmittelbarer Mittler und Vollzieher der Transsubstantiation in der Messe stand dabei im Mittelpunkt der Messfeier. Auch war zu dieser Zeit die klare Ausrichtung auf diese Opferhandlung einem anderen Verständnis unterworfen, als das nach der Liturgiereform von 1969 sich gewandelte Verständnis

¹⁰ Die Euthanasieprogramme, welche als Aktion T4 bezeichnet wurden, waren dem Vatikan spätestens seit 1941 bekannt, als Bischof Clemens August Graf von Galen, Bischof des Bistums Münster, offen gegen diese Programme der gezielten Tötung und Verfolgung seitens der Nationalsozialisten gepredigt hatte

(Pius XII., 1961, S. 328 f.) und äußerst den Wunsch nach Einheit der Kirchen zusammen mit den Brüdern des Ostens (Pius XII., 1961, S. 338 f.). Bereits ein Jahr später, nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs, richtet Pius XII. erneut ein Schreiben an die Ostkirchen. Darin drückt der aus, dass die Ostkirchen immer vom römischen Papsttum geliebt worden wären und gibt neben dem Wunsch um Einheit der Kirchen die Zusicherung, dass eine Rückkehr zur Einheit keine Aufgabe eines liturgischen Ritus sein müsse (Pius XII., 1964, S. 411 f.).

Im Jahr 1953 wendet sich der Papst erneut an die Ostkirchen. Zu dieser Zeit hatte bereits der Kalte Krieg eingesetzt, und im Ostblock wurden Kleriker verfolgt und verschleppt. Pius XII. drückte in seinem Brief die besondere Wertschätzung gegenüber den Ostkirchen aus, dass diese unter seinem Schutz ständen, und er diese Liebe und Wertschätzung für die Orthodoxie wie schon seine Vorgänger weiterverfolgen werde. Deshalb sei ein orientalisches Institut gegründet worden, um den Kindern der orientalischen Kirchen in Rom eine Institution (zum Studium) zu bieten (Pius XII., 1961, S. 505 ff.). Weiterhin spricht der Heilige Vater die Verfolgung und Drangsale gegenüber den orthodoxen Christen an und verurteilt diese atheistische Verfolgung [sic!]. Sowohl die Gläubigen der lateinischen als auch der Ostkirche sollten diesen Angriffen standhaft widerstehen (Pius XII., 1961, S. 507 f.). Zudem drückt der Papst seinen Protest und Schmerz gegenüber der Verfolgung der Christen in Bulgarien, Rumänien und der Ukraine aus. Gleichzeitig drückt er sein Bedauern über die Gerichtsprozesse gegen den Bischof von Kiew aus. Dennoch sei der Heilige Vater über die Festigkeit im Glauben der orthodoxen Christen in den Verfolgungen tief bewegt und drückt diesen damit seine Bewunderung aus (Pius XII., 1961, S. 508 ff.). Der Papst ermuntert die Christen im Orient, sich nicht entmutigen und vom Glauben abbringen zu lassen und versichert diesen sein Gebet: für die Verfolgten, die Ostkirchen und die Einheit der Kirche (Pius XII., 1961, S. 511 ff.). Anhand dieser Ausführungen wird deutlich, wie sehr sich Pius

XII. fast 10 Jahre vor Eröffnung des II. Vatikanischen Konzils für eine Art Ökumene eingesetzt hat. Sicherlich waren diese Ermutigungen und Nachrichten an die Orthodoxen Kirchen nicht so häufig, und es gab zu dieser Zeit keinen entsprechenden Päpstlichen Rat, dennoch zeigt es einen grundlegenden Versuch, einen Dialog zu entfachen. Dies könnte im Hinblick auf die Theorie zur Friedenstheorie als eine anerkennende Wertschätzung der Andersartigkeit im theologischen Sinne verstanden werden. Auch die Enzykliken, deren große Anzahl und die Themen sprechen von einem Hohen Maß der Toleranz und Einsatz für den Frieden. Eine Abänderung der Karfreitagsfürbitte, trotz des Messbefehls Papst Pius V., zeigt erneut eine Bereitschaft zu einer Verständigung mit anderen Religionen und andererseits Bereitschaft diese Änderungen auch an die aktuellen Zeitgeschehnisse anzupassen oder so anzupassen, dass andere Religionen dadurch nicht in ihrem Empfinden verletzt werden. (wie es beispielsweise bei der Änderung der Karwochenliturgie erfolgt ist).¹¹ Auch im Hinblick auf das II. Vatikanische Konzil wird Pius XII. als einer der geistigen Väter desselben betrachtet, da er nach der Bibel in den Konzilstexten und Beschlüssen am häufigsten zitiert wurde (Benedikt XVI., 2005). Gemäß des emeritierten Pontifex Maximus, Benedikt XVI., sei es Pius XII. gewesen, durch den sich die richtige Perspektive und Auslegung des II. Vaticanums ergeben habe. Auch diese Feststellung zeigt, dass sich Pius XII. in seiner Theologie öffnete und, angepasst an die zeitlichen Gegebenheiten, Überlegungen zu einer Reform der Kirche und deren Selbstverständnis aufstellte.

11 Als Messbefehl Pius V. wird an dieser Stelle die Einleitung des vorkonziliaren Missale Romanum verstanden, welches unter Papst Pius V. als Folge der Liturgiereform nach dem Konzil von Trient geschaffen wurde. Demnach durfte die Form der Opfermesse Pius V. auf alle Zeiten nicht abgeändert werden und sollte auf alle Zeiten in ein und derselben Form gesungen werden. Nach dem II. Vatikanischen Konzil war dies ein entscheidender Punkt, mit Hinblick auf die Liturgiereform, was die Priesterbruderschaft St. Pius X. zu einer antirömischen Haltung veranlasste

Zusammenfassend zeigt sich in der Theologie Pius XII. ein stetiger Hinweis auf Frieden. Änderungen von lehramtlichen Positionen sind nicht feststellbar, aber dennoch eine Öffnung gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften und die grundlegende Bereitschaft zu einer friedlichen Koexistenz. Auch spiegeln die 14 Enzykliken mit Protesten gegen Verfolgung und Friedensappellen die tiefe Verwurzelung des Friedens in der Theologie Pius XII. wieder, welche ihren Ausdruck in der Friedenspädagogik findet.

Das Pontifikat Papst Pius XII. im historischen Kontext

Nachdem nun im vorherigen Abschnitt die Theorie der Friedensethik, der Diplomatie sowie die Friedenstheorie Pius XII. und dessen Theologie erläutert worden sind, soll im nachstehenden Abschnitt auf eine Auswahl historischer Ereignisse, auf Verhältnis zum Judentum und auf die Entwicklung der Wahrnehmung des Papstes nach dessen Tod 1958 eingegangen werden. Dabei wird der Zeitraum des Zweiten Weltkriegs eine entscheidende Rolle einnehmen, da sich während dieser Zeit einer der späteren Hauptkritikpunkte entwickelt hat: Das angebliche Schweigen des Papstes zur Judenverfolgung wurde zum Hauptanklagepunkt späterer Historiker und Lobbyisten. Anhand der Auswahl der Ereignisse und dem Agieren des Papstes soll so eine Darstellung seines Handelns für den Frieden erfolgen. Auch soll am Ende die Veränderung der historischen Rezension dieses Papstes dargestellt werden. Durch die Gesamtheit der zeitlichen Umstände sowie dem Verständnis jener Zeit ergibt sich am Ende mit Hilfe einiger Aussagen von Zeitzeugen Pius XII. ein Bild, welches eine erneute Beurteilung der Person des Papst Pius XII. ermöglichen wird.

Papst Pius XII. der Zweite Weltkrieg und sein Verhältnis zum Deutschen Reich

Bereits kurz nach der nationalsozialistischen Machtergreifung hatte die katholische Kirche unter Angriffen des Regimes zu leiden. Trotz Reichskonkordat, politischer Beziehungen zwischen Deutschem Reich und dem Heiligen Stuhl sowie der

Zusicherung der Nichteinmischung in kirchliche Angelegenheiten erfolgten immer wieder Übergriffe auf Katholiken und kirchliche Einrichtungen. Dennoch kann das Reichskonkordat als Versuch eines Schutzes für die Kirche in Deutschland verstanden werden, da dieses zunächst derartige Übergriffe sowie eine mögliche Instrumentalisierung der Kirche verhindern sollte. Die Unterstellung des Historikers Guenter Lewy, dass die Dankgottesdienste zur Unterzeichnung ein Zeichen der Kollaboration zwischen Kirche und Nationalsozialismus seien (Albrecht, 1976, S. 202), ist daher als anachronistisch und falsch zu bewerten. Der Umstand, dass einzelne Bischöfe und Priester Dankgottesdienste feierten, erscheint vor dem Hintergrund der langjährigen Diskriminierung der Katholischen Kirche in Deutschland, dem Ausschlagen der Konkordatsverhandlungen der Vorgängerregierungen mehr als verständlich: Die rechtliche Absicherung der Kirche in Deutschland wurde vertraglich festgehalten. Ebenso bleiben bei Lewy und anderen Kritikern der deutsch-vatikanischen Beziehungen unerwähnt, dass seit der Unterzeichnung des Reichskonkordats bis zum Kriegsbeginn 1939 insgesamt 55 Protestnoten des Vatikans an die Reichsregierung gesendet wurden, welche jeweils eine Auflistung der vielen Konkordatsbrüche seitens des Deutschen Reiches enthielten. Dennoch kritisiert Lewy, dass Ansprachen und auch die Formulierung der Enzyklika *Mit brennender Sorge* (Pius XI., 1937) zu allgemein und ungenau gewesen seien (Albrecht, 1976, S. 199 f.). Dass jedoch gerade diese deutschsprachige Enzyklika zu schweren diplomatischen Protesten seitens des Deutschen Reiches, Verfolgungen von Priestern und Schließungen der Druckereien (in welchen die Enzyklika gedruckt wurde) führte, bleibt bei genannten Historiker unerwähnt (Albrecht, 1976, S. 201). Dennoch zeigen gerade die Folgen dieser Enzyklika, wie scharf die Sprache ebendieser war. Der Nationalsozialismus vermutete fortan bei jeder diplomatischen Note, jeder Ansprache des Heiligen Stuhls, in welchem die angespannte Situation des Weltfriedens angesprochen wurde, eine

Kritik am Nationalsozialismus (Feldkamp, 2000, S. 133). Beim Lesen der Enzyklika wird jedem Leser sofort der Adressatenkreis deutlich, da die Enzyklika in deutscher Sprache in den Kirchen auf dem Gebiet des Deutschen Reiches verlesen wurde, und der Inhalt die extremen Indoktrinierungsversuche eines politischen Systems kritisiert, welches die soziale Funktion der Familie verstaatlichen, die Jugend in Massenorganisationen erziehen und die Freiheit des Einzelnen unterbinden will, während gleichzeitig versucht wird, den Staatskult zu einer Ersatzreligion zu erheben (Pius XI., 1937). Diese Kritik der Enzyklika zeigt in aller Schärfe eine Kritik am Nationalsozialismus auf, welcher diese Ziele verfolgte und bereits in seinem Parteiprogramm angedeutet hatte (vgl. Feder, 1930). Ähnliche Parallelen lassen sich in Hitlers *Mein Kampf* finden (vgl. Hitler, 1933). Bereits als Erzbischof Pacelli 1929 als Apostolischer Nuntius seine Diplomatische Mission beim Deutschen Reich beendete, äußerte er solche Bedenken, den zunehmend stärker werdenden Nationalsozialismus betreffend, gegenüber einem befreundeten Kaplan in Berlin, dem späteren Kardinal von Galen (vgl. Lehnert, 1982). Diese Fakten, die Wahrnehmung und die Reaktionen auf die Enzyklika *Mit brennender Sorge* zeigen auf, dass beide Seiten die Botschaft derselben klar verstanden hatten und ebenso die Hörer in den Kirchen.

Das Kriegsjahr 1939

Dennoch versuchte Pius XII. ab 1939 zwischen den Großmächten zu vermitteln und eine Friedenskonferenz zu arrangieren. Dieser Vorschlag des Papstes vom 4. Mai 1939 blieb relativ unbeachtet, obwohl der Papst an Deutschland, Italien, Frankreich Großbritannien und Polen appellierte. Auch die Betonung der Dringlichkeit des Friedens zeigte keinen Erfolg (Albrecht, 1980, S. 314). Noch am 24. August wendete sich der Heilige Vater in einer Radioansprache an die Weltöffentlichkeit. Seine Aussage „[...] Nicht ist verloren mit dem Frieden; alles kann verloren sein mit dem Krieg [...]“¹² wird zwar wahrge-

nommen, findet aber keine weitere Beachtung (Schad, 2007, S. 94). Auch ein erneuter Versuch am 31. August 1939 an dieselben Großmächte zeigte keinen Erfolg. Am Tag darauf wird dem Vatikan in einer Mitteilung der Deutschen Botschaft am Heiligen Stuhl beschieden, dass der Führer seinen Dank für die Friedensvermittlung übermitteln ließe, sich aber nun eine veränderte Gesamtlage¹³ aufgrund der polnischen Provokationen ergeben habe,¹⁴ und der Führer sich nun gezwungen sähe, den Frieden an allen Grenzen des Reichs wieder herzustellen (Albrecht, 1969, S. 94 f.). Am 21. September 1939 wendet sich der Primas von Polen, Kardinal Hlond, über Radio Vatikan an das polnische Volk. Er prangerte die Übergriffe gegenüber der polnischen Bevölkerung an und sprach seinen Landsleuten Mut zu. Dieser Ansprache folgte eine Protestnote des Deutschen Reichs beim Heiligen Stuhl, in welcher klargestellt wurde, dass keine Priester nach Polen einreisen oder von dort ausreisen dürften, so lange der Vatikan eine solche deutschfeindliche Handlung in den Medien beibehalten würde (Albrecht, 1969, S. 99 f.). Der Vatikan hatte sich der Reichsregierung gegenüber bereits besorgt über die Entwicklung in den besetzten polnischen Gebieten geäußert (Albrecht, 1969, S. 95). Dennoch wandte sich am 17. Oktober des ersten Kriegsjahres der Vatikan erneut an die Deutsche Reichsregierung und bat um eine Einschränkung des Luftkriegs mit dem Ziel, dass Krankenhäuser, gemeinnützige, zivile und caritative Einrichtungen nicht bombardiert würden (ebenso Hilfslieferungen) (Albrecht, 1980, S. 314).

Im selben Zeitraum wurden im SD15 und der Gestapo in einem Dokument vom 20. Oktober 1939 Über-

je nach Autor leicht voneinander, geben jedoch den gleichen Inhalt wieder

13 Gemeint ist der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs am 01. September 1939

14 Als polnische Provokation und Grenzverletzung wurde der inszenierte Angriff auf den Radiosender Gleiwitz bezeichnet. Bekanntlich stellte sich nach dem Krieg heraus, dass dieser Angriff seitens des Nationalsozialismus vorgetäuscht worden war

15 Der Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS (SD) war eine nachrichtendienstliche Organisation der NSDAP

12 Die Übersetzungen der originalen italienischen Radioansprache variieren

legungen angestellt, welche Möglichkeiten sich anbieten, die Handlungsfähigkeit der Kirche in Deutschland einzuschränken und diese handlungsunfähig zu machen, um so einen krichlichen Widerstand gegen Krieg und Nationalsozialismus zu unterbinden. Als Möglichkeit wurde beispielsweise eruiert, kirchliche Einrichtungen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt zu unterstellen oder die Kirchliche Presse unter dem Vorwand [sic!] der Knappheit von Papier und anderen benötigten Rohstoffen einzuschränken (Boberach, 1971, S. 362 ff.). Ob der Vatikan in dieser Zeit von den Überlegungen zu solchen Maßnahmen erfahren hat, war bisher nicht klärbar. Dennoch zeigt die Aktenlage des SD auf, dass die Kirche aufgrund ihrer Nachrichten sowie ihrer Kritik an der weltpolitischen Lage als feindlich eingestuft wurde. Trotz der in diesen Jahren erfolgten Übergriffe auf die Kirche veränderte der Vatikan nicht seine Haltung zu Unrecht oder zur Unrechtmäßigkeit eines Angriffskriegs. Auch ein Höflichkeitstelegramm mit Genesungswünschen nach dem gescheiterten Hitlerattentat am 08. November 1939 wurde im Auswärtigen Amt als rein protokollarischer Akt ohne jede Form der Anteilnahme gewertet (Feldkamp, 2000, S. 129). Auch verfolgte der Vatikan die Situation in den besetzten Gebieten. Ein Protest des Apostolischen Nuntius beim Deutschen Reich, Erzbischof Orsenigo, am 29. November 1939 über Greuelthaten im besetzten Polen wurde vom Diplomaten Ernst Woermann im Auswärtigen Amt mit der Begründung abgewiesen, dass solche Kritik dem Nuntius nicht zustünde und solche Angelegenheiten nicht in die Zuständigkeiten des päpstlichen Botschafters fielen (Albrecht, 1980, S. 370). Auch der Versuch des Nuntius, einen Weihnachtsfrieden zwischen den Kriegsparteien auszuhandeln, wurde ignoriert. Zwar wurde das Angebot durch Ernst von Weizsäcker weitergeleitet, aber auf höherer Ebene völlig ignoriert (Albrecht, 1980, S. 378).

In der Weihnachtsansprache 1939 hob der Papst den klaren Wert des Friedens unter den Völkern hervor. Er postulierte für einen gerechten Frieden fünf Kernsätze:

1. Jedes Volk und jede Nation hat das Recht auf Leben.
2. Frieden muss mit Abrüstung verbunden sein.
3. Für einen gerechten dauerhaften Frieden ist die Errichtung einer internationalen Institution notwendig, welche den Frieden überwacht.
4. Frieden hat durch die Wahrung der Rechte von Völkern und Minderheiten Bestand.
5. Um Frieden zu bewahren, ist ein gerechtes Verantwortungs-bewusstsein notwendig. (Pius XII., 1939)

Neben dieser konkreten Friedensforderung wahrte der Vatikan dennoch nach außen hin strikte Neutralität gegenüber den Kriegsparteien, da nach dem Verständnis des Papstes hierdurch eine Garantie der Bereitschaft zu einem gerechten Frieden gegenüber allen betroffenen Völkern gegeben werden konnte (Feldkamp, 2000, S. 130). Zudem war der Heilige Stuhl als Völkerrechtssubjekt rechtlich zur Neutralität verpflichtet, und zwar durch Artikel 24 des Lateranvertrags (Gasparri & Mussolini, 1929). In ähnlicher Weise konnte der bischöfliche Eid auf die Verfassung des Deutschen Reichs (Artikel 16) verstanden werden, da dadurch eine direkte Kritik an Staat und Politik unterbunden wurde (Pacelli & von Papen, 1933). Dadurch war es schwierig, die neutrale Position, in welcher sich nun der Vatikan befand, zu verlassen. Gemäß den Lateranverträgen durfte der Heilige Stuhl sich nicht in die Politik einmischen, wohl aber eine moralische Positionierung vornehmen. Dennoch entwickelte Papst Pius XII. im Winter 1939/40 eine Art Geheimdiplomatie, um gegen die Ungerechtigkeit des Krieges und der Verfolgung vorzugehen. Durch diese Bemühung konnte der Vatikan Kontakte zwischen dem militärischen Widerstand um Admiral Canaris und der britischen Regierung herstellen. Jedoch wurden die Pläne des Widerstands in London nicht sonderlich ernst genommen, wodurch in Deutschland keine Umsturzpläne umgesetzt wurden. Dennoch informierte der Papst England und Frankreich im Mai des Jahres 1940 über die bevorstehende Westoffensive (Feldkamp, 2000, S. 135 f.).

Bereits das Kriegsjahr 1939 weist die Friedensbemühungen des Papstes klar auf. Der Wunsch und das Angebot einer Friedenskonferenz zeigen die Bereitschaft deeskalierend zu wirken und den Frieden zu erhalten. Papst Pius XII. wies auf Ungerechtigkeiten hin und forderte die Kriegsparteien auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Im Hinblick auf die Friedenstheorie und -pädagogik wird sehr schnell deutlich, dass der Zweite Weltkrieg durch eine solche Theorie nicht erfassbar ist. Die Gründe des Kriegsausbruches sind umfassend bekannt. In diesem Fall von einer Angst vor der Fremdartigkeit des anderen zu sprechen, wäre im Hinblick auf Deutschlands Kriegsbemühungen und Intentionen unreal. Auch ist es ab dem 1. September 1939 nicht mehr möglich, von einer Hinführung zum Frieden zu reden, da jeglicher theoretische Ansatz der Friedenstheorie im Hinblick auf die sich im Krieg befindenden Völker als unreal erscheint. Es sind kein *bellum iustum*, *Causa iusta*, *recta intentio*, *debitus modus* oder *ultima ratio* erkennbar. Jegliches Bemühen des Deutschen Reichs mündete 1939 im Weltkrieg, trotz der Friedensbemühungen der Alliierten, anderer Großmächte und nicht zuletzt auch des Papstes. Vor dieser Erkenntnis der Historie begreift der Leser erst, wie schwer eine Theorie in die Praxis zu übertragen ist und wie idealisiert manche noch so einfache Theorie in solchen Situationen erscheint. Bereits in der Betrachtung des ersten Kriegsjahrs wird deutlich, dass Pius XII. diese Realität erkannte und dennoch versuchte zu vermitteln oder zumindest in den Wirren den unschuldig Betroffenen durch sein Einlenken und seine diplomatischen Unternehmungen ein Stück Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Dies wird besonders an den Protesten des Vatikans zu Gräueltaten, der Bitte, den Luftkrieg einzuschränken und der Weihnachtsbotschaft von 1939 deutlich. In den weiteren Ausführungen der folgenden Kriegsjahre soll daher der Schwerpunkt auf dahingehendes Handeln des Papstes gelegt werden, um aufzuzeigen, ob und wie er sich um Gerechtigkeit und Frieden bemüht hat. □

Eine Frage der Ehre

Vor 30 Jahren Wörner-Kießling-Affäre

VON KLAUS STORKMANN¹

Am Ende standen die beiden Männer nebeneinander: Manfred Wörner, seit Oktober 1982 Verteidigungsminister, und Günter Kießling,

ter Befehlshaber Europa (DSACEUR) höchster deutscher Militär war, begonnen. Spätestens im Sommer 1983 erreichte die üble Nachrede aus deut-



Bild 1: 26. März 1984: General Dr. Günter Kießling (1925–2009) und Verteidigungsminister Dr. Manfred Wörner (1934–1994) beim Großen Zapfenstreich in der Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne in Neustadt/Hessen (Foto: pa-dpa, Pohlert)

nun bereits zum zweiten Mal in den Ruhestand versetzter Vier-Sterne-General (Bild 1). Das Heeresmusikkorps intonierte feierlich den Zapfenstreichmarsch, es erklang der Befehl „Helm ab zum Gebet!“ Doch die Szenerie an jenem 26. März 1984 im hessischen Neustadt hatte wenig Feierliches. Viel mehr lag auf ihr etwas Groteskes, leider durchaus Tragisches. Zu viel Skandalöses, zu viel menschlich Verletzendes war in den Wochen zuvor geschehen. Die persönliche Integrität, ja die Ehre General Kießlings waren angegriffen worden.

Die große Ungerechtigkeit gegen den General hatte – nach dem, was heute bekannt ist – mit bösen Gerüchten aus Mons (Belgien), wo er als Stellvertretender Oberster Alliiert-

schen NATO-Kreisen auch die Flure der Bonner Hardthöhe: General Kießling sei angeblich „homosexuell veranlagt“, habe gar eine „Beziehung zu seinem Fahrer“ und werde daher immer mehr von seinem Chef, dem NATO-Oberbefehlshaber Europa US-General Bernhard W. Rogers, abgelehnt. Dass der höchste deutsche NATO-General homosexuell sein sollte und damit mithin ein „Sicherheitsrisiko“, elektrisierte auch den Militärischen Abschirmdienst (MAD), den Geheimdienst der Bundeswehr. Der MAD und das ihm vorgesetzte Amt für Sicherheit in der Bundeswehr (ASBw) nahmen Ermittlungen zur Sicherheitsüberprüfung auf. Das weitere Geschehen, die Ermittlungen des MAD vor Ort in Köln mitsamt der „Pannen“, die Fehler in den ASBw-Berichten: all dies ist in allen Details schon oft beschrieben worden (u.a. sehr prägnant von Ortwin Buchbender im Jahr

2004 im AUFTRAG 254), so dass darauf heute gut verzichtet werden kann.

Für den Verlauf der Affäre ist es aber unerlässlich zu erwähnen: Nach Kenntnis des ersten MAD-Berichts verständigten sich Wörner und Kießling am 19. September 1983, dass der General zum 31. März 1984 vorzeitig in den Ruhestand gehen werde – ohne, dass dies als „Schuldeingeständnis“ zu werten sei. Wörner wies im Gegenzug den MAD an, alle Ermittlungen einzustellen. Anfang November ordnete Staatssekretär Dr. Joachim Hiehle überraschend die Wiederaufnahme der MAD-Ermittlungen an. Der Amtschef des ASBw, Brigadegeneral Behrendt, trug im November im Ministerium nachweisbar mehrfach seine erheblichen Bedenken gegen diese Weisung vor. Staatssekretär Hiehle und Generalleutnant Walter Windisch, als Stellvertretender Generalinspekteur dem MAD vorgesetzt, bestanden aber auf den Ermittlungen. Damit erst nahm das Verhängnis für alle Beteiligten seinen Lauf. Der MAD versuchte aber nochmals zu bremsen, vergeblich. Nicht beachtet wird in der üblichen Erzählung der Kießlingaffäre bislang auch, dass der MAD überhaupt noch nicht klassisch ermittelt hatte, sondern lediglich eine Erkundung der Kölner Polizei protokolliert, und weitergegeben, ausdrücklich auf einem internen MAD-Formular, mit dem die Meldung als noch „überprüfungsbedürftig“ eingestuft wurde. Dass später, am Ende der Affäre auch Brigadegeneral Behrendt sein Amt verlor, zeigt, dass er und der MAD als Sündenbock herhalten mussten.

Der entscheidende ASBw-Bericht vom 6. Dezember 1983 empfahl, sich „bei der weiteren Behandlung dieser Angelegenheit nicht an der üblichen Vorgehensweise zu orientieren“, denn ein Bekanntwerden des Vorgangs in der Öffentlichkeit, „würde im Hinblick auf die exponierte Stellung des

¹ Major Dr. Klaus Storkmann, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) Freiburg i. Br.

General Dr. K. dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland abträglich sein und schweren Schaden bewirken“. Daher erachtete Brigadegeneral Behrendt die Aufhebung des Sicherheitsbescheids „für nicht zweckmäßig“. Die Entscheidung müsse aber „in diesem besonderen Fall“ durch die „Ressortleitung“ im Ministerium erfolgen. Hätte sich Wörner diesen klugen Rat des MAD-Chefs zu eigen gemacht, wären Günther Kießling und vielen anderen großes Ungemach er-

hoffen, einen beschaulichen Lebensabend im Unrecht zu verbringen oder sollte er das Recht in einer ekelhaften Schlamm Schlacht suchen?“ erinnerte sich der (im August 2013 verstorbene) Journalist Claus Jacobi in der „Welt am Sonntag“ vom 5. September 1999 an sein Treffen mit Kießling am 4. Januar 1984. Für Kießling war es der Kampf um seine Ehre.

Jacobi zog 1999 deutliche Parallelen zur (Blomberg-)Fritsch-Krise 1938. Wörner habe „den Zeugen-

„Ehrenoberst“) seines Artillerieregiments 12 am 22. September 1939 vor Warschau.

„Ermittlungen in unfassbarem Umfang“

Formell auf Basis des von Kießling gegen sich selbst beantragten Disziplinarverfahrens liefen Anfang Januar 1984 umfangreiche neue Ermittlungen an: Beteiligt waren die BMVg-Referate ES (Ermittlungen in Sonderfällen), P II 5 und Füs II 6, das ASBw, der Wehrdisziplinaranwalt und sogar das Ministerbüro höchstselbst. Wörner war unter enormen Zugzwang, hatte er sich doch im ZDF festgelegt, im Fall Kießlings sei „jeder Irrtum ausgeschlossen“. Mit nahezu allen Mitteln suchte das BMVg nach jeglichen verwertbaren „Beweisen“ zur Belastung Kießlings – und zur Entlastung Wörners. Im von der SPD verfassten Teil des Bundestagsuntersuchungsberichts hieß es denn auch, „die Ermittlungen [seien] in einem unfassbaren Umfang in jede nur vorstellbare Richtung“ vorangetrieben worden, so seien die beiden Fahrer des Generals „in massiver Weise zu ihrem Intimleben insbesondere Ihrem Sexualleben befragt worden“. Mehrfach lud der Minister obskure „Zeugen“ aus der Homosexuellenszene, die belastendes Material gegen Kießling versprochen, ins Ministerium zur Aussage. „Wie tief kann sich ein Minister bücken?“ fragte denn auch Claus Jacobi in der „Welt am Sonntag“ am 5. September 1999. Diese leider berechnete Kritik sollte sich aber nicht nur an Wörner richten: Laut Bundestagsuntersuchungsbericht nahmen neben dem Minister an mindestens jeweils einem dieser höchst merkwürdigen Gespräche u.a. teil: Generalinspekteur Altenburg, der frühere Generalinspekteur General a.D. Ulrich de Maizière, Staatssekretär Dr. Lothar Rühl, Oberst i.G. Dr. Klaus Reinhardt, der Chef der Kölner Kriminalpolizei Manfred Gundlach und sogar der Chef des Bundeskanzleramtes, Professor Dr. Waldemar Schreckenberger. Es wurde gar eine Gegenüberstellung der obskuren „Zeugen“ mit dem General vorbereitet, noch eine Analogie zu 1938. Nur der Anwalt Kießlings verhinderte noch diesen Höhepunkt der Absurdität. Trotz diesen enormen Ermittlungs-



Bild 2: General Dr. Günter Kießling mit dem Vorsitzenden des damaligen Untersuchungsausschusses Alfred Biehle (CSU) (Foto: ullstein bild – Werek)

spart geblieben. Bekanntlich folgte die Hardthöhe dieser Empfehlung nicht. Stattdessen entschied sich Wörner nach einer Besprechung mit Generalinspekteur General Wolfgang Altenburg, Generalleutnant Walter Windisch, Generalleutnant Hans Kubis (Abteilungsleiter P) und Oberst i.G. Dr. Klaus Reinhardt (Adjutant Minister) Kießling nach §50 Soldatengesetz bereits zum Jahresende in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen – ohne weitere Anhörung des Generals und ohne militärische Ehren. Am 23. Dezember erhielt der völlig konsentnierte General seine Entlassungs-urkunde und übergab zugleich ein Schreiben, in dem er ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst forderte. Nur so sah Kießling eine Chance, sich von den ehrabschneidenden Vorwürfen frei zu machen. „Sollte er sich still zur Ruhe setzen? [...] Sollte er darauf

aussagen aus der Homosexuellen-Szene mehr vertraut als seinem General – genau wie einst Hitler“. Im Januar 1938 präsentierte Hermann Göring vermeintliche »Erkenntnisse« der Gestapo, nach denen der damalige Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Werner von Fritsch (1880-1939) homosexuelle Kontakte unterhalten habe. Der Generaloberst musste gar eine Gegenüberstellung mit einem jungen männlichen Prostituierten („Strichjunge“) über sich ergehen lassen – sogar in der Reichskanzlei! Fritsch kämpfte um seine Ehre und verlangte ein Kriegsgerichtsverfahren gegen sich. Das Verfahren endete im März 1938 mit der Rehabilitierung Fritschs. Das Amt des Oberbefehlshabers des Heeres erhielt er freilich nicht zurück. Tief in seiner Ehre verletzt, fiel Fritsch als Chef (vergleichbar mit dem brit.

aufwards wurde nichts „Belastendes“ gegen Kießling gefunden: Am 31. Januar ruderte Wörner zurück: Der General erhielt am 1. Februar 1984 seine Wiedereinstellung in den aktiven Dienst, um dann zum Monatsende März 1984 mit allen militärischen Ehren erneut in den Ruhestand verabschiedet zu werden.

„giftigste Gerüchte“

Der politische Schaden ließ sich damit aber nicht mehr so schnell eingrenzen. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss wurde eingerichtet (Bild 2). Am 8. Februar 1984 debattierte der Bundestag die Affäre. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sprach die Fragen der Bedeutung von „Ehre im allgemeinen“ und „Offiziersethik im besonderen“ an. In dieser Affäre seien „diese Begriffe gebogen und gewendet worden, bis Karikaturen davon übrigblieben“. Brandt sah die Bundeswehr einem „weltweiten west-östlichen Feixen“ ausgesetzt: „Das haben die Bundesrepublik und die Bundeswehr nicht verdient.“ Brandt mahnte „den Schutz einzelner Bürger vor nicht hinreichend qualifizierten [...] womöglich auch noch zu Übermut neigenden Nachrichtendiensten – deutschen oder ausländischen“ an; ein auch heute wieder (oder immer noch) hochaktuelles Thema. Für die CDU/CSU-Fraktion bedauerte Volker Rühe die „schweren Kränkungen“, die General Kießling erfahren habe. Er „freue“ sich aber, dass diesem nun „Genugtuung“ geschehen sei. Den Höhepunkt der Debatte lieferte der Abgeordnete Joseph („Jochka“) Fischer: „Herr Wörner und sein Panikorchester auf der Hardthöhe“ hätten „den Menschen Günter Kießling öffentlich und moralisch fertigzumachen versucht, als sie politisch unter Beweisdruck gerieten“. „Da sickerten unablässig die giftigsten Gerüchte aus dem Verteidigungsministerium.“ Scharf ging Fischer Wörner an: „Die Jauchekübel ließ er andere bedienen. [...] Hier wurde die öffentlich ins Werk gesetzte moralische Hinrichtung eines Mannes versucht, um einen wehrverliebten Minister im Amt zu halten.“ Fischer scheute sich auch nicht, den vermuteten Ursprung der Gerüchte zu benennen. Deren Spur führe „unzweideutig in die Umge-

bung des NATO-Oberbefehlshabers“. Fischer schoss aber auch über das Ziel hinaus. So bezichtigte er den in Köln ermittelnden Stabsfeldwebel der MAD-Gruppe III sich „als Oberstleutnant getarnt“ zu haben. Dieses falsche Detail gehört leider bis heute zum gängigen Erzählkanon der Affäre. Bis heute kämpft Oberst a.D. Heinz Kluss (Bild 3), im MAD der damalige Vorgesetzte des inzwischen verstorbenen Stabsfeldwebels, für dessen Ehre. Dabei hatte die FAZ bereits am 5. März

gesprochen wird, geradezu widerlich ist.“ Die im Bundestag benannten Offiziere waren Kapitän z.S. Jancke und Oberstleutnant von Boguslawski vom Stab DSACEUR, also aus Kießlings engstem dienstlichen Umfeld.

„man schützte den Minister und belastete den General“

Tief enttäuscht war General Kießling von seinen Kameraden im Generalsrang, insbesondere von General Altenburg. Auch Claus Jacobi



Bild 3: General a.D. Kießling (rechts im Bild) im Gespräch mit Brigadegeneral a.D. Loquai. Kießling besuchte im September 2004 Oberst a.D. Kluss, früherer Kommandeur der 1983 mit den Ermittlungen in Köln beauftragten MAD-Gruppe III: „Es ist 20 Jahre her, höchste Zeit ein Versöhnungsbier zu trinken.“ (Foto: Gisela Kluss)

1984 den Sachverhalt zugunsten des Stabsfeldwebels richtig gestellt. Die Falschmeldung ließ sich aber nicht mehr einfangen – und geistert bis heute weiter.

Andere gegen Kießling agierenden Soldaten wurden dagegen zu Recht im Bundestag mit Namen genannt, so am 28. Juni 1984 vom Abgeordneten Erwin Horn (SPD): „Einige der Offiziere, zum Beispiel im NATO-Hauptquartier haben eifrig und beflissen –“ (es ertönt der Zwischenruf des Abgeordneten Horst Jungmann [SPD]: „Jancke und von Boguslawski?“) – Sie haben die Namen genannt [...] Ich möchte sie deshalb nicht benennen, weil die abstoßende Art und Weise, in der hier über einen Kameraden

urteilte 1999 rückblickend, „manche Generäle dachten an ihre Karriere statt an den Anstand“. Eine der wenigen Ausnahme war General a.D. Gerd Schmückle (1917-2013). Dieser war bis zu seiner Pensionierung 1980 Stellvertretender Oberster Allierter Befehlshaber Europa und damit einer der Vorgänger im Amt Kießlings. Schmückle stand als einer der ganz wenigen auch öffentlich zum verfeindeten General. In einer Fernsehdiskussion griff er Wörner scharf an: „Selbst bei größter Anstrengung hätte Kießling nicht den Schaden anrichten können, der durch die Behandlung des Falls durch das Ministerium des Ministers Wörner tatsächlich geschehen ist.“ Im „Spiegel“ 4/1984 formulierte General a.D. Schmückle auch eine Anklage

auch gegen die militärische Führung der Streitkräfte: „Man schützte den Minister und belastete den General, der schon am Boden lag. Die Generalität blieb stumm, sprachlos, wie mit einem General umgesprungen wurde. [...] Kameradschaft [...] ist im Kasino billig zu haben. Wichtig wird sie erst denjenigen gegenüber, die in Not geraten sind. Kießling war in Not.“

Andere ehemalige Generale stärkten dagegen (wenn auch nicht öffentlich) Wörner den Rücken. So empfahl General a.D. Johann Adolf Graf Kielmansegg (1906-2006) in einem Schreiben vom 14. Januar dem Minister, Kießlings (durch dessen „Gang in die Öffentlichkeit“ und „Nichteinhalten der Absprache“) „unfares“ Verhalten müsse „viel schärfer herausgestellt werden“. Auch für Graf Kielmansegg lag angesichts der auffallenden Parallelen der Blick zurück auf die Frischkrise nahe, nur richtete er seinen Vergleich gegen den um seine Ehre kämpfenden General Kießling: „Ein Fritsch hat das nicht getan“. Es ist bezeichnend für Graf Kielmansegg, wenn er die ausweglose Situation Fritschs gegen den Versuch Kießlings, seine Ehre wiederherzustellen, ins Feld führt. „Ein Fritsch hat das nicht getan“, weil er 1938 nicht ansatzweise die Möglichkeit für diesen Gang in die Öffentlichkeit hatte. In seiner Ehre trotz kriegsgerichtlicher „Rehabilitierung“ weiterhin tief verletzt, blieb dem Generaloberst nur, bei erster sich bietender Gelegenheit im September 1939 den Tod auf dem Schlachtfeld zu suchen. Kießling dagegen konnte den Rechtsweg suchen, sich an die Öffentlichkeit wenden. General a.D. Graf Kielmanseggs riet dem bedrängten Minister am 14. Januar, er solle die mediale Gegenkampagne der Hardthöhe gegen Kießling mithilfe loyaler Journalisten führen: „Vielleicht können Sie oder das Ministerium das nicht so direkt machen, aber es gibt ja verlässliche und befreundete Journalisten, mindestens [den Bonner FAZ-Korrespondenten Karl] Feldmeyer“. Es müssten eben der MAD und Staatssekretär Hiehle „den Kopf hinhalten“. Graf Kielmansegg schloss sein Schreiben an Wörner mit dem Aufruf: „Auf keinem Fall dürfen Sie zurücktreten. Sie müssen durchstehen. Sie müssen bleiben. Das meine nicht nur ich.“

Öffentliche Unterstützung erhielt Kießling dagegen aus München. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß sprang ihm zur Seite: er habe keine Zweifel, dass der General die Wahrheit sage. Freilich spielten bei Strauß auch persönliche Ambitionen eine gewisse Rolle: Er sah und empfahl sich bereits als Nachfolger Wörners und äußerte in Interviews, er wolle das Amt des Verteidigungsministers „wie eine Einberufung auf sich nehmen“. Für den 1962 im Zuge der „Spiegelaffäre“ so schmachlich aus dem Amt geschiedenen Strauß bot der Januar 1984 die wohl einmalige Chance auf ein Comeback auf der Hardthöhe. Als „rehabilitierter“ Verteidigungsminister stünden dem Bayern womöglich auch noch höhere Ämter offen. Strauß hatte seinen Traum auf das Kanzleramt bekanntlich nie gänzlich aufgegeben und war ein für Bundeskanzler Helmut Kohl stets ein ernst zu nehmender Widerpart. Doch Strauß wurde 1984 nicht auf die Hardthöhe „einberufen“. Wörner blieb trotz aller durch ihn politisch, teils auch persönlich zu verantwortenden Fehler im Amt. Möglicherweise war es gerade die Aussicht auf Strauß in seinem Kabinettsstisch, die für Bundeskanzler Helmut Kohl den letzten Ausschlag, an Wörner festzuhalten.

Angesichts des enormen politischen und medialen Drucks bot Wörner angeblich dem Bundeskanzler mündlich seinen Rücktritt als Minister an. Dazu merkte der bekannte Publizist Johannes Gross an: „Ein Mann von Ehre hätte den Rücktritt nicht angeboten, sondern ihn erklärt.“ Helmut Kohl lehnte ebenso pro forma ab, Wörner blieb weitere vier Jahre im Amt und wurde 1988 NATO-Generalsekretär. Kohl hatte im Februar 1984 vor der Bundespressekonferenz erklärt, „General Kießling hat bittere Wochen durchmachen müssen, aber auch für Manfred Wörner war dies eine Zeit, an die er sicherlich noch lange [...] zurückdenken wird“. In den Fernsehaufnahmen ist lautes Gelächter der Journalisten zu hören. Personelle Konsequenzen wurden nur in der zweiten und dritten Reihe gezogen, und zwar genau jene, die General a.D. Graf Kielmansegg dem bedrängten Wörner als Ausweg aufge-

zeigt hatte: Staatssekretär Hiehle und die MAD-Spitze mussten „den Kopf hinhalten“. Brigadegeneral Behrendt wurde entlassen, zwei Obristen und ein Regierungsdirektor strafversetzt, eine unbekannte Zahl von Beteiligten disziplinar belangt. Der MAD war für alle Seiten, den bedrängten Minister wie für die skandalwitternde Presse, offenbar der leichteste Sündenbock. Einem Geheimdienst läßt sich recht einfach zu Schuld zuweisen, da dieser sich naturgemäß nicht öffentlich wehren kann, ohne weitere Interna seiner Arbeit, also Geheimnisse, preiszugeben. Der MAD wurde nach Empfehlungen der Höcherl-Kommission reformiert, aus Sicht damaliger MAD-Offiziere ein „Strafgericht“, dass den MAD für eine Zeit lähmte, gar „amputiert“.

Cui bono?

Im Jahr 1990 schien es kurzzeitig so, als ob die DDR und deren Staatssicherheit auch noch die Kießlingaffäre eingefädelt hatten: Im Herbst 1990 wurde öffentlich bekannt, dass der 1988 verstorbene Oberst Joachim Krase, 1980 bis 1984 Stellvertretender Amtschef des ASBw, seit 1973 Agent der DDR-Auslandsaufklärung war. Etliche Medien, beispielsweise „Bild am Sonntag“ und „Welt am Sonntag“ vom 21. Oktober 1990, und politische Weggefährten Wörners streuten sofort die Vermutung, die Staatssicherheit habe über Krase die Kießling-Affäre eingefädelt, um Wörner zu stürzen. Der Versuch der späten Reinwaschung Wörners misslang aber: BMVg-Staatssekretär Karl-Heinz Carl erklärte Ende Oktober 1990 im Verteidigungsausschuss, „nach Aktenlage [gebe] es keine Anhaltspunkte“ für eine Belastung Krases in der Causa Kießling. Im Gegenteil: Der Bundestagsuntersuchungsausschuss hatte 1984 festgestellt, Oberst i.G. Krase habe (als Vertreter des wegen einer anderen Sache vor seiner Ablösung als MAD-Chef stehenden Flottillenadmiral Elmar Schmähling) bereits am 5. August 1983 einen „umfassenden Ermittlungsstopp“ angeordnet. Für den „Spiegel“ war 1990 auch klar, warum: „Der Agent musste fürchten, im Minenfeld des Skandals selbst hochzugehen“; eine zumindest bis zum Auffinden neuer Dokumente durchaus plau-

sible Erklärung. Nicht von der Hand zu weisen ist aber auch die u.a. von Ortwin Buchbender im AUFTRAG 254 (2004) vertretene These, dass Oberst Krase und damit die Staatssicherheit die geheimen Strippenzieher im Hintergrund waren. Dass Krase im August noch die Einstellung der Ermittlung anordnete und ab November dann eskalierte, wäre kein Widerspruch und im Bereich des Möglichen.

Seit 1984 befassen sich Journalisten und Historiker vor allem mit den persönlichen Aspekten der Affäre und deren verheerender öffentlicher Wirkung. Schon 1984 wurde von Politikern und Journalisten, später auch von Historikern, das sehr schwierige persönliche Verhältnis zwischen Kießling und seinem Chef, US-General Rogers, als Quelle allen Ungemachs ausgemacht.

Außer Acht gelassen wird dabei die Suche nach etwaigen weiteren Wurzeln des Skandals. Spannend wäre beispielsweise die Klärung der Frage, ob hinter den Denunziationen aus Brüssel mehr als nur persönliche Animositäten zwischen einem deutschen und einem amerikanischen Viersternegeneral standen. Mögliche Hinweise gab Kießling selber: So veröffentlichte er 1989 sein Buch „Neutralität ist kein Verrat“ und 1993 seine Autobiographie „Versäumter Widerspruch“. Durchaus möglich, dass es schon 1982/83 (etwa in der damals hochaktuellen Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik) zu sicherheitspolitischen Differenzen zwischen den NATO-Oberbefehlshaber und seinem deutschen Stellvertreter kam, die die Ablösung des unbequemen DSACEUR geboten.

Schon die alten Römer fragten, wem nützt es, um der Wahrheit auf die Spur zu kommen: Cui bono? Für die Causa Kießling ist diese Frage schwer zu ergründen. Wem nutze es, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den General nur ein halbes Jahr vor seinem ohnehin selbst gewünschten Dienstzeitende aus dem Amt zu jagen? Die Frage muss vorerst weiter offen bleiben. Es bieten sich aber sehr verschiedene theoretische Erklärungsmodelle an: Dabei muss stärker als bislang in der Forschung der zeitliche Ablauf der Affäre berücksichtigt wer-

den. Diese besteht aus drei sehr unterschiedlichen Etappen, für die sich sehr unterschiedliche Erklärungsansätze finden lassen. Der Ursprung der Affäre lag in bereits seit Jahren um die Person Kießling schwirrenden üblen Gerüchten, die im Sommer 1983 auf der Hardthöhe die „richtigen“ weil zuständigen Ohren eines MAD-Manns erreichten. Dieser ließ ermitteln, der Minister wurde informiert, zwischen Wörner und Kießling wurde eine einvernehmliche Lösung gefunden. Eine Einflussnahme der Staatssicherheit ist bis dahin nicht ansatzweise erkennbar und auch nicht plausibel. Zu fragen wäre aber, ob die Gerüchte 1983 wirklich angeblich „zufällig“ den MAD erreichten oder aber gezielt lanciert worden. Immerhin schmälerte die unverschuldete aber doch für alle in Mons und Brüssel spürbare schwache Position Kießlings den deutschen Einfluss in der NATO erheblich. Daher wäre es aus Sicht deutscher NATO-Kreise durchaus von Interesse gewesen, Kießling rasch durch einen anderen General zu ersetzen. Ein Indiz: Bereits im September 1983 meldete die „Welt“, dass Kießling 1984 gehen müsse und General Mack dessen Posten bekomme.

Die eigentliche Affäre nahm ihren verhängnisvollen Anfang erst mit der Entscheidung von Staatssekretär Hiehle Anfang November 1983. Dabei muss auch festgestellt werden: Wäre Kießling nicht auf der Suche nach Rehabilitierung selbst an die Öffentlichkeit gegangen, hätte es höchstwahrscheinlich keine „Affäre“ gegeben. Andererseits wäre es auch ohne Zutun des Generals ein Leichtes gewesen, investigativen Journalisten entsprechende Hinweise auf die Causa Kießling und deren Skandalpotential zu geben. Eine Einflussnahme der Staatssicherheit auf den späteren Verlauf der Affäre wäre eine spannende Theorie, für die aber bislang belastbare Indizien fehlen.

Angriff auf das Privateste eines Menschen

Noch eine weitere Frage wird leider bislang fast völlig außer Acht gelassen: waren der MAD und die im Zuge des Disziplinarverfahrens im BMVg gegen Kießling ermittelten Be-

amten überhaupt legitimiert, so tief in das Privateste, in das Intimste eines Menschen einzudringen? Diese Frage lässt sich mit Blick auf die gesetzlichen Grundlagen der Arbeit des MAD und auf die Regelungen der Wehrdisziplinarordnung schnell beantworten – und bejahen. Das klare „ja“ fällt aber nicht mehr so leicht, wenn ethische und moralische Aspekte in die Bewertung einbezogen werden. Es muss einen Kernbereich der privaten Lebensführung geben, der vor Eingriffen des Staates und eben auch des Dienstherren geschützt ist. Das Privateste eines Menschen und erst recht dessen Intimsphäre, natürlich auch die eines Soldaten, dürfen unter ethischen Gesichtspunkten nicht Gegenstand staatlichen Handelns sein – und damit erst recht nicht Ziel disziplinarer oder gar geheimdienstlicher Ermittlungen. Dieses Verbot gilt selbstredend nur, solange der Mensch sich im gesetzlichen Rahmen bewegt, also in seinem Intim- und Sexualleben keine Straftaten begangen hat oder begeht.

Diesen Grundsatz auf die Kießlingaffäre angewandt: Die Frage, ob Kießling eventuell homosexuell veranlagt war und irgendwelche Bars in Köln besuchte, hätte unter ethischen Gesichtspunkten nicht Gegenstand von Ermittlungen sein dürfen. Homosexualität unter Erwachsenen war seit der Novelle des § 175 StGB 1973 keine strafbare Handlung mehr. Rudolf Augstein hatte es schon im Januar 1984 im „Spiegel“ auf den Punkt gebracht: „Sollte er [Kießling] rehabilitiert werden, so wäre das so, als wollte man dem Seeräuber Störtebecker den Kopf wieder auf den Rumpf setzen, nachdem man ihn zuvor abgehackt hatte.“

Und dennoch bleibt auch ein wichtiges positives Fazit: General Kießling konnte seine Ehre mithilfe des Rechtswegs sowie investigativ und ohne Scheuklappen recherchierender Journalisten wieder herstellen – gegen den gesamten Apparat, die geballte Macht des Verteidigungsministeriums. Und hier liegt der große Unterschied zwischen den Fällen Fritsch und Kießling, der letztlich den riesigen Unterschied zwischen einem totalitären Unrechtsstaat und einem freiheitlich verfassten Rechtsstaat markiert. □

GKS-Akademie Oberst Helmut Korn

„Im Glauben verwurzelt“ – Leitsatz 1 der GKS

Wie können wir als Katholischer Verband in der Bundeswehr unseren Glauben unter Soldaten und in der Gesellschaft kommunizieren und für uns selber und für andere fruchtbar machen?

VON RÜDIGER ATTERMAYER¹

Das Thema der Akademie ist nach meiner Auffassung wirklich aktuell, denn „Kommunikation“ ist gerade in aller Munde – allerdings mit Blick auf die bange Frage „wer hört denn da mit?“. Genau dieser aktuelle Bezug zeigt uns aber die besondere Sensibilität von Kommunikation, denn sie ist das Mittel das hilft, Individuen zur Gesellschaft zu verbinden. Ich gebe aber zu bedenken, dass die Verfügbarkeit eines Mittels, das Informationen transportiert sicher nicht ausreicht, man muss auch etwas zu sagen haben! Damit sind wir aber bereits beim Anliegen dieser Akademieveranstaltung, denn darum ging und geht es seit ihrem Bestehen: Zum Berufsethos der Soldaten, die sich der Sicherheit und Freiheit der Völker, der Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechtes verpflichtet sehen, gehören auch Urteilsfähigkeit und darauf aufbauendes selbstbestimmtes Handeln. Um Fragen die damit zusammenhängen geht es der Akademie von Anfang an.

Ethische und religiöse Herausforderungen für christlich gebundene Soldatinnen und Soldaten in ihrem täglichen Dienst, so lautet der Untertitel der diesjährigen Akademie. Lassen Sie mich einen Aspekt davon herausgreifen. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten versteht sich selbst als ein freier Zusammenschluss vom eigenverantwortlichen Gläubigen in der Bundeswehr im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs.

Ich zitiere aus dem Leitershofener Programm: „Die GKS wird in dem besonderen Berufsbereich Bundeswehr und in den Bereichen Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit sowie Innere Führung tätig. Ziel ist es, aus der Perspektive des christlichen Glaubens heraus auf die Lebensfragen und die Lebenssituation der Soldaten und ihrer Familien Antworten zu geben. Sie will Katholiken in der Bundeswehr, Soldaten in der katholischen Kirche und

katholischen Soldaten in Staat und Gesellschaft sittlich-religiöse Orientierung und geistige Heimat bieten. Sie will ihre Anliegen, die sich aus den Besonderheiten des Soldatenberufes ergeben, in den Meinungsbildungsprozess von Kirche, Politik und Gesellschaft einbringen und in den Streitkräften zur Verwirklichung des christlichen Zeugnisses durch Besinnung, Bildung und Begegnung beitragen.“

„Im Glauben verwurzelt“ so lautet folgerichtig der erste der Leitsätze der GKS. Und dass es der erste Leitsatz ist, ist kein Zufall, denn er spricht die Wurzel unseres Denkens und Handelns an, nämlich das Bekenntnis zum Glauben an Jesus Christus und zu seiner Kirche. Dabei ist mir auch diese Kombination aus Glaube und Kirche wichtig. Wir bemühen uns um ein Leben aus diesem Glauben heraus und tragen auch dazu bei, Kirche auch unter den Soldaten Wirklichkeit werden zu lassen. Ich betone dies deshalb, weil „die (katholische) Kirche“ aktuell in der öffentlichen Kritik steht. Ich will hier nicht darauf eingehen wie populistisch viele Einwände dabei sind. Klar ist für mich einerseits, dass auch in un-

serer Kirche nicht alles Gold ist was glänzt. Klar ist aber auch, dass wir keine bessere Kirche haben als die, die wir mittragen und mitgestalten. Und noch klarer ist für mich, dass der Glaube nur in einer Gemeinschaft gelebt werden kann – diese Glaubensgemeinschaft ist die Kirche. Die GKS will und wollte schon immer ein Verband in der katholischen Kirche sein und dies ist für mich auch ohne Alternative – ich will erläutern warum.

Wenn ich in die Prinzipien der Gemeinschaft hineinschaue, wie sie in „Ziele und Wege“, dem Grundsatzprogramm der GKS dokumentiert sind, dann trägt insbesondere das Prinzip der „Spiritualität“ diesen Leitsatz Nr. 1 in seiner Umsetzung mit. Wie heißt es dazu:

1311. „Die GKS ist mehr als eine berufsbezogene Interessengemeinschaft. Ihr innerer Zusammenhang muss sich aus der Tatsache ergeben, dass hier Christen zusammenkommen und miteinander umgehen. So müssen zum



Bundenvorsitzender Oberst Rüdiger Attermeyer während seines Vortrages

¹ Oberst Rüdiger Attermeyer ist seit 2009 Bundenvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, diesen Vortrag hielt er während des 14. Seminars der GKS-Akademie im Bonifatiushaus in Fulda

Weltdienst immer auch Gottesdienst und Gebet als verbindende Kräfte treten.“ ...

Wenn zum Leitsatz Nr. 1 „Im Glauben verwurzelt“ das Prinzip der Spiritualität im dargestellten Sinne hinzukommt, spätestens dann ist klar, dass Gemeinschaft eine Grundlage für Glaubensleben ist. Spezieller noch will sich die GKS aufstellen, nämlich als eine Gemeinschaft, die einen bestimmten Personenkreis anspricht, quasi eine „spezialisierte“ Gemeinschaft – aber eben unter dem Dach der Kirche. So war das von Anfang an!

Am 17.03.1961 kommt es im Rahmen der zweiten Akademietagung des KMBA zur offiziellen Gründung des „Königsteiner Offizierkreises“ (KOK). Die „Königsteiner Grundsätze“ werden formuliert, die von Helmut Korn zusammengefasst wurden mit den Worten: „Wir sind uns bewusst, dass der ‚Königsteiner Kreis‘ durch ein konsequentes Entstehen für die staatsbürgerliche und politische Bildung aus dem Geiste christlicher Verantwortung und Toleranz einen wichtigen und wertvollen Beitrag zur geistigen Formung der Bundeswehr leisten kann“. – Dieser Ansatz „Aus dem Glauben heraus“ war also immer wesentliche Grundlage des Denkens und Handelns!

Wo stehen wir mit diesem Denkansatz heute?

Nun ist die Bundeswehr schon länger nicht mehr die Ausbildungsarmee der Gründerjahre, die allein durch die Präsenz gut ausgerüsteter, ausgebildeter und motivierter Soldaten abschreckend wirkt und schon dadurch ihren Auftrag erfüllt. Spätestens seit 1993 ist die Bundeswehr eine „Armee im Einsatz“ und auch wenn Einsätze damit nicht mehr grundsätzlich neu sind, so verlangt deren Intensität in Beanspruchung und Erleben für den Einzelnen jedoch nach Anhalt für das eigene Handeln. Die Frage nach den ethischen Grundlagen für das Handeln von Soldaten ist immer wieder aktuell zu beantworten.

Eine anerkannte Stärke der GKS ist die Kompetenz in ethischen Fragen des Streitkräfteeinsatzes. Ist es zulässig oder gar geboten Streitkräfte einzusetzen? In welchem Wirkverbund gilt dies? Hier hat sich die GKS bereits zu Beginn der Einsätze und wiederholt geäußert.

Vor welchem persönlichen Hintergrund müssen Soldaten heute Antworten auf diese drängenden Fragen finden?

In den Anfängen der Bundeswehr konnte treffend von einer kirchlichen Bindung von 90% der Soldaten ausgehen – etwas gleich zwischen katholischen und evangelischen Christen aufgeteilt. Diese Anteile sind grob geschätzt auf 30 + 30% geschrumpft. Dies bedeutet, dass die größte Einzelgruppe mit 40%, die der kirchlich Ungebundenen ist. Der Anspruch auf eine seelsorgerische Betreuung im Einsatz wird aber auch für diese Gruppe mittlerweile eindeutig bejaht! Das Erleben in den Einsätzen spricht hier eindeutig für diese Annahme, denn auch aus dieser Gruppe kommt hier entsprechende Nachfrage.

Zunächst ist festzustellen, dass ein großer Teil der Soldaten – und auch des Führerkorps – keine religiöse Bindung oder Orientierung hat. Das bedeutet, dass es bei ethischen Fragestellungen keine gewachsene, gemeinsame Grundlage gibt, auf der gedanklich aufgebaut werden könnte. Nun ist es mit dem neu etablierten lebenskundlichen Unterricht gem. ZDv 10/4 gelungen, die Unterrichtung

1. verpflichtend zu machen und
2. die beiden großen christlichen Kirchen mit der Durchführung zu beauftragen.

Darin liegt eine große Chance für die Militärseelsorge insgesamt, so auch für die GKS!

Die deutsche Geschichte hat uns gelehrt, dass Macht, und Soldaten üben im Einsatz immer Macht aus, wenn sie nicht ethisch gebunden ist, entarten kann. Für mich bleibt es daher zeitlos richtig, dass eine eigene, ethisch begründete Position der Verantwortung für den Soldaten grundsätzlich und für den militärischen Führer im Einsatz ganz besonders wichtig ist. Wo diese fehlt, herrscht Unsicherheit, weil ein Instinkt für das richtige Handeln nicht ausgeprägt ist.

Woran aber kann ich mich orientieren? Einfache Patientenzitate greifen nicht, denn niemand kann alle möglichen Situationen vorausdenken, die sich ergeben könnten. Also heißt es, sich auf Grundsätze zu beschränken, die verinnerlicht in der entscheidenden, konkreten Situation das instinktive Handeln bestimmen mögen. Ethische Grundlagen kann man sich bis zu einem gewissen Grad erarbeiten und auch verinnerlichen. Reines „Lernen“ reicht aber nicht aus, da nicht Wissen, sondern Verhaltensänderung das Ziel ist. Letztlich bedeutet dies aber nach meiner Auffassung, dass der Leitsatz „Im Glauben verwurzelt“ die Rückbesinnung auf die Basis aller Maßstäbe fordert, nämlich den göttlichen Willen, den zu Erkennen und umzusetzen Aufgabe aller Gläubigen bleibt.

Nun möchte ich noch einmal den Bogen zur übergeordneten Beziehung von Glaube und Kommunikation schlagen. Wenn wir gemeinsam Antworten auf diese existenziellen Fragen suchen, dann kommen wir an der Darstellung des eigenen Glaubens nicht vorbei, wenn wir diesen kommunizieren möchten. Dabei heißt der erste Schritt schlicht „Bekenntnis“, ein Schritt der in den Zusammenhängen des Alltages oft leichter gesagt als getan ist. Damit fängt für mich die Kommunikation des Glaubens aber ohne Zweifel an, dem „Outing“, wie man heute manchmal sagt.

Wie aber bin ich selber hier „vorangekommen“? Die Suche nach dem Maßstab eigenen Handelns war's!

Nachdem ich im Rahmen der Ausbildung zum Offizier in der Anwärterausbildung viel Handwerkliches des Soldatenberufes gelernt habe, wurde ich an der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg erstmals an ethische Fragestellungen des besonderen Berufes herausgeführt. Die rechtmäßige Anwendung von militärischer Gewalt und deren ethische Begründung auf Basis der Katholischen Soziallehre war schon ein spannendes Seminar, wenn es Prof. Ernst-Josef Nagel vermittelt hat. Es gab nie einfache Antworten und oft schwierige Fragen, aber es wurde bei mir damit ein grundlegendes Interesse geweckt. Aus heutiger Sicht glücklicherweise kam für mich eine große Unterstützung hinzu, die katholische Hochschulgemeinde war geistige Heimat, eine Gemeinschaft im Glauben, die in den Alltag hineingewirkt hat und die über die Ehemaligentreffen bis heute Bestand hat. Ich denke, dass diese Ansprache bei mir nur so funktionieren konnte, weil die Ansprache im Studium von einer Ansprache in der Glaubensgemeinschaft begleitet, ja getragen wurde. Das hängt

natürlich auch immer mit handelnden Personen zusammen, unser Hochschulpfarrer MD Günther Appold war schon ein wichtiger, integrierender Faktor.

Aus dem praktischen Erleben in den ersten Truppenverwendungen heraus habe ich mich dann für die Grundlage der Inneren Führung interessiert. Nicht nur für die Grundlagen, die das Zentrum Innere Führung vermittelt, sondern für die Wurzeln, die der Konzeption Innere Führung zu Grunde liegen und damit für das Menschenbild, das die Streitkräfte prägt. Dieses Menschenbild ist nicht nur geprägt von den Erfahrungen aus der Zeit des Dritten Reiches, sondern in gerade Abkehr davon ganz entscheidend von zutiefst christlichen Wertvorstellungen geprägt. Über dieses Wirkfeld wurde ich an die Gemeinschaft Katholischer Soldaten herausgeführt. Das alles konnte für

mich nur so funktionieren, weil mir der christliche Glaube grundlegend als Kind im Elternhaus vermittelt wurde. Was Eltern und Großeltern bewirkt haben verschwindet eben nie so ganz, auch wenn es zeitweise in den Hintergrund gerät. Ich weiß nicht und kann mir auch nicht vorstellen, wie Glaube als Erwachsener ohne diesen Kinder glauben entsteht. Insbesondere die Militärfarrer in der Einsatzbegleitung berichten, dass es viele Suchende gibt, die auf dem Weg sind und Maßstäbe für das Handeln als Soldat über das Handwerkliche hinaus und für ihr Leben allgemein suchen.

Für die berufsspezifischen ethischen Fragestellungen wird die GKS auch weiterhin antreten, auf der Basis der katholischen Sozial- und Friedenslehre und „im Glauben verwurzelt“. □

GKS-Akademie Oberst Korn

Glaube, Spiritualität und Grenzerfahrungen im soldatischen Dienst

VON BERTRAM BASTIAN

Unter diesem Titel hielt der Geistliche Beirat der Gemeinschaft Katholischer Soldaten auf Bundesebene, Militärdekan Bernd Schaller, seinen Vortrag während der GKS-Akademie Oberst Korn im Bonifatiushaus in Fulda. Im Programm wurde als Untertitel noch die Frage gestellt, ob sich diese Begriffe gegenseitig ausschließen würden oder ob gerade der Soldat in seinem dienstlichen Alltag einen einheitlichen Lösungsansatz finden könne.

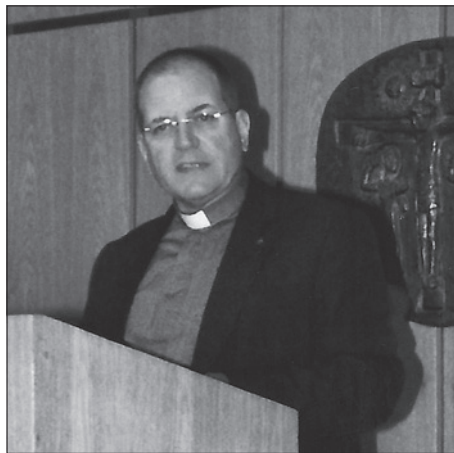
Nach seiner persönlichen Vorstellung, stellte Dekan Schaller die all entscheidende Frage nach dem Sinn des Lebens. Dabei stellte er klar, dass Grenzerfahrungen immer persönliche Erfahrungen seien, denn man selbst persönlich erlebe die Situation in dieser Weise. Auch Glaube und Spiritualität seien ganz persönliche Dinge, die nicht delegiert werden könnten. Beachtenswert sei hier die Tatsache, dass jeder persönlich die Dinge anders wahrnimmt – auch Dinge, die nicht veränderlich seien, werden durch die Person, ihre Wahrnehmung, mit ihrer Erfahrung und Wissenshintergrund anders gesehen und verarbeitet. Um eine Grundlage für die weitere Diskussion zu legen, zitierte Dekan Schaller Aristoteles: man könne den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen. So führe jeder selbst Regie auf seinem Lebensweg. Als gläubiger Christ ist der Alltag nicht per se glücklich, aber der Alltag lässt sich im Glauben besser erleben. Dies könne nur gelingen, wenn der Christ sich

mit den Kernpunkten seines Glaubens intensiv beschäftige, führte Dekan Schaller aus. Diese Beschäftigung und die Sicht auf die kernthemen des Glaubens sollten nicht im Geheimen bleiben, sondern mit anderen Menschen ge-

teilt werden, so Schaller weiter. Dies sei die Bedeutung von „Zeugnis ablegen“, das Geschenk des Glaubens mit anderen teilen. Man lerne zuerst von den anderen, bevor die Selbstreflexion einsetze, hier sei das Zitat von Goethe angebracht, bei dem es in Faust heißt: „Was Du ererbt von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen“. Was in unserem Falle hieße, dass man nach der Taufe nicht als „hineingewachsener Christ“ einfach so weiter machen solle, sondern sich mit dem Glauben beschäftigen solle, dies bedeute in erster Linie: mit der Bibel, der heiligen Schrift. Nicht an den Strukturen hängenbleiben, sondern sich mit den Inhalten beschäftigen, damit diese Quelle nicht

versiegt. Dekan Schaller sprach von der Faszination des Glaubens. Ein Weg, den man gemeinsam gehe. Es helfe nicht auf die „Profis“ – die Kleriker zu schauen – man müsse es selbst tun.

Bei der Spiritualität sehe es ähnlich aus. Nach verschiedenen Quellen boome die Spiritualität – oder das, was geschäftstüchtige Menschen daraus machten. Für uns Christen sei die Aussendung des heiligen Geistes am Pfingstsonntag das Entscheidende. Hier – wie im Glau-



Militärdekan Bernd Schaller während seines Vortrages

ben – gelte: Spiritualität wird dem Menschen gegeben, ob sie auch wahrgenommen, verarbeitet und gelebt werde, sei die persönliche Entscheidung des einzelnen Christen. Glaube und Spiritualität erlebe der Christ aber nicht in Strukturen, betonte Dekan Schaller erneut. Jeder glaube für sich selbst und auf eigene Weise, dies bedeute Vielfalt – somit sei Kirche Einheit in Vielfalt.

„Pilger sind wir Menschen“ zitierte Dekan Schaller ein Kirchenlied. Aber unterwegs zu sein, bedeute nicht, nebenher zu laufen, sondern miteinander zu gehen, und somit sich auch mit anderen und deren Ansicht des Glaubens auseinanderzusetzen. Wie man das in der richtigen Weise machen könne, zeige wiederum die Bibel. Indem man sich mit der heiligen Schrift beschäftige, sich mit seinem Namenspatron auseinandersetze, damit man Auskunft geben könne, was hinter seinem Namen stehe, all das hätte der „moderne“ Christ vergessen oder verdrängt zugunsten seiner Hobbys – seiner Selbstverwirklichung. Christsein stünde auf der „to do Liste“ weit hinten, obwohl es doch eigentlich ganz nach oben gehöre. Glaube habe erstmal nichts mit Kirche zu tun, sondern mit der persönlichen Seelenhygiene, führte Dekan Schaller aus. Alles er-

scheine im Alltag wichtiger, erst in den Grenzsituationen werden dann Gott zum Lückenbüßer für Unangenehmes.

Anschließend schilderte Dekan Schaller seine persönlichen Erfahrungen am Karfreitag in Kunduz, als nach dem Bibelfrühstück die Meldung über die gefallenen deutschen Kameraden im Lager eintraf. In einer solchen Situation greife man auf Erlerntes, Geübtes zurück, um nicht persönlich emotional „aus dem Ruder“ zu laufen, schilderte der Militärdekan dieses Ereignis. Während die Menschen in Deutschland den Ostersonntag feierten, war im Lager Trauergottesdienst. Ruhe habe er gefunden beim Anblick der Osterkerze unter dem Kreuz.

Mit dieser sehr persönlichen Schilderung kam Dekan Schaller zum Ende seines Vortrages zu dem Schluss, dass Glaube, Spiritualität und Grenzerfahrung sich nicht ausschließen, sondern beim im Glauben gefestigten Christen zur einheitlichen Lösung im Leben führe. Man solle Gott an sich heranlassen, andere durch Zeugnis mitnehmen und beim Wort nehmen. Ein kurzes Gebet beendete den Vortrag, bevor die Teilnehmer ihre Fragen stellen konnten. □

GKS-Akademie Oberst Korn

„Gebt Gott, was Gottes ist ...“ – Reibungen mit der Welt

VON BERNHARD MEURERS

Das war das Thema von Sr. Scholastika Jurt, Priorin der Arenberger Dominikanerinnen in Koblenz, die im Rahmen der diesjährigen GKS-Akademie Oberst Korn vorgetragen hat. Es war ein Vortrag, der alle Erwartungen übertroffen hat, und zwar vom Inhalt und von der Darbietung als solches her. Sr. Scholastika ist ein lebendiges Beispiel einer mit sich selbst und mit Gott im Reinen seienden Frau, die deshalb aber die Welt nicht negiert, sondern sich ihr stellt und um die Reibungen in ihr weiß. Und es ging nicht um die Steuer, die dem Kaiser und das fromme Opfer, das Gott zu geben sei. Das war es nicht. Im Gegenteil, es ging um Beziehungen. Beziehungen zu den Menschen und zu Gott in einer Welt der Unvollkommenheit, der Trends und der Störungen. Oder anders gesagt, es läuft auf die Liebe hinaus. Indem wir Liebe geben, geben wir Gott, was Gottes ist.

„Gebt Gott, was Gottes ist...“ – Reibungen mit der Welt. Das deutet schon an, dass das in dieser Welt nicht so einfach ist und mit ihr im Widerspruch zu stehen scheint, dass eben das, was Gott will, nicht unbedingt das ist, was die Welt will. Kirche und ihre Lehre und auch ihre christlichen Menschen sind eben nicht „von“ dieser Welt, obzwar „in“ dieser Welt. Mag sein, dass sich gerade deshalb die Reibereien ergeben und vielleicht sogar vorprogrammiert sind? Selbst das Kloster, in die sie lebt, sagt Sr. Scholastika, ist nicht frei von diesen Reibereien. Es ist keine „hei-

le“ Welt. Auch wenn es nicht „von“ ihr sein will: es lebt „in“ ihr – der Welt. Zu Beginn ihres Vortrages geht sie auf diese Welt, auf das „in ihr Sein“ ein. Denn wir alle sind Teil derselben und ihr somit unterworfen.

Wir befinden uns damit in den großen Megatrends unserer globalisierten Welt. Wir gestalten sie so und haben die Folgen zu tragen. Da ist es angesichts der vielen Probleme nicht einfach, das, was Gottes ist, zu finden.

Megatrends sind langfristige und übergreifende Transformationsprozesse, wirkungsmächtige Einflussgrößen, welche die Zukunft der Märkte prägen. Märkte sind aber letztlich die Menschen, die in ihnen arbeiten und leben. Megatrends lassen sich über Jahrzehnte beobachten und können mit einer großen Wahrscheinlichkeit auf mindestens 15 Jahre hinaus in die Zukunft projiziert werden. Sie kein Voraussehen der Zukunft, drücken aber eine relativ hohe Wahrscheinlichkeit für den Eintritt von Ereignissen aus. Sie erstrecken sich auf alle Regionen und ihren Akteuren in der Welt, auf alle Individuen, ihr Konsumverhalten und die Unternehmen mit ihren Strategien. Sie bewirken tiefgreifende Veränderungen in den Gesellschaften und gesellschaftlichen Teilbereichen, politisch, sozial und wirtschaftlich. Viele Menschen bleiben dabei auf der Strecke.

Veränderungen erzeugen immer Ängste und Unsicherheit, erst recht Dinge wie Megatrends und meist auch die Berichterstattung darüber. Sie sind mit Risiken und Gefahren verbunden, bedeuten aber auch Chancen und Innovation.

1 Oberst Bernhard Meurers ist Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten Österreichs (AKS)

Da ist zunächst der demographische Wandel. Die Weltbevölkerung wächst stetig und in großem Ausmaß. In der östlichen Hemisphäre werden die Menschen immer mehr, während in der westlichen die Bevölkerung immer mehr schrumpft. Beides führt zu ähnlichen Problemen, die Angst machen und wo man auch nicht so richtig weiß, diesen effektiv zu begegnen. Überalterung, Vereinsamung der Menschen, Ressourcenknappheit und Migration sind nur einige davon.

Immer signifikanter werdender Individualismus als globales Phänomen hat nur mehr lose und schwache Beziehungsbindungen sowie das Zerschneiden von Partnerschaften zur Folge. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer. Das Gesundheitswesen explodiert trotz aller technischen und wissenschaftlichen Fortschritte oder vielleicht gerade deswegen. Der Wandel der Geschlechterrollen, die Abwertung der Familie, neue Lebensformen, die digitale Alltagswelt mit ihren nicht ungefährlichen Kommunikationsmustern, die Globalisierung mit ihrer entfesselten Automatisierung und Gefahr für die Arbeitsplätze, schließlich der Klimawandel – das alles wird vielfach als bedrohlich empfunden; als ein Labyrinth, in dem die Menschen sich nicht mehr zurecht finden und bisherige Lebensordnungen nicht mehr ausreichend erscheinen. Wo soll da noch Platz für Gott sein? Und was soll man ihm da noch geben? Etwa von dem, was man in Hinkunft vielleicht selbst nicht mehr haben wird?

Die Reibungen mit der Welt sind die Polarisierung und Egoismus, der Verlust der Ehrfurcht vor dem Leben und die ökonomische Gewinnsucht Einiger. Es sind die Maßlosigkeit und Grenzenlosigkeit, die vor dem Mitmenschen keinen Halt mehr machen und welche nicht bereit ist, sich selber Grenzen aufzuerlegen. Sie lassen vor allem die schwachen Menschen auf der Strecke liegen. Der oben angeführte Individualismus ist unter diesem Aspekt keineswegs nur Folge von Verarmung und Einsamkeit, sondern oft auch der Umstand, frei zu sein und nicht belästigt werden zu wollen. Hier dürften auch die Ursachen liegen für die Reibungen. Die Megatrends sind nur deswegen gefährlich und Angst erregend, weil niemand Grenzen setzt, weil Menschen immer mehr wollen: mehr Nutzen, mehr Gewinn, mehr Macht etc. Diese Reibungen meint Sr. Scholastika, gibt es auch in der kleinen Welt ihres Klosters der Dominikanerinnen zu Arenberg in Koblenz. Das

Kloster sei keine heile Welt und auch dort könnten Menschen auf der Strecke bleiben, wenn man nicht Acht gibt.

„Gebt Gott, was Gottes ist“ liegt nicht in den materiellen Dingen, sondern ist dort, wo man Grenzen zieht zum Wohle des Anderen. Dort, wo es gilt, mit dem anderen in Liebe zu Rande zu kommen, auch wenn das oft auf die eigenen Nerven geht. Es geht darum, sich selbst zurück zu nehmen, es geht um Respekt, Liebe oder Zuneigung. Dies ist es, was wir Gott geben können und sollen. Letztlich ist hier die Grenzziehung zwischen dem „in der Welt“ und dem „nicht von der Welt“ – sein. Diese Grenze allerdings muss jeder selbst vollziehen. Wenn wir dafür sorgen, dass der

Mensch in diesen Reibungen der Welt nicht übrig bleibt, dann geben wir Gott, was Gottes ist.

Sr. Scholastika macht das für die Praxis an zwei Dominikanern fest, die heilig gesprochen wurden: Martin von Porres (1569 – 1639, Peru) und Bartolome de las Casas (1474 – 1566, Spanien).

Martin von Porres absolvierte eine heilkundliche Ausbildung, durch seine medizinischen Fähigkeiten und durch seine lebenswürdige und einfühlsame Art mit Menschen umzugehen, war seine Praxis viel besucht. Bald

wurden ihm sogar wundersame Heilungen nachgesagt. Er widmete sich dem Dienst der Krankenpflege. Nach und nach verwandelte sich das Kloster in ein Krankenhaus, bei dem es im Unterschied zu anderen keine Trennung nach Hautfarben gab. Als der Platz im Kloster nicht mehr ausreichte, gründete Martin ein Kinderkrankenhaus. (vgl. http://www.heiligenlexikon.de/BiographienM/Martin_von_Porres.html vom 18.02.14)

Las Casas behandelte seine Indios als Menschen, obwohl auch er sie als seine Sklaven betrachtete. 1511 begleitete Las Casas eine Expedition nach Kuba. Dort wurde der Indianerhäuptling Hatuey wegen seines Widerstandes gegen die Kolonisatoren zum Tod verurteilt; Las Casas wollte ihn vor dem Gang zum Scharfrichter noch zum Christentum bekehren, was Hatuey ablehnte, weil Las Casas ihm auf seine Frage antworten musste, dass es auch im Himmel Weiße gebe. Dieses Erlebnis machte ihm klar, wie das Walten der Kolonisatoren auf die Einheimischen wirkte; er erkannte, dass seine Aufgabe die Rettung und Befreiung der Indios sei. 1514 hatte er an Pfingsten die Predigt zu halten; beeindruckt von der Bibelstelle Jesus Sirach 34, 24 - 27 - „den Nächsten mordet, wer ihm den Unterhalt



Der Leiter der GKS-Akademie Oberst Korn, Oberst a.D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein mit Schwester Scholastika nach dem Vortrag

nimmt, Blut vergießt, wer dem Arbeiter den Lohn vorenthält“ – und unter dem Einfluss der Dominikaner, die die Behandlung der Indio-Sklaven kritisierten, prangerte er die Kolonialpraxis der Spanier als großes Unrecht und schwere Sünde an. Er entließ die Sklaven auf seinem Besitz und forderte alle anderen Sklavenbesitzer in seiner Predigt auf, seinem Beispiel zu folgen. (vgl. http://www.heiligenlexikon.de/BiographienB/Bartolome_Las_Casas.html vom 18.02.14)

- Gebt Gott, was Gottes ist...es ist die Liebe:
- Das, was Du liebst,
- was Deine Vorstellungskraft beherrscht,
- wird nichts unberührt lassen.

- Es entscheidet darüber,
- was Dich am Morgen veranlasst, aufzustehen,
- was Du mit Deinen Abenden anfängst, wie Du Deine Wochenenden verbringst,
- was Du liest, wen Du kennen lernst, was Dir das Herz bricht und was Dich in Erstaunen, Freude oder Dankbarkeit versetzt.
- Liebe, bleib in der Liebe, und das wird alles entscheiden. (Pedro Arupe SJ)

Mit diesem Satz, der wohl besonders in unseren Einsätzen gelten kann, den wohl größten Reibungen mit der Welt, schließt Sr. Scholastika ihren eindrucksvollen Vortrag. □

GKS-Akademie Oberst Korn

Ist der gläubige Soldat der bessere Führer?

VON BERTRAM BASTIAN

Zu diesem Thema trug der Abteilungsleiter Führung im Kommando der streitkräftebasis, Brigadegeneral Dipl.-Inform. Reinhard Kloss, vor. Nach der Vorstellung durch den Leiter der Akademie, Oberst a.D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, ergänzte Brigadegeneral Kloss die Vorstellung in seinem privaten Bereich und in der Rolle der Katholischen Kirche in seinem Leben. Zu dem Thema präzierte er, dass der „Gegenstand“ seiner Erläuterungen der gläubige Soldat sei, der töten muss oder als Führer den Befehl geben muss, zu töten. Als gläubiger Soldat sei in seinem Vortrag der christliche Soldat gemeint, der als militärischer Vorgesetzter seinen Dienst in der Bundeswehr ausübe.

Der Beginn seiner Ausführungen war einer Reihe von Begriffsbestimmung gewidmet, in denen er Grundlage schuf für den weiteren Vortrag. Die Begriffe Ethik, Moral und Sitte wurden als gemeinsame Basis für das folgende erläutert. Danach führte Brigadegeneral Kloss aus, dass die Grundlage in der Bundeswehr nach wie vor die Innere Führung sei, die – losgelöst vom Taufschein – konfessionsübergreifend aufgebaut sei. Er kam auf den „Vater“ der Inneren Führung zu sprechen, Wolf Graf von Baudissin, der aus der evangelisch-lutherischen Kirche kommend, sein Wirken und Handeln unter das Leitmotiv stellte: „Ich habe immer nur versucht, ein guter Christ zu sein“. Grundlage des Beitrages von Wolf Graf Baudissin zur Himmeroder Denkschrift – die Grundlage des Wehrbeitrages Deutschlands, erstellt von ehemaligen Offizie-

ren der Wehrmacht 1950 in einem Eifeler Kloster – sei unter anderem auch die Schrift Martin Luthers gewesen: „Ob Kriegsleut in seligem Standes sein Können“. Anlass zu dieser Schrift Luthers 1526 war die Anfrage des Ritters Assa von Kram zu diesem Thema. Luther unterschied in dieser Antwort streng nach Amt und Person. Das Amt des Soldaten sei per se nicht gut oder schlecht. Nur wer als Soldat gut oder schlecht handle sei somit zu beurteilen.

Hier könne man eine Analogie zu den gängigen Vorschriften der Bundeswehr ziehen, führte Kloss aus, denn letztendlich sei durch diese „deutsche militärische Führungskultur“ das Gewissen des Einzelnen die letzte Instanz. Was durch höchstes Gerichtsurteil in letzter Zeit bestätigt wurde, so Kloss weiter. Er schlug einen Bogen von den Kardinaltugenden Platons über die geistlichen Tugenden des Thomas von Aquin bis zu den charakterlichen Tugenden Helmuth von Moltkes. Diese würden den wahren christlichen Soldaten ausmachen und nicht die „Plattheiten“ von denen das

„christian soldier coin set“ als Beispiel dienen solle. Sein Fazit lautete, dass der gläubige Soldat nicht zwangsläufig der bessere militärische Führer sei, aber er bringe in aller Regel das notwendige Koordinatensystem mit, um die geistesprüfung schneller, manchmal auch besser zu treffen. Dass der gläubige Soldat schneller entscheide, habe sich in der Konstanzer Dilemma Methode bewiesen, schloß Brigadegeneral Kloss seinen Vortrag. □



Brigadegeneral Reinhard Kloss im Gespräch mit dem Teilnehmer des Seminars Oberstleutnant Hanko Baumann

Verheißung des Geistes – das eingelöste Versprechen

Lesung: Apg 8,5-8;14-17 / Evangelium: Joh 14,15-21

VON GEORG KESTEL¹

Motivierte Menschen

Eine Imagekampagne des Deutschen Handwerks präsentierte vor einigen Monaten auf Großplakaten und in Werbespots Frauen und Männer verschiedener Berufe. Der Bäcker sagt: Ich backe keine Brötchen. Ich arbeite am perfekten Morgen. Der Brauer: Ich braue kein Bier. Ich verteidige den Ruf Deutschlands. Der Optiker: Ich schleife keine Gläser. Ich schärfe deine Sinne. Der Konditor: Ich mache nicht satt. Ich mache selig. Bauarbeiter: Ich baue keine Stadien. Ich gebe 80.000 Menschen ein Zuhause. Die Friseurin: Ich schneide keine Haare. Ich rette dein nächstes Date. – Ideenreich und sympathisch wird hier eine Sache auf den Punkt gebracht: es gibt für die alltäglichen Handgriffe der einzelnen Person einen Antrieb, eine Idee, eine Vision, ein Ziel, einen Sinn. Aus dieser Motivation heraus bieten sie ihre Dienstleistung an und verschönern dadurch das Leben ihrer Mitmenschen. Wie man das immer auch nennt, was sie antreibt, kurz: hier herrscht ein bestimmter Geist! Wir sprechen ja auch sonst vom guten oder schlechten Geist, z.B. in einer Gruppe und meinen damit ihre Ausstrahlung, urteilen über ihr Image, machen uns ein Gesamtbild.

Schwieriger allerdings wird es, wenn wir die gewöhnliche Sprachebene verlassen und vom Geist Gottes reden, wie es Jesus im Evangelium tut. Man kann den Geist nicht mit Worten definieren, nicht begreifen und erklären wie eine rein innerweltliche Sache, ihm nicht so gegenüber treten wie einer menschlichen Person. Aber das geht uns doch schon so bei irdischen Dingen wie Gesundheit, Glück, Erfolg, Freiheit, Freundschaft und Liebe. Diese Güter kann niemand umfassend begreifen, beschreiben, geschweige denn herstellen wie ein Produkt, kaufen oder einklagen. Solche Werte verweigern sich dem Besitzdenken, sie bleiben immer ein Stück Geheimnis. Sie entziehen sich jedem Machtanspruch, denn sie sind hauptsächlich ein Geschenk und alles andere als selbstverständlich. Aber wir verfügen durchaus über feine Antennen dafür, könne ziemlich genau angeben, „wes Geistes Kind“ jemand ist, ob jemand Vertrauen verdient, zur Freundschaft taugt, was er oder sie für ein „Typ von Mensch“ ist.

Vielfach wirkender Geist

Im Evangelium, einem Teil aus den sogenannten Abschiedsreden bei Johannes, spricht Jesus vom Geist Gottes. Er bezeichnet ihn als Beistand; als einen Garanten für die Erkenntnis der Wahrheit; als einen, der nicht mit der Welt deckungsgleich ist und eine Eigenständigkeit

besitzt; als eine Kraft, die die Jünger durch diese Epochen der Weltzeit bis zur Wiederkunft Christi begleitet und nicht als Waisenkinder zurücklässt. Sehr unterschiedliche Aussagen, die eines deutlich machen: nur in Bildern kann vom Geist Gottes gesprochen werden; in mehreren Anläufen, die ein Geheimnis umkreisen. Eine Bandbreite ganz verschiedener Aussagen kennzeichnet von Anfang die christliche Redeweise vom Geist Gottes. „Geliebtes Kind hat viele Namen“, sagt der Volksmund. Gottes Geist brems die Hitzköpfe aus und schiebt die Ängstlichen an; er ist hier Sturmwind und dort sanftes Säuseln; milder Trost, aber auch unbequemer Stachel; Bewahrer der Tradition wie auch Anstifter zum Neuen; Aufbruchenergie der Mutigen und Rastplatz für die Müden. Der Geist weht eben, wo und wie er will (vgl. Joh 3,8f). Er gibt Kraft und Besonnenheit zugleich (2 Tim 1,7). „In der Unrast schenkst du Ruh“, so die Pfingstsequenz, ein altes kirchliches Gebet um das Jahr 1200, „hauchst in der Hitze Kühlung zu. Was befleckt ist, wasche rein, Dürrem gieße Leben ein. Wärme du, was kalt und hart, löse, was in sich erstarrt“. Er steuert dagegen, wenn etwas ins Extrem zu kippen droht. Es ist der Geist der Einheit – Vertreter einer gesunden Mitte, nicht Anwalt des faulen Kompromisses. Er wird erfahren, wo „Feinde wieder miteinander sprechen, Gegner sich die Hände reichen und Völker einen Weg zueinander suchen“ (Hochgebet Versöhnung).

Eingelöstes Versprechen

„Ich werde euch nicht als Waisen zurücklassen“, einen Beistand haben, „der für immer bei euch bleiben soll“: diese Aussagen Jesu über den Geist sind ein großes Versprechen. Bleiben es leere Worte? Die Lesung aus der Apostelgeschichte berichtet davon, dass dies nicht ohne Wirkung geblieben ist. Gottes Geist hat sein Wort gehalten. Er ist die Kraftquelle der jungen Kirche. Philippus verkündet das Wort Gottes im Gebiet der Samariter und hat Erfolg damit. Er wirkt sogar Wunder und allenthalben herrscht große Freude über den Glauben, so dass er aus Jerusalem weitere Apostel zur Verstärkung für das Missionsteam anfordert. Diese bitten um den Geist Gottes für die Neubekehrten und legen ihnen die Hände auf.

Ein Szenario, das aus heutiger Sicht nur Neid erregen kann. Schön wär's. Uns aber laufen mehr Leute davon als vor den Kirchentüren stehen und Einlass begehren. Doch das Versprechen Jesu gilt auch noch für uns heute. Halten wie das noch für möglich? Warum sind wir heute oft so resigniert, wenn es um die Zustandsbeschreibung des Glaubens geht in Deutschland, in Mitteleuropa? Hätten Philippus und seine Gefährten damals nicht vielmehr Grund zur Klage gehabt als wir? Sie haben den Geist Gottes erbeten und durften ihn erfahren – trotz ihres absoluten

¹ Monsignore Georg Kestel ist Generalvikar der Erzdiözese Bamberg war vor dieser Zeit der Geistliche Beirat der GKS auf Bundesebene und hielt diese Predigt während des Gottesdienstes bei der Exkursion der Teilnehmer nach Bamberg

Minderheitenstatus am Beginn der frühen Kirche, trotz einer bereits sich abzeichnenden Verfolgung, trotz ungewisser Zukunftsperspektiven, was die Nachfolge Jesu betrifft.

Unser Problem mit der Glaubensweitergabe besteht darin, dass wir immer noch auf vorgefertigte, anscheinend selbständig und selbstverständlich laufende Glaubensweitergabe im Modell der alten Volkskirche setzen und dann aber merken, dass dieser Hülle der Inhalt fehlt: nämlich die persönliche Glaubenserfahrung, eine eigenständig erworbene Überzeugung, Gottes lebendiger Geist als Antrieb. Gerade in dieser Situation macht uns der Apostel Philippus Mut, auch bei uns heute nicht immer nur negative Bilanz zu ziehen. Wagen wir es doch ruhig, auch das Positive und Mut machende unseres kirchlichen und gemeindlichen Alltagslebens zu sehen! Bei der Kriminalitätsrate und anderen gesellschaftlichen Problemen spricht man von einer Dunkelziffer und meint das, was sich statistisch nicht erfassen lässt. Im Leben unserer Pfarrgemeinden gibt es etwas Ähnliches – allerdings auf höchst positive Weise. Keine Dunkelziffer, sondern eine stolze unbekannte Größe, zahlreiche Leuchttürme, wirklich viel Beispielgebendes, Werke des Geistes, was oft übersehen wird, wenn wir nur auf gewisse Statistiken mit negativer Tendenz starren. Ob das Engagement vieler Haupt- und Ehrenamtlicher in der Sakramentenkatechese, die Bereiche Ökumene, Erwachsenenbildung, Caritas und Weltkirche, das Interesse für Spiritualität, die Sorge um die Liturgie, die wachsende Hospizbewegung, der Dialog mit anderen Religionen – ist auf allen diesen Gebieten der durchschnittliche Aktivierungsgrad der Gläubigen in vielen Gemeinden nicht viel höher als noch vor Jahrzehnten?

Hilfreiches Gebet

Woher nehmen wir dafür die Kraft? In der Apostelgeschichte ist ein entscheidender Punkt genannt: Pe-

trus und Johannes helfen dem Philippus bei der Missionsarbeit, sie kommen aus Jerusalem nach Samarien und bitten um den Geist Gottes. Gerade angesichts erfolgreicher Missionsarbeit weiß der Verkünder, dass er auf die Hilfe „von oben“ angewiesen ist. Der heilige Ignatius von Loyola, der Gründer des Jesuitenordens, wird in der Anfangszeit seiner Aktivitäten, als er Gefährten um sich sammelt und noch keine Priesterweihe hat, von den Amtsträgern stark kritisiert und einmal sogar vor die Inquisition zitiert. Man wirft ihm vor, dass er und seine Freunde ohne Vollmacht über den Heiligen Geist predigen. Ignatius antwortet: „Wir reden nicht vom Geist Gottes, wir beten zu ihm“.

Das Gebet im Geist und zu ihm gibt den Aposteln Vertrauen und Mut. Denn ihre Kraft und Überzeugung kommt aus dem, was der 1. Petrusbrief so nennt: eine Hoffnung, die sie erfüllt und aus der heraus sie jedem Rede und Antwort stehen können (1 Petr 3,15). Das ist der Mehrwert, den Gottes Geist ausmacht. Das ist die originale und richtige Reihenfolge: Selber vom Glauben überzeugt sein und dann vor anderen Zeugnis geben – ohne Sicherheit, ohne Kalkulation, ohne Erfolgsgarantie.

Erinnern Sie sich noch an meine einleitenden Worte über die Handwerks-Kampagne? Auf einen vom Geist erfüllten Glauben übertragen, könnten diese Werbesprüche etwa so abgewandelt werden: Ich gehe nicht einfach in die Kirche. Ich nehme teil an der Feier unseres Glaubens. – Ich bin nicht nur aus Gehorsam ehrlich zu meinen Mitmenschen. Ich lege ein Zeugnis ab für die Nächstenliebe und das Gute im Menschen. – Ich bin nicht nur einfach Kirchenmitglied. Ich entscheide mich stets neu bewusst für meinen Glauben. Ich engagiere mich nicht bloß so in der Heimatpfarrei, in der Militärseelsorge und im Verband. Ich baue mit an der Kirche von morgen. □

Kurznachrichten

Josef ist Vorbild für alle Erzieher

Papst Franziskus empfiehlt den heiligen Josef als Vorbild für alle Erzieher. Als Vater Jesu habe er seinen Sohn fürsorglich betreut und in seinem körperlichen und geistigen Wachstum begleitet, sagte er bei seiner Generalaudienz am 19. März, dem Fest des heiligen Josef. Gemeinsam mit Maria habe er dafür gesorgt, dass es dem Sohn an nichts fehle, was für eine gesunde Entwicklung notwendig sei. Insbesondere aber habe er ihn bei seinem Wachsen an Weisheit, Alter und Gnade begleitet.

Der heilige Josef sei ein Vorbild für Erzieher, besonders für die Väter, sagte der Papst vor geschätzt etwa 80.000 Menschen auf dem Petersplatz. Franziskus gratulierte allen Vätern am Tag des Kirchenpatrons und betete für sie gemeinsam mit allen Anwesenden. Josef sei ein Vorbild für alle Väter, ihren Kindern nahe zu sein und sie unter ihrer Begleitung wachsen zu lassen. Er sei aber auch ein Vorbild für alle Priester und alle, „die in Kirche und Gesellschaft eine Aufgabe im Erziehungsbereich wahrnehmen“, so Franziskus.

Der heilige Josef habe Jesus „durch sein Beispiel erzogen, durch das Beispiel des Gerechten, der sich stets vom Glauben leiten und führen ließ“, so der Papst in seiner Ansprache. Er habe seinen Sohn das Handwerk des Zimmermanns gelehrt und ihn zu Respekt, Ehrfurcht und Gehorsam gegenüber Gott angehalten. Er habe ihn in die Synagoge mitgenommen und ihm beigebracht, auf die Heilige Schrift zu hören.

(KNA)

GKS-Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler

Neujahrestreffen Bad Neuenahr-Ahrweiler

Da steht doch die Welt „Kopf“ – ja, die Welt wird sozusagen „auf den Kopf gestellt“ mit dem, was Christen in aller Welt feiern! Mit diesen Worten begrüßte der Vorsitzende Michael Wilke die Teilnehmer des Neujahrestreffen des Kreises Bad Neuenahr-Ahrweiler. Die Gemeinschaft katholischer Soldaten (GKS) Bad Neuenahr-Ahrweiler hatte nach dem Dreikönigstag zum Neujahrestreffen geladen.

Hochrangige Leute kamen damals zu Besuch, aber nicht zu einem Staatsempfang in eine Kanzlei oder gar in ein Schloss, sondern in eine einfache Hütte, in eine Notunterkunft. Es ging um eine junge Frau, dazu ihren Lebensgefährten und den jungen Sprössling, neu geboren – diese junge Familie ohne festen Wohnsitz war froh, wenigstens ein Dach über dem Kopf zu haben, kurz zuvor, als das Kind auf die Welt gekommen ist.

Bis heute wirkt dies nach, und wie! Mit den Sternsängern, sie bringen den Segen zu uns nach Haus. Segen von Gott – und auch bei uns steht so „die Welt auf dem Kopf“,



denn auch die meisten von uns sind „einfache Leute“, zu denen „hoher Besuch“ kommt: Gott kommt zu uns, in unser Leben. Dieser Segen wird uns auch durch dieses Jahr begleiten!

Mit dieser Zuversicht wollen wir mit unserer Gemeinschaft hier im Ahrtal neue Akzente setzen. □

(Text und Foto: Michael Wilke)



Die Intrige hob interessiert die Augenbrauen und die Neugierde konnte sich kaum zurückhalten. die Begeisterung und die Euphorie jauchzten vor Vergnügen, die Freude machte so viele Luftsprünge, dass sie auch den Zweifel überzeugte und sogar die Gleichgültigkeit machte mit. Alle versteckten sich. Nur die Wahrheit bevorzugte es, sich nicht zu verstecken. „Was bringt das?“, fragte sie, am Ende würde man sie sowieso entdecken. Der Stolz meinte herablassend, es sei ein dummes Spiel und die Feigheit zog es vor, nichts zu riskieren. Der Wahnsinn suchte und fand sie alle:

Faulheit, Glaube, Verlangen, Leidenschaft, Neid, Triumph, Egoismus, Schönheit, Zweifel usw.

Nur die Liebe nicht, doch da half ihm der Verrat!

Der nämlich flüsterte ihm zu, er solle doch mal im Rosenbusch nachsehen.

Langsam fing der Wahnsinn an, die Zweige des Strauches auseinander zu schieben, als plötzlich ein greller Schrei ertönte.

Die Dornen der Rosen hatten der Liebe die Augen zersto- chen!!!

Der Wahnsinn war ratlos. Er wollte nun die Liebe nie mehr verlassen und immer an ihrer Seite sein.

Seit dieser Zeit, seit das erste Mal auf Erden Verstecken ge- spielt wurde, ist die Liebe blind und der Wahnsinn ihr Be- gleiter!

Als Erinnerung an den Patron der Liebenden erhielt jeder Wanderer ein kleines Herz mit einem Zitat zur Liebe aus der Bibel. □

(Text und Foto: Michael Wilke)

GKS-Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler

Wanderung zum Valentinstag

Die Liebe und der Wahnsinn, Erzählung zum Valentinstag.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) Bad Neuenahr-Ahrweiler hatte zur Winterwanderung in der Eifel eingeladen. Mit dieser Geschichte überraschte Vorsitzender Michael Wilke die Wanderer bei der Rast auf ihrer Wanderung durch die Wacholder Heide in der Eifel. *Die Geschichte erzählt, dass alle Eigenschaften und Ge- fühle des Menschen eines Tages ein Treffen hatten. Als die Langeweile schon zum dritten Mal gähnt hatte, schlug der Wahnsinn vor:*

„Lasst uns doch Verstecken spielen!“

GKS-Kreis Wahn

Folgen des „arabischen Frühlings“

Der GKS-Kreis WAHN führte unter der letztmaligen Lei- tung von Albert Hecht am dritten Advent ein Famili- enwochenende unter dem Thema „Folgen des arabischen Frühlings für die muslimische Welt und für Europa“ im Tagungshotel Maria in der Aue in Wermelskirchen durch. Die Referenten Arno Tappe und Viktor Penner stellten anhand von Karten anschaulich dar, wer die Player in der Region sind. Es gab einen Einblick in die arabisch-mus- limische Welt und wie die Region Naher Osten im Wan- del liegt. Die Teilnehmer konnten sich anschließend auf dem Weihnachtsmarkt im Innenhof des ehemaligen Jagd- schlosses bei Glühwein und Waffeln mit heißen Kirschen „erholen“. Am Samstagabend, vor dem legendärem Bingo,

erhielt Albert Hecht vom Vorsitzenden des Nachbarkreises Nörvenich, Matthias Hasebrink, als Dank für seinen langjährigen Vorsitz des GKS-Kreises WAHN ein Präsent in flüssiger Form. In der Mitgliederversammlung wurden Michael Nickolaus und Thomas Rohloff als neue Vorsitzende des GKS-Kreises WAHN gewählt, die sich zum Ziel gemacht haben, die Gemeinschaft der Katholischen Soldaten in Köln-Wahn auf ein breites Fundament zu stellen. Das bewährte Kinderbetreuungsteam hatte wieder interessante Spiele und weihnachtliches Bastelmaterial für die zahlreichen Kinder mitgebracht.



Ein besonderer Dank geht an Herrn Militärdekan Hans-Richard Engel, der in der Predigt zum Thema „Advent“ auch die Kinder wieder kindgerecht mit einbezogen hat. Auch für das Jahr 2014 hat der GKS-Kreis WAHN sich einiges vorgenommen. □

(Text und Foto: Dirk Ponzel)

GKS-Kreis Unna – Ahlen

Stiftung Weltethos

„Kein Friede zwischen den Nationen ohne Friede zwischen den Religionen“

Ein entspanntes und zugleich sehr interessantes Familienwochenende führte der GKS Kreis UNNA-AHLEN am 1. Adventswochenende im Tagungshaus „Maria in der Aue“ durch. Nach einer staureichen Anreise konnte der neue 1. Vorsitzende Oberfeldwebel Stefan Domeinski 24 Teilnehmer begrüßen. Wie immer eine bunte Mischung aus Kindern, Jugendlichen, Jungen und Junggebliebenen.

Nachdem alle ein schmackhaftes Abendessen genossen hatten, wurden die Teilnehmer von dem Referenten Walter Lange (Bild 1, links) von der Stiftung Weltethos durch einen 45-minütigen Film über das Leben und Wirken des Schweizer Theologen Prof. Hans Küng auf das Thema Selig sind die Frieden stiften – Eine Aufgabe für wen? Die goldene Regel als Maßstab für Friedensbemühungen eingestimmt, dessen Leitidee die Überschrift ist. Im Anschluss daran schloss sich noch eine Diskussionsrunde an, womit dann der Bildungsteil des 1. Tages beschlossen wurde. Gemeinsam ließ man den Abend in geselliger Runde ausklingen.

Frisch gestärkt ging es nach einem reichhaltigen Frühstück in den samstäglichen Bildungsteil. Die Mitglieder interessierten sich sowohl für die trennenden, als auch für die verbindenden Elemente in den Weltreligionen. So ist die goldene Regel besonders Sinn stiftend, aber auch für die Friedensarbeit von besonderer Bedeutung. Dabei muss insbesondere das Selbstverständnis der Religionen berücksichtigt werden. Dort, wo Religion staatstragend und als alleinige Wahrheit definiert wird, kommt es eher zu Fundamentalismus; die Freiheit der einzelnen Personen und ihre Überzeugungen tritt in den Hintergrund.

Dies widerspricht in starkem Maße der christlichen Religion. So konnte sich in den Bereichen, in der die naturwissenschaftliche und politische Aufklärung stattgefunden hat und die Freiheit der einzelnen Personen durch die Definition von Menschenrechten eine besondere Bedeutung hat, Demokratie entwickeln. Dieses Modell ist nicht auf alle Bereiche der Welt zu übertragen, besonders dort nicht, wo Religion als Lebensmodell verstanden wird und das sämtliche Bereich der gesellschaftlichen Entwicklung zu erfassen hat. In jedem Fall hat das Thema deutlich dazu beigetragen, den interreligiösen Dialog für die Friedensarbeit, auch von Soldatinnen und Soldaten, besonders darzustellen. Die großen Weltreligionen wurden in Wort und Bild dargestellt, es entstanden interessante Vergleiche und lebhaft Diskussionen, die durch den Referenten lange professionell unterstützt und geleitet wurden.

Die Kinder u. Jugendlichen wurden während dieser Zeit beim gemeinsamen Kegeln und im Schwimmbad bestens betreut.

Am Nachmittag wurde gemeinschaftlich in gemütlicher Runde stimmungsvoller Adventsschmuck aus Pinienzapfen gebastelt, alles unter Aufsicht unserer „Bastelbeauftragten“ Anke Alberti, zeitgleich wurde nochmals der thematische Morgen resümiert. Nach einem sehr interessanten Tag klang der Abend dann auf dem hauseigenen Weihnachtsmarkt und traditionell beim adventlichen Abend mit selbstgebackenen Plätzchen stimmungsvoll mit guten und interessanten Gesprächen aus.



Im Vordergrund am Sonntag stand wie immer der Gottesdienst in der Kapelle. Im Anschluss daran trafen sich alle Mitglieder nochmals zu einer Abschlussrunde; alle waren sich einig, dass es ein entspanntes, thematisch sehr interessantes und lebhaftes Wochenende mit vielen guten Gesprächen war. Die Teilnehmer freuen sich auf ein gesundes Wiedersehen im Juni in Brilon. □

(Text und Fotos: Alexandra Krampe)

Der blinde Spiegel

Deutschland im afghanischen Transformationskrieg

Der Autor des Buches Dr. phil Klaus Naumann ist Historiker und Wissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung und Mitherausgeber der „Blätter für deutsche und internationale Politik“.

In seiner Einleitung beschreibt Naumann den Afghaneinsatz von Anbeginn an und schildert die Lage in dem Land am Hindukusch als einen Blick in den Spiegel, der blinde Flecken aufweist, sodass der Blick in diesen Spiegel getrübt ist und die reale Wahrnehmung verzerrt. Schwerpunkt seiner Analysen sind die von ihm geschilderten Transferprobleme zwischen Politik und der Taktik im Einsatzland, nicht nur bezogen auf das Militär, sondern auf alle Akteure bezogen, die diesem von einem über 30 Jahre dauernden Krieg geschundenen Land und den Menschen darin, Frieden und dann folgend Aufbau bringen wollten. Er erläutert dem Leser, wie der Primat der Politik in Institutionen wirkte, welche auf einen solchen Fall in keinsten Weise vorbereitet, geschweige denn organisiert waren. Nach seinen Worten bringt die Lageanalyse die bestechende Chance, sich durch die gemachten Erfahrungen auf eine Zukunft vorzubereiten, in der solche Einsätze wieder auf das wirtschaftliche starke Deutschland zukommen werden. Der Autor schrieb sein Werk zwar vor den Reden des Bundespräsidenten Joachim Gauck und der neu ernannten Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen bei der Münchner Sicherheitstagung, es ist aber zu wünschen, dass seine kritischen Anmerkungen von der



Politik wahrgenommen werden, vielleicht sogar teilweise umgesetzt werden.

An den Fallbeispielen „Aufstandsbekämpfung“, „Provincial Reconstruction Teams“ und der Polizeiausbildung schildert er eindringlich und verständlich, welche Probleme es mit sich bringt, wenn eine durchstrukturierte Organisation wie das Militär mit anderen, nicht so deutlich strukturierten Organisationen gemeinsam wirken soll. Wenn dann auch noch der „schwächere“ Partner eine Federführung übernehmen soll, die er auf Grund seines Aufbaues gar nicht meistern kann, dann wird der Andere zum Sündenbock der politischen Versäumnisse, weil er durch die normativen Zwänge vor Ort in eine Rolle gedrängt wird, die ihm nicht zugestanden wird. Naumann sieht hier einen erhöhten Handlungsbedarf bei den politischen Institutionen, die Verantwortung tragen, unter anderem auch für den Einsatz der Soldatinnen und Soldaten, die ihr Leben einsetzen. Deshalb ist es gut, wenn Naumann die Trauerreden berücksichtigt und in das Gesamtbild einfließen lässt. Ein gut lesbares Buch, das sehr offen die Probleme anspricht, nicht polemisch, sondern analysierend und danach Lösungswege aufzeigt.

Der blinde Spiegel – Deutschland im afghanischen Transformationskrieg von Klaus Naumann, Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH, Hamburg, 204 Seiten, ISBN 978-3-86854-264-6

Der Tote im Glockenstuhl

Der Titel lässt es vermuten: heute stelle ich Ihnen einen Kriminalroman aus dem Benno-Verlag in Leipzig vor. Unter dem Motto „himmlische Kriminalfälle“ stellt Steffen Mohr menschliche Verfehlungen vor, die durch Pater Thomas gelöst bzw. aufgeklärt werden. Seit den Fällen von Pater Brown oder im deutschen Sprachraum Pfarrer Braun (dargestellt durch Ottfried Fischer) ist ein kriminalistischer Seelsorger dem Publikum kein Unbekannter mehr.

Im vorliegenden Buch löst Pater Thomas einen Fall auf seine Art, losgelöst von den Zwängen der notwendigen Justizbürokratie, und hilft (ohne zu viel preisgeben zu wollen) auch dem Täter/Täterin/Tätergruppe auf den rechten Weg, sprich Reue und Buße. Für die anstehenden Frühlings- und

Sommertage genau die richtige Lektüre, um im Liegestuhl im Garten die göttliche Natur und leichte Kost zu genießen, die aber fesselnd geschrieben ist. Man legt diesen „Krimi“ nicht vor der Auflösung aus den Händen.



Steffen Mohr, Der Tote im Glockenstuhl, St. Benno-Verlag GmbH, Leipzig, 128 Seiten, ISBN 978-3-7462-3873-9



Termine für das Laienapostolat in der Kath. Militärseelsorge



2014 Allg. Termine u. Bundesebene

- 14. – 20.05. 56. Int. Soldatenwallfahrt nach Lourdes
- 14. – 18.05. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
- 27. – 28.05. VV ZdK, Regensburg
- 28.05. – 01.06. 99. Katholikentag, Regensburg
„mit Christus Brücken bauen“
- 13. – 15.06. Vorstand KR
- 27. – 29.06. Seminar Funktionsträger
- 02. – 06.07. Seminar 3. Lebensphase, Fulda
- 04. – 06.07. Bundesvorstand GKS, Berlin
- 28.07. – 03.08. Salzburger Hochschulwochen
- 13. – 14.09. Vorstand KR, Cloppenburg
- 14. – 19.09. 54. Woche der Begegnung, Cloppenburg
- 15. – 19.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
- 06. – 08.11. Vorstand KR, Berlin
- 21. – 22.11. VV ZdK, Bonn-Bad Godesberg
- 21. – 23.11. Bundesvorstand GKS, Fulda

Bereichs-/Arbeitskonferenzen / Familienwochenenden

KMiD Kiel / GKS Nord / Küste

31.10. – 2.11. DAK, Ort wird noch bekannt gegeben

KMiD Berlin / GKS Mitte

10. – 12.10. DAK, Ort wird noch bekannt gegeben

KMiD Köln / GKS West

07. – 09.11. Bereichskonferenz

KMiD München / GKS Süd

10. – 12.10. DAK

Arb.Konf. Bereich Ausland

Keine weiteren Termine bekannt

GKS-Sachausschüsse

SA „Innere Führung“

Keine weiteren Termine bekannt

SA „Sicherheit und Frieden“

Keine weiteren Termine bekannt

SA „Internationaler Sachausschuss“

keine weiteren Termine bekannt

Vorschau 2015

- 24.01. – 25.01. gf Bundesvorstand, Berlin
- 06.03. – 08.03. Bundesvorstand, Mainz
- 15.04. – 19.04. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
- 27.05. – 02.06. Soldatenwallfahrt Lourdes
- 17.06. – 21.06. Seminar 3. Lebensphase, Fulda
- 26.06. – 28.06. Bundesvorstand, Magdeburg
- 13.09. – 18.09. Woche der Begegnung
- 21.10. – 25.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
- 09.11. – 13.11. GKS-Akademie Oberst Korn, Fulda
- 13.11. – 14.11. Bundesvorstand, Fulda

Regionale Zuständigkeit der Katholischen Militärdekanate

KMiD Kiel: Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen

KMiD Köln: Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland

KMiD München: Bayern, Baden-Württemberg

KMiD Berlin: Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz der GKS, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **DAK** – Dekanatsarbeitskonferenz im Bereich..., **GKMD** – Gemeinschaft der kath. Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **IThF** – Institut Theologie und Frieden, Hamburg, **KAD** – Katholische Akademikerarbeit Deutschlands, **KMiD** – Kath. Militärdekanat, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFü** – Sachausschuss »Innere Führung«, **SA S+F** – Sachausschuss »Sicherheit und Frieden«, **WdB** – Woche der Begegnung, **KR** – Katholikenrat beim Militärbischof, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 50 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortlicher Redakteur
Bertram Bastian (BB),
Rainer Zink (RZ), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Bertram Bastian,
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn,
Tel: 0177-7054965, Fax: 0228-6199164,
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Layout: VISUELL, Aachen
Druck: MVG Medienproduktion
Boxgraben 73, 52064 Aachen
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 1 017 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843